Rosenland

Zeitschrift für lippische Geschichte

Nr. 14 Juni 2013

Inhaltsverzeichnis

Editorial 1

Beiträge

Andreas Ruppert:
Hindenburg in Detmold 2

Lars Lüking:
Die Erntedankfeste auf dem Bückeberg 1933 – 1937 im Spiegel lippischer Quellen 9

Jürgen Hartmann:
„Vom Zahne der Reform und des Indifferentismus benagt". Zur religiösen Ausrichtung der jüdischen Lipper von der Mitte des 19. bis ins 20. Jahrhundert 21

Florian Lueke:
Jurist adeliger Abstammung, Turner und Revolutionär. Wer war Wilhelm von Sode? 44

Rezensionen

Frese: Fragwürdige Ehrungen
(A. Ruppert) 50

Sammelrezension: Straßenbahnen im Paderborner Land und in Lippe
(A. Ruppert) 52

In eigener Sache 54

Impressum 54

Editorial

Sehr lange hat es diesmal gedauert, bis die neue Ausgabe im Netz stehen konnte. Es gab schon besorgte Nachfragen – sie haben uns gefreut und gemahnt, tatsächlich aber gehört die Freiheit der Ausgabenfolge zu den Grundbedingungen unserer Zeitschrift.

Ein Beitrag über die diversen Hindenburgstraßen in Detmold folgt einer westfalenweit geführten Diskussion; ein von zwei Bürgern eingebrachter Antrag an den Rat, die noch bestehende Straße umzubenennen, führte zu einer heftigen Kontroverse, die den in anderen Kommunen geführten glich. Der hier vorliegende Beitrag fordert keine Umbenennung, liefert jedoch Argumente dafür.

Lars Lüking erinnert an eine jährlich groß aufgezogene Propagandaveranstaltung der NSDAP auf dem Bückeberg bei Hameln, die in der Erinnerung weitgehend vergessen ist, die aber die lippischen Nationalsozialisten immer wieder intensiv beschäftigt hatten.

Die religiösen Strömungen innerhalb der lippischen Judenschaft des 19. und 20. Jahrhunderts sind ein bisher wenig bekanntes Feld. Jürgen Hartmann nähert sich diesem komplexen Thema mit neuen Quellen.

Florian Lueke erinnert mit Wilhelm von Sode an einen ebenfalls vergessenen Mann, der in den revolutionären Jahren um 1848 und für die lippische Turnbewegung einmal eine wichtige Rolle gespielt hatte.

Die nächste Ausgabe wird Felix Fechenbach gewidmet sein, der am 7. August 1933 ermordet wurde. Es ist also diesmal mit einem raschen Erscheinen der neuen Ausgabe zu rechnen.

Hindenburg in Detmold[1]

von Andreas Ruppert

Paul Ludwig Hans Anton von Beneckendorff und von Hindenburg (1847-1934) ist eine umstrittene Gestalt der deutschen Geschichte.[2] Zu Beginn des Ersten Weltkrieg aus dem Ruhestand reaktiviert, gelang es ihm, im Spätsommer 1914 die von den Mittelmächten so gefürchtete „russische Dampfwalze" in zwei Schlachten in Ostpreußen aufzuhalten, ansonsten wäre der Krieg schon damals verloren gewesen.[3] Millionen Menschen hätten dann allerdings überlebt, sodass dieser Erfolg im Rückblick 100 Jahre später nicht mehr gefeiert werden muss. Der Sieg wurde gleichzeitig mit einem deutsch-preußischen Mythos verbunden, als die erste Schlacht auf Wunsch Hindenburgs den Namen „Schlacht bei Tannenberg" erhielt. Auf dem Schlachtfeld bei Tannenberg hatte der Deutsche Orden 1410 gegen die vereinigten Heere Polens und Litauens den Nimbus der Unbesiegbarkeit verloren, gleichzeitig war damit der Untergang des preußischen Ordensstaates eingeleitet worden.[4] Hindenburgs Sieg 1914 wurde nun mythisch als „Revanche" für jenes ferne Geschehen überhöht. In der NS-Zeit erfolgte eine rassistisch motivierte Steigerung dergestalt, dass nun bei Tannenberg die weiße Rasse vor dem dunklen Slawentum gerettet worden sei. Eine Verkünderin solcher Vorstellung war unter anderem die ostpreußische Dichterin Agnes Miegel. Das Tannenberg-Ehrenmal, das 1927 fertiggestellt war, sollte Hindenburg später, gegen seinen Willen, auch als pompöses Mausoleum dienen, bevor dann doch der Sturm der Geschichte in eine andere Richtung blies und die Gebeine des Feldherrn in der Kirche der Heiligen Elisabeth in Marburg ihre letzte Ruhestätte fanden.

Der Mythos – von dem kaum anzunehmen ist, dass ihn der kühle militärische Kopf auch selbst glaubte – verhalf Hindenburg dann in der zweiten Kriegshälfte zu einem Aufstieg, der ihn mit seinem Generalstabschef Ludendorff militärisch zum Chef der Obersten Heeresleitung, auf politischer Ebene aber zum Militärdiktator in Deutschland machte. Die mit Hindenburgs Ernennung verbundene Hoffnung auf einen doch noch erfolgreichen Kriegsausgang trieb den Personenkult in die Höhe und viele Städte bemühten sich nun darum, den Chef der Obersten Heeresleitung zum Ehrenbürger zu ernennen. Bei vielen Ehrenbürgern fragt man heute nach der Leistung für die spezifische Stadt und kann sie nicht entdecken, aber offensichtlich wurde der Rahmen früher erheblich weiter gezogen – wer Deutschland gerettet hat, hat auch Detmold gerettet. Und so hat auch die Residenzstadt des Fürstentums Lippe Hindenburg zu seinem 70. Geburtstag am 2. Oktober 1917 zu ihrem Ehrenbürger ernannt.[5] Sie bedeutet die Ehrung eines Kriegsherrn, die bis heute niemals in Frage gestellt wurde.

Im Juli 1919 wurde Hindenburg, der im Übrigen angesichts der Bestimmungen des Versailler Vertrags gegen eine Annahme und für ein Weiterkämpfen plädierte, von Reichspräsident Ebert entlassen. Dass der Krieg

[1] Angeregt wurde diese Ausarbeitung durch den von Matthias Frese herausgegebenen Sammelband „Fragwürdige Ehrungen. Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur". Münster 2012. S. auch die Besprechung des Bandes in dieser Ausgabe von Rosenland.

[2] Zur Biographie s. Wolfram Pyta: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler. München 2007.

[3] Schlacht bei Allenstein vom 26. bis 30. August 1914, Schlacht an den Masurischen Seen vom 6. bis 14. September 1914. Noch bei der Trauerfeier nach Hindenburgs Tod erinnerte Feldbischof D. Dohrmann daran: „Er bleibt uns der Sieger von Tannenberg, der Retter von Ostpreußen", „Gedächtnisrede", in: Lippischer Kalender für das Jahr 1935, S. 46-47, hier S. 47.

[4] Sowohl für den deutschen als auch für den polnischen Nationalismus des 19. Jahrhunderts spielte die Schlacht bei Tannenberg vom 15. Juli 1410 (polnisch: Schlacht bei Grunwald) eine wichtige Rolle, in Preußen und Deutschland als Trauma, in Polen als Symbol für die Hoffnung auf eine erneute staatliche Selbständigkeit. 1944 wurde im befreiten Polen der Grunwald-Orden als hohe polnische Auszeichnung gestiftet.

[5] Stadtarchiv Detmold, D 106 Detmold Nr. 1501.

verloren gegangen war, hat man allerdings nie ihm und Ludendorff angelastet. Auch spätere Darstellungen verherrlichen ihn nur als den Sieger – es war der Ausdruck einer in Deutschland weit verbreiteten Nachkriegsmentalität, die die Niederlage im Krieg nicht nur nicht verstehen konnte, sondern nicht einmal zur Kenntnis nehmen wollte.[6]

Hindenburg selbst hat sich noch durch eine ungeheuerliche Verleumdung aus der Verantwortung ziehen wollen und die „Dolchstoßlüge" in die Welt gesetzt, nach der das Feldheer unbesiegt geblieben sei, ihm aber durch die revolutionären Umtriebe in der Heimat der Dolch in den Rücken gestoßen worden sei.[7] Allein die verheerenden Folgen dieser Lüge – sofort und seitdem wurden von den wirklich Verantwortlichen Juden und Sozialisten als die Schuldigen für die Niederlage benannt - hätten Hindenburg zur *persona non grata* in einem liberalen, demokratischen und republikanischen Gemeinwesen machen müssen.

Jedoch weit gefehlt. Der Monarchist, dem Demokratie und Republik wesensfremd waren, wurde am 26. April 1925 im 2. Wahlgang als Nachfolger Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten gewählt. Dass sich die Mehrheit der deutschen Wähler für einen Mann entschied, der sich zuvor vom abgesetzten Kaiser in Doorn erst die Erlaubnis zur Kandidatur eingeholt hatte, ist ein klares Symbol für den Niedergang der Republik. Die wirkliche Dramatik dieses Niedergangs zeigte sich dann bei Hindenburgs Wiederwahl am 10. April 1932, ebenfalls im 2. Wahlgang, als dieser Mann nun als letztes Bollwerk gegen Hitler angesehen wurde und sich sogar die Sozialdemokratie zur Unterstützung seiner Kandidatur gezwungen sah.

Nun muss Hindenburg zugestanden werden, dass er sein Amt als Reichspräsident nach bestem Wissen und Gewissen ausübte. Er hat die Verfassung bis zum 30. Januar 1933 nicht gebrochen und war an den innenpolitischen Verwerfungen, die die Republik in den Ruin trieben, nicht unschuldig, aber auch nicht die treibende Kraft. Es war nicht Hindenburgs Schuld, dass sich die demokratischen Parteien der Mitte nicht auf die Unterstützung eines gemeinsamen Kanzlers einigen konnten. Der Irrweg, die Republik über den Notverordnungsparagrafen der Reichsverfassung in eine autoritäre Kanzlerdiktatur zu überführen, wurde von Hindenburg begrüßt und unterstützt, erfunden hat er ihn jedoch nicht. Allein ihm nach den gescheiterten Regierungen von Schleicher und von Papen die Kanzlerschaft Hitlers anzulasten, ist nur ein Versuch unter vielen, von den wirklich Verantwortlichen abzulenken, die Hitler in eine Position gebracht hatten, die ein Präsident zuletzt nicht mehr übergehen konnte.

Es gehört zur Ironie der Geschichte, dass Hindenburg erst dann offen gegen die Verfassung verstieß, als er Hitlers Macht eingrenzen wollte. Die Ernennung Werner von Blombergs zum Reichswehrminister noch vor der Ernennung Hitlers war gemäß der Reichsverfassung illegal. Genützt hat sie nichts, denn Hitler ließ sich von den Generälen der Wehrmacht ebenso wenig beeindrucken wie von den in den Wahlen gescheiterten deutschnationalen Steigbügelhaltern. Begriffen haben diese ihren Irrtum allerdings ebenso wenig wie ihre Verantwortung.

Hitler und die NSDAP hatten sich Hindenburg angebiedert und ihn funktionalisiert. Sie konnten zu seinen Lebzeiten das Amt ebenso wenig übergehen wie die mythisch überhöhte Person, und sie brauchten das Konglomerat aus ostelbischem Adel und konservativem Bürgertum, das die Republik ablehnte und sich nach der Monarchie sehnte, um parlamentarische Mehrheiten zu bekommen. Das Bündnis zwischen rechten und rechtsradikalen politischen und sozialen Gruppen wurde personalisiert und zugespitzt auf das Bild vom Bündnis zwischen dem „Marschall und dem Gefreiten". Hindenburgs Schuld liegt darin, dass er dieses

[6] Vgl. die großformatige Anzeige für das von Paul Lindenberg verfasste Werk "Das Buch vom Feldmarschall Hindenburg. Ein Volks- und Jugendbuch bester Art, ein Denkmal schlichter Menschengröße" in der Lippischen Landes-Zeitung vom 10. Oktober 1919.

[7] Am 18. November 1919 vor dem von der Nationalversammlung eingesetzten „Untersuchungsausschuss für Schuldfragen".

Bündnis akzeptierte und dafür bereit war, nun auch Hitler mit Notverordnungen zu unterstützen. Die Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 (die sog. Reichstagsbrandverordnung) kann mit Fug und Recht als das Grundgesetz des Dritten Reiches bezeichnet werden, denn auch ohne das Ermächtigungsgesetz war hier der Regierung Hitler der Hebel in die Hand gegeben, mit dem der Rechtsstaat ausgehebelt werden konnte, wann immer es der Regierung beliebte. Der Höhepunkt des Gaukelspiels wurde am 21. März 1933 inszeniert, als sich der Marschall und der Gefreite in der Potsdamer Garnisonkirche die Hand gaben und sich der Kanzler vor dem Präsidenten artig verbeugte. Zwei Tage später wurde im Reichstag das Ermächtigungsgesetz angenommen.

Der Detmolder Kreisleiters der NSDAP, Adolf Wedderwille, vor dem Porträt Hindenburgs im Detmolder Ratssaal; rechts neben ihm der komm. Landespolizeiführer, SA-Brigadeführer Paul Fassbach, vermutlich 1935. (Foto: LAV NRW Abt. OWL, D 75 Nr. 819)

Zwischen dem „Tag von Potsdam“ und Hitlers Geburtstag am 20. April reihten sich nun Straßenbenennungen und Ehrenbürgerschaften für beide aneinander. Dass Hindenburg dabei auch in den inzwischen nationalsozialistisch dominierten Stadtverordnetenversammlungen und Magistraten mit bedacht wurde, diente ebenfalls dem Bündnis zwischen Nationalsozialisten und Konservativen, dessen Tragfähigkeit noch nicht gesichert schien. Der Blomberger Stadtarchivar Dieter Zoremba hat in der Diskussion um den Blomberger Hindenburgplatz auf diesen Zusammenhang hingewiesen: „Die öffentliche Anerkennung Hindenburgs, unter anderem durch entsprechende Straßenbenennungen, war ein Element der auf Einbindung der nationalkonservativen, kaisertreuen und nicht gerade der Weimarer Republik zugewandten Strategie der Nationalsozialisten“.[8] Es entsprach aber auch dem Bewusstsein vieler NS-Anhänger, die Hindenburg nicht einfach als „nützlichen Idioten“ betrachteten, sondern ihn ebenfalls noch ernsthaft als den siegreichen Feldherrn und „Ersatzkaiser“ verehrten. Denn die Revision nicht nur des Vertrags von Versailles, sondern auch des Kriegsausgangs überhaupt gehörte zu den offenen Zielsetzungen ihrer Partei. Insofern war es nahezu konsequent, dass Anträge auf Straßenbenennungen beiden Personen galten.

Detmold folgte exakt dem genannten Schema. Der Stadtrat[9] unter Vorsitz des „Staatskommissars“ (kommissarischen Bürgermeisters), des SS-Mannes Hans Keller, beschloss in seiner Sitzung vom 18. April 1933 und damit rechtzeitig vor Hitlers Geburtstag Folgendes:

> „Anlässlich des Geburtstages des Volkskanzlers Adolf Hitler am 20. April d. Js. werden folgende Umbenennungen durchgeführt:
> 1. Die Straße Allee wird umbenannt in Hindenburgdamm.
> 2. Die Straße Neustadt wird umbenannt in Hitlerdamm.
> 3. Die beide Straßen verbindende Brücke am Lippischen Hof, im Volksmund Prinzenbrücke genannt, wird umbenannt in Potsdamerbrücke.
> Die Straßenschilder sind alsbald zu beschaffen und ohne besonderen Akt anzubringen. Die Schrift der neuen Schilder soll Fraktur sein. Bis zur Anbringung

[8] Leserbrief in der Lippischen Landes-Zeitung vom 25./26. April 2009.
[9] Damals das Lenkungsgremium der kommunalen Selbstverwaltung und nicht mit dem heutigen Rat zu vergleichen; diesem entsprach damals die Stadtverordnetenversammlung.

der endgültigen Schilder sind an den geeigneten Stellen vorläufige Hinweise von Seiten des Bauamtes anzubringen."[10]

Dabei darf die Benennung der Brücke zwischen Hornscher und Weinbergstraße als Detmolder Besonderheit gesehen werden, als Materialisierung der Idee des „Tages von Potsdam". Über die sinnvolle Anbringung der Straßenschilder war im Übrigen schon in der Stadtratssitzung vom 24. März 1933 gesprochen worden.[11] So fand dann die große PR-Aktion in Potsdam ihr lokales Echo in der Hauptstadt des Freistaates Lippe. Unklar bleibt nur, warum man auf die ansonsten in Berlin und Brandenburg übliche Benennung als „Damm" zurückgriff.[12] Im Jahre 1940 erfolgte dann noch eine kleine Veränderung: Bürgermeister und Ratsherren beschlossen am 9. September 1940, den Hitlerdamm in „Adolf-Hitler-Damm" umzubenennen.[13]

Zusammenfügung der Straßen aus zwei Kartenblättern durch Matthias Schultes, LAV NRW Abt. OWL.
(Plan in Stadtarchiv Detmold, D 106 Detmold A Nr. 6423)

Zehn Tage später folgte die vor den Toren Detmolds gelegene, damals noch selbständige Gemeinde Hiddesen. Am 28. April 1933 beschloss ihr Gemeinderat – die drei sozialdemokratischen Ratsmitglieder waren in der Nacht zum 28. allerdings verhaftet worden - die Neubenennung von vier Straßen, wobei auch hier der Proporz zwischen führenden Nationalsozialisten und Repräsentanten der Konservativen eingehal-

[10] Protokoll der Sitzung in Stadtarchiv Detmold, D 106 Detmold Nr. 1593. An der Sitzung nahmen außer Keller Bürgermeister Dr. Droegenkamp und die Räte Bähre, Flaskamp, Grimm und Willer teil.
[11] Protokoll in Stadtarchiv Detmold, D 106 Detmold Nr. 1619.
[12] Vgl. den noch heute so benannten Hindenburgdamm in Berlin-Steglitz.
[13] Protokoll der Sitzung in Stadtarchiv Detmold, D 106 Detmold Nr. 1572.

ten wurde.[14] Die zum Hermannsdenkmal hinauf führende Straße wurde geteilt – der Teil vom Kreuzweg bis zur Gaststätte Schuckenböhmer wurde zur Hindenburgstraße, der weiterführende Teil zur Göringstraße [sic, tatsächlich Hermann-Göring-Straße] gemacht. Als Pendant zur ebenfalls eingerichteten Adolf-Hitler-Straße wurde die Franz-Seldte-Straße benannt, wobei Seldte die Verbindung der extremen Rechtskonservativen mit den Nationalsozialisten symbolisierte. Seldte war der Führer des Wehrverbandes „Stahlhelm", dessen Ehrenmitglied wiederum Hindenburg war.[15] Seldte trat als Arbeitsminister in Hitlers Kabinett ein und blieb in dieser Position bis zum Ende des Regimes. Gleichzeitig wollte der Gemeinderat den genannten „Herren u. Führern" auch das Ehrenbürgerrecht verleihen.[16]

Bei Kriegsende mussten nun einige Straßennamen wieder verschwinden. Die britische Militärregierung für das Land Lippe und den Regierungsbezirk Minden forderte den Landespräsidenten Heinrich Drake mit Schreiben vom 3. Oktober 1946 zur „Zerstörung oder Abänderung aller militärischer und nationalsozialistischer deutscher Denkmäler und Gedenksteine" bis zum 1. Januar 1947 auf. Dazu gehörten ausdrücklich auch „Straßennamensschilder", ausgenommen war das „Gedenken an militärische Personen, Organisationen und Ereignisse aus der Zeit vor dem 1. August 1914".[17] Drake gab das Schreiben an den Oberkreisdirektor des Kreises Detmold weiter. Parallel dazu war Drake auch die später für das Land Nordrhein-Westfalen so wichtige Anweisung Nr. 30 der Alliierten Kontrollbehörde (Kontrollrat) zugesandt worden, die am 13. Mai 1946 veröffentlicht wurde und in Kraft trat. Sie veranlasste Drake, den Oberkreisdirektor, die Stadtdirektoren und die Amtmänner in Detmold und Blomberg noch einmal an die Fristsetzung für eine Vollzugsmeldung zu erinnern.[18]

Am 16. Dezember 1946 meldete dann der Detmolder Stadtdirektor gegenüber dem Oberkreisdirektor, dass der Hitlerdamm wieder zur Neustadt und der Hindenburgdamm wieder zur Allee geworden waren, auch die Potsdamer Brücke hatte als nunmehr Teil der Hornschen Straße ihren kurzfristigen Glanz wieder verloren.[19]

Ganz los wurde man Hitler und Hindenburg aber in Detmold vorerst noch nicht, denn angesichts des Papiermangels in der Nachkriegszeit wurden alte Stadtpläne in der Verwaltung weiter benutzt, auf denen die verfänglichen Namen allerdings durchgestrichen waren. Überraschenderweise taucht dort aber nicht der Name Allee auf, sondern „Friedensallee".[20] Ungeklärt bleibt, wie dieser Name zustande kam, der in der Demonstration der Abkehr vom ehemals verehrten siegreichen Helden des Weltkriegs etwas übertrieben aussieht. Tatsächlich bekam die Allee ihren ursprünglichen Namen dann auch bald wieder. Immerhin liegt hier aber ein Präzedenzfall dafür vor, dass man Straßenbenennungen der NS-Zeit wieder rückgängig machen kann und dass das auch für den Namen Hindenburg gilt.

---

[14] Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 28. April 1933 im Stadtarchiv Detmold, D 106 Hiddesen Nr. 18.

[15] Zum Verhältnis des Stahlhelms zu Hindenburg vgl. die Einschätzung des Sozialdemokraten Carl Severing, ehemals preußischer Innenminister, in seinen Erinnerungen: "Und Hindenburg? Nur in Deutschland war das groteske Schauspiel möglich, daß das prominenteste Ehrenmitglied einer Organisation, die systematisch mit einer Legion von Generälen und anderen Offizieren den Umsturz der Republik und die Abkehr von der Verständigungspolitik erzwingen wollte, die oberste Spitze dieser Republik, der Reichspräsident von Hindenburg war!" (Carl Severing: Mein Lebenswerk. Bd. II: Im Auf und Ab der Republik. Köln 1950, S. 182).

[16] In seiner Sitzung vom 8. Februar 1946 stellte der Gemeinderat fest, dass die Ehrenbürgerschaft von Hitler und Hindenburg durch deren Tod erloschen sei, Hermann Göring wurde sie auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig aberkannt, Seldte wurde nicht erwähnt. Stadtarchiv Detmold D 106 Hiddesen Nr. 19.

[17] Stadtarchiv Detmold, D 106 Detmold A Nr. 3099.

[18] Stadtarchiv Detmold, D 106 Detmold A Nr. 3099.

[19] Stadtarchiv Detmold, D 106 Detmold A Nr. 3099. Ausdrücklich beibehalten wurden die nach Fliegern des Ersten Weltkriegs benannten Straßennamen (Immelmann, Boelcke, Richthofen), obwohl die Zeitangabe für Ausnahmen in der britischen Anweisung dies eindeutig ausschloss.

[20] Stadtplan in Stadtarchiv Detmold, D 106 Detmold A Nr. 6423.

Einerseits konsequenter, andererseits aber auch inkonsequent ist man in Hiddesen verfahren. Der aus vier Männern bestehende Beirat der Gemeindeverwaltung Hiddesen hatte in seiner Sitzung vom 29. Mai 1945 folgende Umbenennungen beschlossen: Die Adolf-Hitler-Straße wurde zur Friedrich-Ebert-Straße, die Franz-Seldte-Straße erhielt den neuen Namen Hiddeser Berg (Hiddeser-Berg-Straße, später Detmolder Straße, heute Theodor-Heuss-Straße) und die Hermann-Göring-Straße wurde in Maiweg umbenannt.[21] Die Hindenburgstraße aber blieb bis heute erhalten. Dies war ein klarer Verstoß gegen die beiden oben genannten Anweisungen der Militärregierung und eine Widersetzlichkeit gegenüber dem Landespräsidenten.

Eine Begründung liegt nicht vor, sie wäre sicher interessant. Denn die Nachkriegsfunktionalisierung Hindenburgs hatte damals zwei Richtungen: Zum einen suchte die bürgerliche Elite, die unbeschadet durch die NS-Zeit gekommen war, mit allen Mitteln Schuldige für die zwölf Jahre der Diktatur – vom harten „Friedensdiktat" der Alliierten über die angeblichen Mängel der Reichsverfassung, die Kämpfe zwischen den extremistischen Parteien bis zum vergreisten Hindenburg, der angeblich gar nicht mehr gewusst habe, was er tat. Andererseits galt Hindenburg als der letzte Repräsentant der Republik und letzte Hüter der Verfassung, so dass seine Ehrung beibehalten werden konnte. Und in seinem Schatten waren dann natürlich auch seine damaligen Unterstützer und gleichzeitigen Wegbereiter der nationalsozialistischen „Machtergreifung" salviert, von Hugenberg in Berlin bzw. Gut Rohbraken in Lippe bis zu Helmuth Petri in Detmold.

Wie stark und wie lange diese Auffassung Allgemeingut war, zeigt eine erneute und eben nur im Rückblick überraschende Straßenbenennung in Detmold. Für die Benennung von vier Planstraßen im Umfeld der Siegfriedstraße lagen dem Rat 1955 folgende Vorschläge vor: Friedrich-Ebert-Straße, Zeppelinstraße, Stresemannstraße und Hindenburgstraße. Der Rat stimmte allen Vorschlägen in seiner Sitzung vom 22. September 1955 einstimmig zu.[22] Die Einstimmigkeit zeigt, dass es nicht die geringste kritische Einschätzung zu Hindenburg gab, die Rechtsverbindlichkeit der Kontrollratsdirektive Nr. 30 aber war im gleichen Jahr ausgelaufen. Im Rückblick darf man in der Neubenennung einen politischen Skandal erkennen, mindestens von den neun Mitgliedern der SPD-Fraktion hätte man eine Ablehnung erwarten dürfen.[23]

Der neue Straßenname wurde erst im Rahmen der kommunalen Neuordnung wieder aufgegeben. Hier galt das Prinzip, dass es in der neuen, seit dem 1. Januar 1970 aus der Kernstadt und 26 neuen Ortsteilen bestehenden Stadt Detmold nicht mehrere gleich lautende Straßennamen geben dürfe. Abgewogen wurde nach Bedeutung und Alter einer Benennung – und hier nun konnte sich die Hiddeser Hindenburgstraße gegen die jüngere Detmolder durchsetzen. Dass sich damit kein Wandel in der Mentalität verbunden hatte, zeigt die Wahl für die nun notwendig gewordene Neubenennung der Detmolder Hindenburgstraße. Das gedruckte Straßenverzeichnis vom 12. März 1970 hatte den Namen „Stauffenbergstraße" angeboten,[24] aber offenbar war die Ehrung eines führenden Mannes des militärischen Widerstandes für die Mehrheit der Detmolder Ratsmitglieder noch nicht tragbar. Im Juli 1970 erschien in einer von Stadtdirektor Kross vorgelegten Liste alternativ der Vorschlag „Adenauerstraße". Wer den Namen einbrachte, ist nicht mehr erkennbar.[25] Schon in seiner Sitzung vom 21. Mai 1970 hatte der Hauptausschuss beschlossen, dass alle Neu- und Umbenennungen gemäß dieser Liste zum 1. Oktober 1970 in Kraft treten sollten.[26]

[21] Stadtarchiv Detmold, D 106 Hiddesen Nr. 19.
[22] Protokoll der Sitzung in Stadtarchiv Detmold, D 106 Detmold A Nr. 1819.
[23] Die Zusammensetzung des Rates nach der Wahl vom 9. November 1952: FDP 11 Sitze, SPD 9, CDU 6, BHE 4.
[24] Stadtarchiv Detmold, D 106 Detmold A Nr. 7447.
[25] Schreiben des Stadtdirektors an die Ortsvorsteher der Ortsteile vom 12. Juni 1970 mit der Liste als Anlage; Stadtarchiv Detmold, D 106 Detmold A Nr. 7447.
[26] Protokoll in Stadtarchiv Detmold, D 106 Detmold A Nr. 1914. Zusammensetzung des Rates nach der Wahl vom 15. März 1970: SPD 24, CDU 18, FDP 3.

Dass es hier nicht nur um einen formalen Akt ging, sondern damit auch vorherrschende Mentalität bezeichnet wird, zeigt sich auch darin, dass am gleichen Tag auch die Straße „Am Sonnenhügel" in Agnes-Miegel-Weg umbenannt wurde, nach einer glühenden Verehrerin erst Hindenburgs und dann Hitlers und Unterstützerin des Weltkriegs bis zur letzten Stunde.[27]

40 Jahre später wurde, angeregt durch das Beispiel Blomberg,[28] wo der Hindenburgplatz in Martiniplatz umbenannt wurde, auch die Hiddeser Hindenburgstraße in Frage gestellt. Doch stieß der Anfang 2011 vorgebrachte, aber ungenügend vorbereitete Antrag einzelner Bürger nach einer Änderung weder in Hiddesen noch im Rat der Stadt Detmold auf Resonanz. Niemand würde heute mehr eine neue Straße nach Hindenburg benennen, aber gleichzeitig war auch niemand darauf erpicht, aus der älteren Benennung ein aktuelles Politikum zu machen.[29] Dass Detmold sich heute sachlich gut begründeten Umbenennungen nicht verweigert, zeigt die ohne Widerstände entschiedene Rückbenennung des Agnes-Miegel-Wegs in „Sonnenhügel" im Herbst 2009.[30]

Man könnte nun die Beibehaltung der Hindenburgstraße in Hiddesen unter dem Gesichtspunkt akzeptieren, dass sich in Hindenburgs Namen wichtige Epochen der deutschen Geschichte spiegeln – der Aufstieg des Reiches in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, der Niedergang im Weltkrieg, die Weimarer Republik als Hoffnung und die selbstverschuldete Abschaffung der Republik durch die NS-Diktatur. Aber das wäre nur sinnvoll, wenn es ein Bewusstsein für die Funktion von Straßennamen gäbe und dieser aufklärerische Ansatz aktiv umgesetzt würde. Praktisch kann man das als illusorisch bezeichnen, niemand würde das tun und niemanden würde es interessieren.

Darin zeigt sich gleichzeitig das Vergessen – schon die heutige Generation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen dürfte kaum noch wissen, wer Hindenburg war. Ein einleuchtender Grund, den belasteten Straßennamen beizubehalten, ist dann allerdings auch nicht ersichtlich.

[27] Die Umbenennung war auch schon in der genannten Liste von Dr. Kross zu finden. Zu Agnes Miegel s. Steffen Stadthaus: Agnes Miegel – fragwürdige Ehrung einer nationalsozialistischen Dichterin. Eine Rekonstruktion ihres Wirkens im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit. In: Matthias Frese (Hg.): Fragwürdige Ehrungen, wie Anm. 1, S. 151-178.
[28] Vgl. den Bericht in der Lippischen Landes-Zeitung vom 28. September 2010 sowie weitere Berichte und zahlreiche Leserbriefe.
[29] S. den Bericht der Lippischen Landes-Zeitung vom 17. Februar 2011.
[30] Entscheidung des Ausschusses für Stadtentwicklung in der Sitzung vom 7. Oktober 2009.

Die Erntedankfeste auf dem Bückeberg 1933-1937 im Spiegel lippischer Quellen

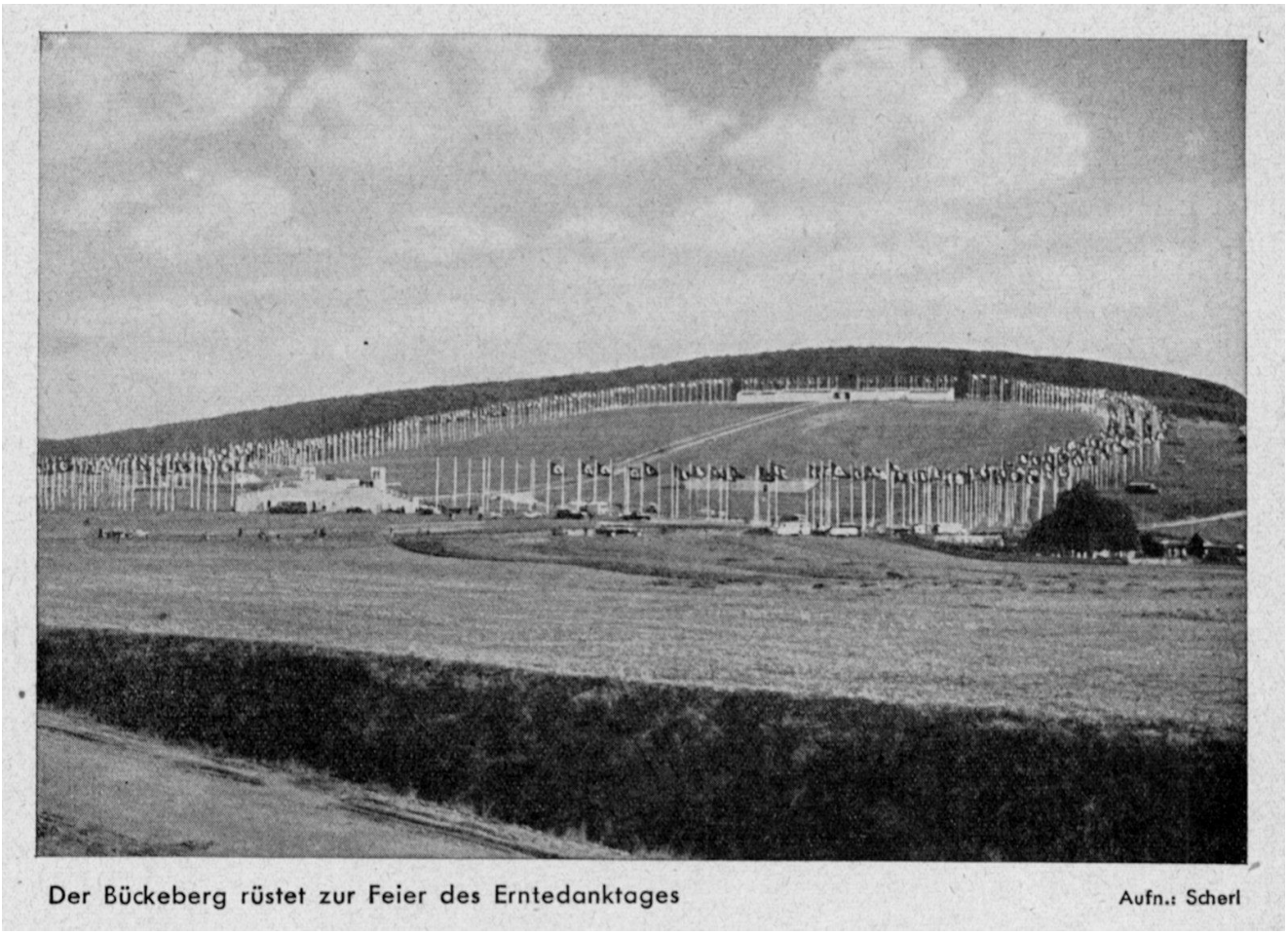
von Lars Lüking

Einleitung

Erste Planungen der nationalsozialistischen Regierung für ein reichsweites Erntedankfest wurden im Sommer 1933 bekannt. Dabei sollte propagandistisch im Sinne der „Blut und Boden"-Ideologie die besondere Rolle des Bauerntums in der „Volksgemeinschaft" betont werden. Während die Umwandlung des 1. Mai vom Tag der Arbeiterbewegung zum „Tag der nationalen Arbeit" noch von gewaltsamen Aktionen der SA und SS insbesondere gegen die Gewerkschaften begleitet war, sollten die Bauern durch die Umwandlung des ursprünglich christlich geprägten Erntedankfestes in einen nationalen Feiertag freiwillig in das nationalsozialistische System eingebunden werden. Konsequenterweise wurde nicht der Reichsbauernführer, sondern das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda mit der Durchführung des Erntedanktages beauftragt. In erster Linie verantwortlich war dabei der Regierungsrat und spätere Ministerialrat Leopold Gutterer. Dieser hatte schon die Feiern zum 1. Mai in Berlin und die Parteitage der NSDAP in Nürnberg mit organisiert. Da er früher Gaupropagandaleiter im Gau Südhannover-Braunschweig gewesen war, fasste Gutterer von vorne herein verschiedene Orte in Niedersachsen für den großen Staatsakt zum ersten reichsweiten Erntedankfest ins Auge, der am 1. Oktober 1933 stattfinden sollte. Die Entscheidung für ein Gelände am Bückeberg in der Nähe von Hameln hatte wohl vor allem organisatorische Gründe, wurde aber auch ideologisch begründet.

Das Gelände am Bückeberg

In der Propaganda wurde das Festtagsgelände am Bückeberg zu einem Jahrtausende alten Thingplatz. Neben der Lage an der Weser als besonders „deutschem" Fluss (weil er von den Quellen bis zur Mündung ausschließlich durch Deutschland fließt) wurde unter anderem auch die Nähe zum Ort der „Hermannsschlacht" betont. Tatsächlich waren wohl die einfache Verfügbarkeit des Geländes, das sich als preußische Domäne im Staatsbesitz befand, sowie die gute Verkehrsanbindung ausschlaggebend. Dabei waren vor allem die Eisenbahnlinien und die benachbarten Bahnhöfe wichtig, da ein Großteil der Anreise über Sonderzüge der Reichsbahn geregelt werden sollte. Mit großem logistischem Aufwand sollte eine Großveranstaltung durchgeführt werden, die nur vergleichbar war mit den Reichsparteitagen in Nürnberg und den Feiern zum 1. Mai in Berlin. Im Jahre 1933 bereitete der Reichsarbeitsdienst zusammen mit Facharbeitern das Gelände am Bückeberg vor. Wege wurden errichtet bzw. neu gepflastert, neue Parkplätze und Eisenbahnhaltestellen gebaut sowie Transformatoren und Stromleitungen für Scheinwerfer und Übertragungstechnik aufgestellt. An den Planungen für das Gelände war auch „Hitlers Architekt" Albert Speer beteiligt. Es sollten im Gegensatz zum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg keine monumentalen Steinbauten entstehen. Vielleicht auch wegen der relativ kurzen Vorbereitungszeit errichtete man ein planiertes Festgelände, das von einem großen Oval hölzerner Fahnenmasten begrenzt war. Zwischen einer hölzernen Ehrentribüne am oberen Rand und einer ebenfalls hölzernen Rednertribüne am unteren Rand verlief ein erhöhter „Führerweg", den Adolf Hitler zusammen mit den Ehrengästen während der Veranstaltung beschreiten sollte.



Das Gelände am Bückeberg im Programmheft für das Erntedankfest 1937.
(Quelle: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 1490)

Das Programm des Festes im Jahre 1933

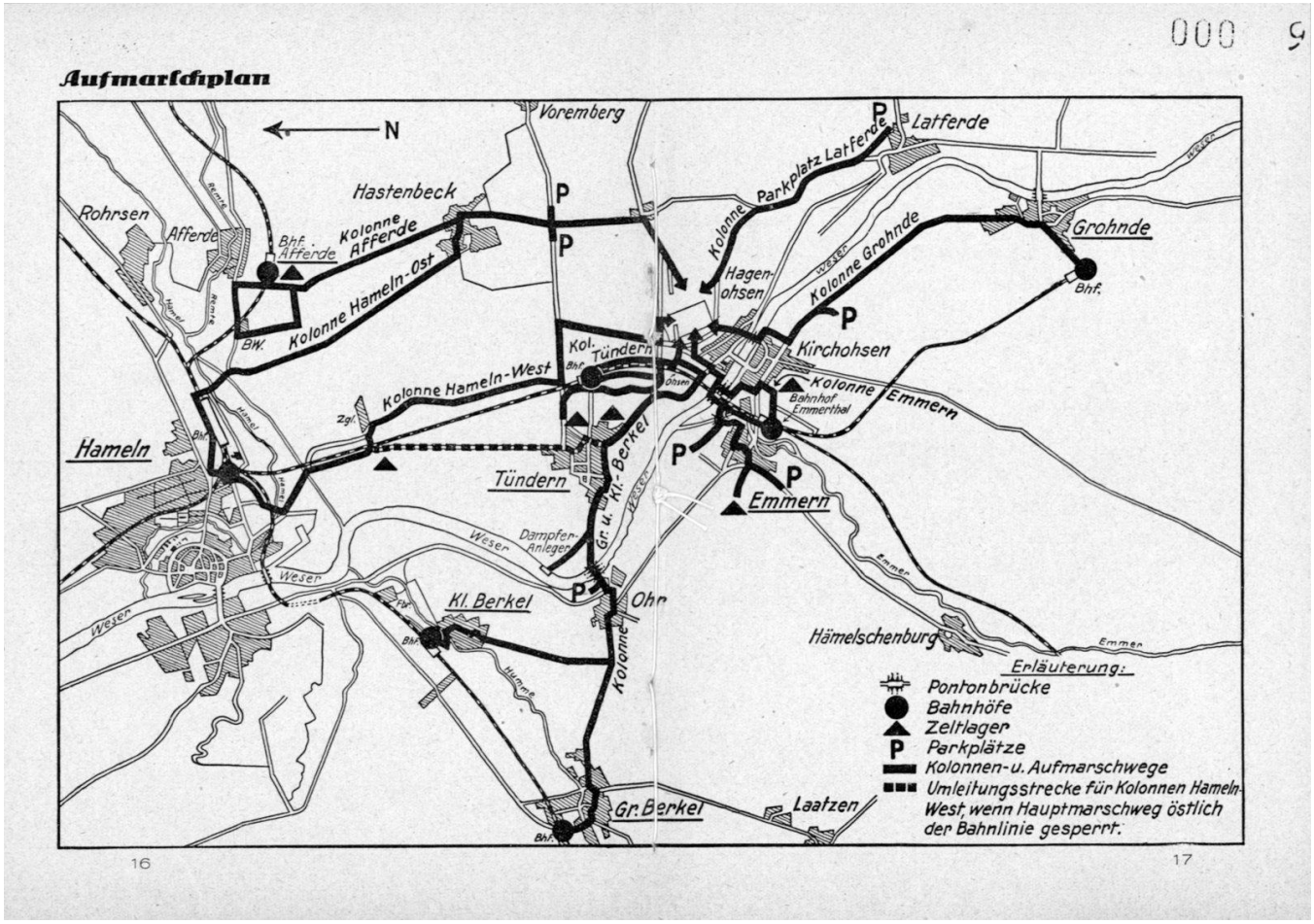
Im September 1933 gingen Anweisungen der Landesstelle des Propagandaministeriums in Münster an die Parteistellen der NSDAP in Westfalen.[1] Darin wurde deutlich gemacht, dass die politische Organisation der NSDAP als Träger der lokalen Veranstaltungen fungieren sollte. Die örtlichen Kreis- und Ortsbauernführer sollten zusammen mit den Kreisleitern und Kreispropagandaleitern bzw. Ortsgruppenleitern und Ortsgruppenpropagandaleitern das jeweilige Programm aufstellen. Zum Ablauf gab das Rundschreiben Richtlinien mit ungefähren Zeitabläufen, wobei das gemeinsame Hören der Rundfunkübertragung des Staatsaktes am Bückeberg ein zentrales Element darstellte. Interessanterweise war im vorgegebenen Programm für den Vormittag noch ein Festgottesdienst vorgesehen, an dem sämtliche Gliederungen der Partei teilnehmen sollten. Diese religiösen Bezüge verloren in den späteren Jahren immer mehr an Wert. So gehörte 1933 noch das Singen des Liedes „Nun danket alle Gott" zum Programm der Kundgebung auf dem Bückeberg, in den späteren Jahren fanden solche Programmpunkte nicht mehr statt. Von vorne herein fester Bestandteil des Programms der Veranstaltung war neben Reden des Reichsbauernführers Darré und Hitlers eine Beteiligung der Reichswehr bzw. später der Wehrmacht. 1933 waren dies Reiterspiele eines Reiterregiments, das vorher schon Hitler vom Bahnhof in Hameln zum Festplatz am Bückeberg bei Hagenohsen eskortieren sollte. Außerdem waren Salutschüsse eines Artillerieregiments vorgesehen. Im Jahr 1933 setzte man den Beginn des Festaktes noch auf 17 Uhr fest, um im Verlauf des Staatsaktes eine Illumination durch Scheinwerfer und

[1] LAV NRW OWL, L 113 Nr. 10, S. 53-60.

am Ende ein großes Feuerwerk veranstalten zu können. In den späteren Jahren begann die Veranstaltung mittags, da sich 1933 die Rückreise der Besuchergruppen in der Dunkelheit als problematisch gezeigt hatte.

Die Anreise zum Gelände am Bückeberg

Für 1933 rechnete das Propagandaministerium mit 400.000 bis 500.000 Teilnehmern am Staatsakt auf dem Gelände am Bückeberg. Die Anfahrt von Teilnehmern aus allen Teilen des Reiches sollte insbesondere durch mehr als 200 Sonderzüge der Reichsbahn gesichert werden. Deren Fahrpreis war um 75% ermäßigt, so dass ein Kilometer nur noch einen Pfennig kostete.[2] Die Aufteilung der Sonderzüge auf die zur Verfügung stehenden Bahnhöfe und der Anmarsch der Teilnehmer zum Festgelände waren beinahe generalstabsmäßig geplant. Aus großen Lautsprechern an allen Bahnhöfen sollte mit Marschmusik ein zügiger Abmarsch der Zuschauer erreicht werden.[3] Großräumige Verkehrsumleitungen und Absperrungen durch die Polizei sollten auch die Zuschauermengen in geordnete Bahnen lenken, die aus der näheren Umgebung (z. B. auch aus Lippe) mit Kraftfahrzeugen, Fahrrädern oder zu Fuß anreisten.



Aufmarschplan im Programmheft für das Erntedankfest 1937.
(LAV NRW OWL, L 113 Nr. 1490)

[2] LAV NRW OWL, L 113 Nr. 10, S. 51 Rückseite.
[3] Lippische Landes-Zeitung vom 28. September 1933.

Die Beteiligung Lippes am Erntedankfest 1933

Im östlichen Westfalen sowie in Lippe und Schaumburg-Lippe sollten nach Möglichkeit keine örtlichen Veranstaltungen stattfinden, da die Bevölkerung geschlossen an der Hauptkundgebung am Bückeberg teilnehmen sollte. Am 23. September 1933 wurde in der *Lippischen Landes-Zeitung* ein Aufruf des Staatsministers Hans-Joachim Riecke veröffentlicht:[4]

„Lippe im Erntedank voran!
Der Staatsminister an das lippische Volk.

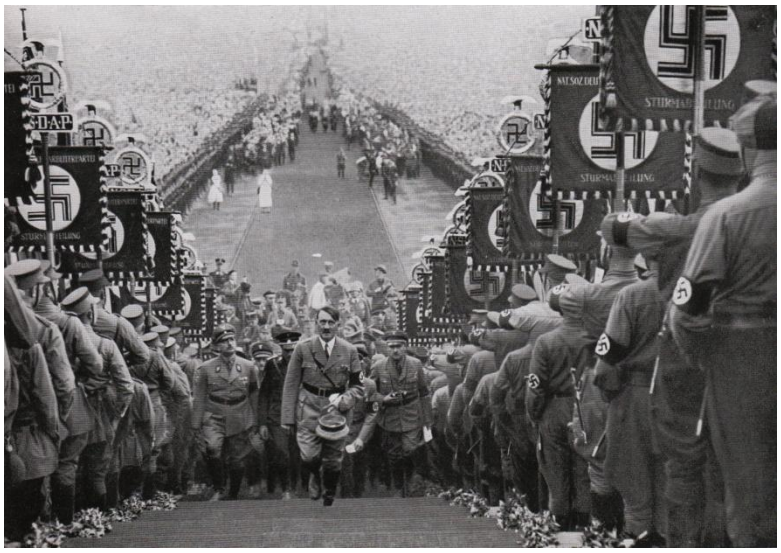
> Der 1. Oktober ist von der Reichsregierung zum deutschen Erntedanktag bestimmt worden. Wie der 1. Mai ein überwältigendes Bekenntnis des gesamten deutschen Volkes zum deutschen Arbeiter darstellte, so muss der deutsche Erntedanktag die Verbundenheit aller deutschen Volksgenossen zum Bauerntum zum Ausdruck bringen. Wir Lipper haben das Glück, daß die große Erntedank-Kundgebung in nächster Nähe auf dem Bückeberg bei Hameln stattfindet. Es ist deshalb eine Ehrenpflicht für alle lippischen Volksgenossen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen, um damit der Vorsehung, dem Führer und dem deutschen Bauern dafür zu danken, daß wir in den kommenden Winter hineingehen, ohne daß das Gespenst des Hungers und der Kälte am Wege steht. Die 75prozentige Fahrpreisermäßigung ermöglicht einem jeden die Teilnahme. Das lippische Volk, selbst ein Bauernvolk, muß in vorderster Front marschieren."

Die Landesregierung erließ Anordnungen zur Beflaggung der öffentlichen Gebäude am 1. Oktober 1933 und zur Abhaltung einer Gedenkstunde in den Schulen am letzten Schultag davor.[5] Am 28. September 1933 schickte die Regierung per Eilboten eine Bitte an das Reichspropagandaministerium, „für die Spitzen des lippischen Landtages, der NSDAP usw. noch mehrere Karten für Tribünen- oder sonst bevorzugte Plätze zur Verfügung stellen zu wollen."[6] Der Landesregierung sei bislang nur eine Tribünenkarte übermittelt worden. Dabei wird darauf hingewiesen, dass der lippische Arbeitsdienst und die dortigen SA-Formationen maßgeblich an den Vorbereitungsmaßnahmen beteiligt gewesen seien. Genaue Informationen dazu sind aber nicht bekannt. Die *Lippische Landes-Zeitung* brachte eine ausführliche Berichterstattung und veröffentlicht in der Ausgabe vom 2. Oktober 1933 einige Fotos sowie die vollständigen Texte der Reden Hitlers und des Reichsbauernführers Darré. Ähnliche Informationen finden sich in den ersten beiden Ausgaben der *Lippischen Staatszeitung* vom 1. und 2. Oktober 1933. Hier heißt es, dass „über 6000 lippische Bauern und Parteigenossen […] an der größten Bauernkundgebung, die je die Welt gesehen hat" teilnehmen werden. Dazu kämen noch die SA- und SS-Kameraden. Weiterhin heißt es dort: „Gerade in der lippischen Bauernschaft sind noch reaktionäre Kräfte vorhanden, die den Geist der Zeit noch nicht begriffen haben, die mit einer wahren Volksgemeinschaft nichts zu tun haben wollen. Sie werden an dem Erlebnis vom Bückeberg nicht ohne weiteres vorübergehen können und müssen, wenn sie ehrlich sind, innere Einkehr halten und sich sagen, daß sie allen Grund haben, jetzt zu schweigen und mitzuarbeiten am großen Aufbau der Nation. Mit Nörglern und Unzufriedenen läßt sich das Dritte Reich nicht aufbauen. Hoffentlich lernt mancher lippischer Bauer aus dem ersten deutschen Erntedankfest den Wert der Freiheitsbewegung erst richtig kennen. Lippe ist heute bis auf jene Kreise rein nationalsozialistisch, und die Beteiligung am heutigen Erntedanktag aus Lippe ist die beste Gewähr dafür, daß nationalsozialistischer Geist immer tiefer in das Volk eindringt."[7]

[4] Entwurf dazu in LAV NRW OWL, L 80.16 Nr. 207.
[5] Lippische Landes-Zeitung vom 29. September 1933.
[6] LAV NRW OWL, L 113 Nr. 10, S. 81.
[7] Lippische Staatszeitung vom 1. Oktober 1933.

Die Bedeutung des Erntedankfestes für die nationalsozialistische Propaganda

Schon der zuletzt zitierte Presseartikel zeigt den Wert des Erntedankfestes aus der Sicht der Propaganda. Gerade die möglichst perfekte Organisation der Massenveranstaltung sollte die Volksgemeinschaft betonen, der Einzelne, auch der einzelne Bauer, spielte dabei keine Rolle. Elemente der Propaganda finden sich auch in der Gestaltung des Geländes und im Ablauf der Veranstaltung. Eine besondere Rolle spielte dabei wohl der erhöhte „Führerweg", auf dem Hitler sozusagen „aus dem Volk heraus" an die Spitze vor die Ehrentribüne trat. Dabei bildeten insbesondere Trachtengruppen sowie die Fahnen und Abzeichen der Parteigruppen eine Art Spalier. Für seine Rede stieg der „Führer" allerdings wieder sozusagen in die Mitte des Volkes herab, da die Rednertribüne am unteren Rand des Festgeländes aufgebaut war. 1935 sagte Hitler in seiner Rede: „Wo ist der Staatsmann, wo ist das Staatsoberhaupt, das so durch sein Volk gehen kann wie ich durch euch hindurchgehe?"[8]



Adolf Hitler während des Erntedankfestes auf dem Bückeberg 1934.
(LAV NRW OWL, D 75 Nr. 14453)

Gruppe in Bückeburgischer Festtracht auf dem Erntedankfest 1934.
(LAV NRW OWL, D 75 Nr. 14491)

[8] Lippische Landes-Zeitung vom 8. Oktober 1935.

Zuschauerinnen während des Erntedankfestes 1935.
(LAV NRW OWL, D 75 Nr. 14423)

Diese drei Fotos stammen aus einer Serie von Sammelbildern des „Reichs-Bildberichtserstatters der NSDAP" Heinrich Hoffmann zum Thema „Adolf Hitler". Sie zeigen das Bild der Propaganda vom Erntedankfest. Der Kult um den „Führer" Adolf Hitler spielte dabei die größte Rolle, alle bäuerlichen Elemente wie z. B. die Trachtengruppen waren eher schmückendes Beiwerk. Der Urgedanke des christlichen Erntedankfestes, der Dank an den Schöpfer für die Ernte, wurde immer mehr umgedeutet zu einem Dank des Volkes an seinen „Führer". So sagte z. B. Propagandaminister Goebbels 1934 in seiner Rede: „Sie, mein Führer, gaben uns wieder unser täglich Brot."[9]

Die Entwicklung des Erntedankfestes nach 1933

Im „Gesetz über die Feiertage" vom 27. Februar 1934[10] wurde im § 3 der erste Sonntag nach Michaelis (29. September) zum gesetzlichen Feiertag des Erntedankfestes erklärt. Das Gelände am Bückeberg baute man seit 1934 immer weiter aus, ohne allerdings den Charakter einer „naturgegebenen Feierstätte" zu verändern. Die Baumaßnahmen zielten insbesondere auf eine Verstärkung der propagandistischen Wirkung. So wurde der „Führerweg" weiter erhöht und der Zuschauerraum insgesamt so planiert, dass der „Führer" auf seinem Weg durch die Zuschauer besser zu sehen war. Auch der Blick auf das Gelände am Fuß des Berges, auf dem während der Feste die immer größeren werdenden militärischen Schauübungen stattfanden, sollte dadurch erleichtert werden. Die hygienischen Bedingungen verbesserte man durch Toilettenanlagen und einer eigenen Wasserversorgung. Die Verkehrsverbindungen wurden insbesondere durch einen Ausbau der zur Verfügung stehenden Bahnhöfe verbessert. 1934 wurden die Bahnhöfe in Hameln, Tündern, Emmerthal sowie Groß- und Klein-Berkel ausgebaut und in Afferde ein neuer Haltepunkt angelegt.[11] Durch die Verschiebung der Anfangszeit des Festes vom Nachmittag auf den Mittag gewannen die Massenquartiere in Form von Zeltlagern in der Nähe der Bahnhöfe an Bedeutung, damit die oft am Vortag oder in der Nacht anreisenden Teilnehmer Übernachtungsmöglichkeiten hatten. Der Anmarsch der Teilnehmer auf das Gelände am Sonntagvormittag wurde immer weiter perfektioniert, da zumindest nach den Berichten der Presse die Zahl der Teilnehmer immer weiter anstieg. Für 1934 werden 700.000 Teilnehmer genannt, für 1935 bereits eine

[9] Lippische Landes-Zeitung vom 2. Oktober 1934.
[10] Reichsgesetzblatt I 1934, S. 129.
[11] Lippische Landes-Zeitung vom 22. September 1934.

Million. 1937 schließlich spricht die Presse von 1,2 Millionen Teilnehmern. Das Programm blieb im Wesentlichen unverändert. Nach der Ankunft Hitlers, der seit 1936 mit seinem Sonderzug direkt bis zum groß ausgebauten Bahnhof Tündern am Fuß des Geländes fuhr, und dessen Empfang durch eine militärische Ehrenformation stieg der „Führer" zusammen mit Vertretern der Staatsführung über den erhöhten Mittelweg zur Ehrentribüne am oberen Rand des Festgeländes. Dort wurde ihm eine Erntekrone überreicht. Es folgte eine Rede der Propagandaministers Goebbels und die militärische Schauübung. Danach begab sich Hitler mit seinem Gefolge wieder über den Mittelweg zur Rednertribüne am unteren Rand des Geländes. Hier folgten dann die Rede des Reichsbauernführers und als Höhepunkt die Rede Hitlers. Die Veranstaltung wurde durch das Singen des Horst-Wessel-Liedes und des Deutschlandliedes beendet. Das Feuerwerk von 1933 ersetzte man in den folgenden Jahren durch den Abwurf von Fallschirmbomben, die große Hakenkreuzfahnen über dem Gelände entfalteten. Seit 1935 reiste Hitler anschließend zur „Reichsbauernstadt" Goslar, wo ein Empfang mit Vertretern des Reichsnährstandes stattfand. 1934 fand diese Veranstaltung noch am Sonntagvormittag statt, während das Fest auf dem Bückeberg um 15 Uhr begann. Ab 1935 setzte man den Beginn des Festaktes auf dem Bückeberg auf 12 Uhr fest.

Die Rolle der Reichswehr bzw. der Wehrmacht beim Erntedankfest

Wie bereits erwähnt, war eine militärische Vorführung seit 1933 fester Bestandteil des Programms des Erntedankfestes auf dem Bückeberg. 1933 waren es Vorführungen eines Reiterregiments, für 1934 erwähnt die Presse eine Gefechtsübung zweier Infanterieformationen.[12] Nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 dauerte die „große Schauübung der Wehrmacht" während des Erntedankfestes eine halbe Stunde und umfasste „alle modernen Waffengattungen". Die Presse nannte mehrere tausend Mann Infanterie, Pioniere, Kraftfahrschützen, Reiterei, Artillerie, 100 Kampfflugzeuge und 120 „Tankwagen" (Panzer) als Beteiligte an einem Gefecht, das in einem extra aufgebauten Ort namens „Bückedorf" nach einem festgelegten Plan stattfand. Am Ende gingen alle Häuser des Ortes in Flammen auf.[13]

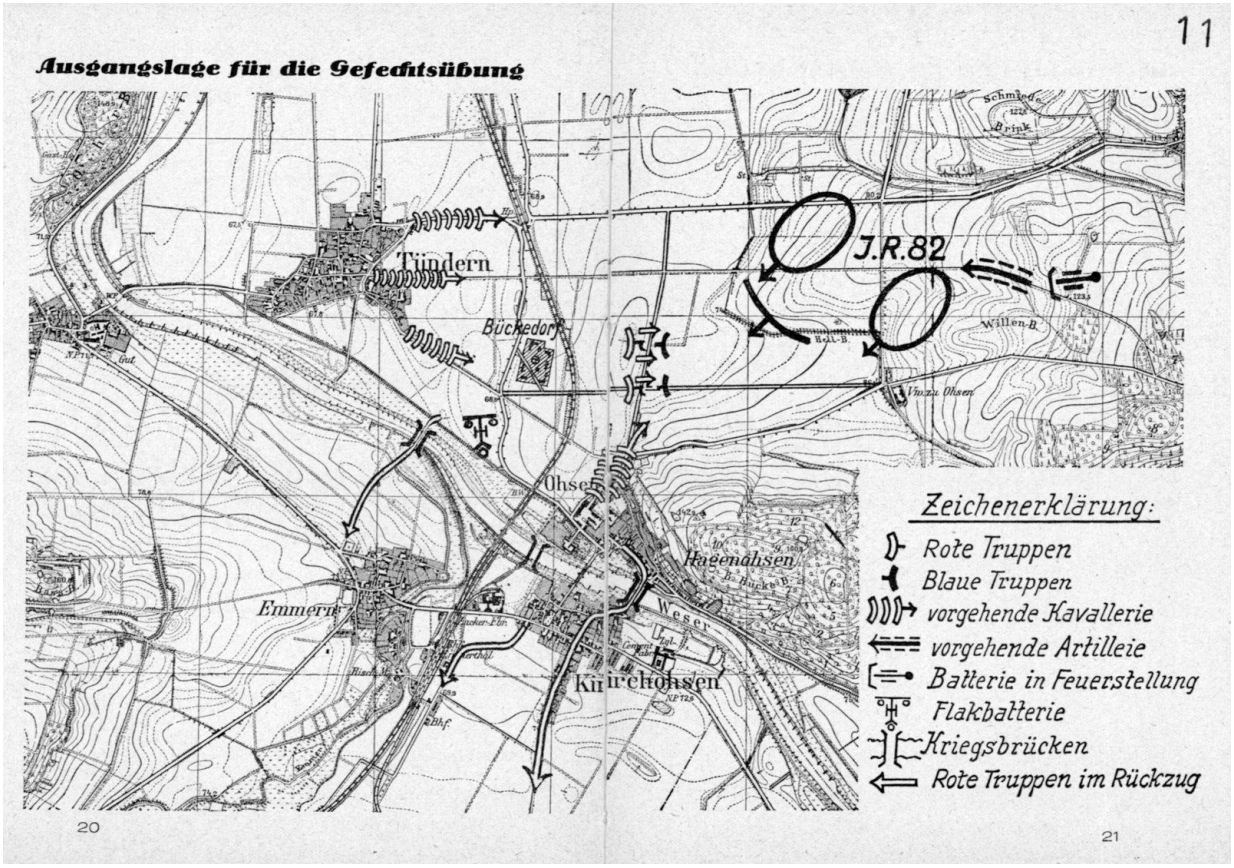
Zwei Fotos von der Vorführung der Wehrmacht 1935.
Auf dem linken Bild ist das Kulissendorf „Bückedorf" zu sehen, auf dem rechten Bild steht es in Flammen.
(LAV NRW OWL, D 75 Nr. 5147)

Während des Festakts am 4. Oktober 1936 gab es erneut eine halbstündige Großübung der Wehrmacht, dessen wichtigstes Element ein Angriff motorisierter Truppen auf ein Kulissendorf, diesmal „Meckererdorf"

[12] Lippische Landes-Zeitung vom 2. Oktober 1934.
[13] Lippische Staatszeitung vom 7. Oktober 1935.

genannt, darstellte. Neben insgesamt 2000 motorisierten Fahrzeugen waren wieder Artilleriegeschütze, Kampfflugzeuge und sogar Fallschirmjäger beteiligt.[14]

Im Rahmen des Festaktes am 3. Oktober 1937 nahmen eine ganze Reihe von Truppenabteilungen, insgesamt über 10.000 Mann, an einer erneut sehr aufwendigen Schauübung teil. Im Programmheft für den Erntedanktag werden die an der Übung beteiligten Truppen und der geplante Ablauf der Übung ausführlich dargestellt.[15] Wieder bildete das Kulissendorf „Bückedorf" den Schwerpunkt der „Kampfhandlungen" und wurde am Ende der Übung von der Artillerie in Brand geschossen. Eine der von Pionieren extra für das Erntedankfest errichteten Behelfsbrücken über die Weser wurde im Rahmen der Vorführung von Bombern der Luftwaffe zerstört.[16]



Plan für die Gefechtsübung aus dem Programmheft zum Erntedankfest 1937.
(LAV NRW OWL, L 113 Nr. 1490)

Die militärischen Vorführungen sollten vermutlich dazu dienen, dem Volk und vielleicht auch den versammelten ausländischen Diplomaten, die stets mit einem Sonderzug anreisten und auf der Ehrentribüne saßen, die Stärke der deutschen Wehrmacht zu präsentieren. In ihren Reden betonten Goebbels und Hitler wiederholt den friedlichen Charakter der Armee, die angeblich nur dem Schutz Deutschlands dienen sollte. Hitler ging 1934 in seiner Rede auf den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund ein und formulierte: „Deutschland und das deutsche Volk wollen nichts anderes als den Frieden. Sie werden aber niemals Verzicht leisten auf das gleiche Recht."[17] Propagandaminister Goebbels leitete 1935 in seiner Rede auf dem Bückeberg die größere Rolle der Wehrmacht beim Erntedankfest folgendermaßen ein:

[14] Lippische Staatszeitung vom 5. Oktober 1936.
[15] LAV NRW OWL, L 113 Nr. 1490.
[16] Lippische Staatszeitung vom 4. Oktober 1937.
[17] Lippische Landes-Zeitung vom 2. Oktober 1934.

> „Und nicht umsonst bestreitet die wiedererstandene deutsche Volksarmee am heutigen Mittag einen großen Teil des Programms unseres Bauern- und Erntedankfestes. Denn das Bauerntum stellt den besten Teil seiner Söhne für die junge deutsche Volksarmee zur Verfügung, und die junge deutsche Volksarmee wurde von Ihnen, mein Führer, nicht geschaffen, um Kriege zu führen oder Kriege zu provozieren."[18]

Hitler wiederum spricht 1937 in seiner Rede vom zu kleinen „Lebensraum" und über den Verlust der deutschen Kolonien. Gleichzeitig betont er erneut die Rolle der Armee als Verteidiger Deutschlands:

> „Ich lasse Ihnen nicht umsonst hier bei jedem Erntedankfest die Uebungen der Wehrmacht vorführen. Sie sollen Sie alle erinnern, daß wir hier nicht stehen würden, wenn über uns nicht Schild und Schwert Wache halten würden. […] Wir haben keine Lust, mit irgendjemandem Händel anzufangen. Aber es soll auch jeder wissen: Den Garten, den wir uns bestellt haben, den ernten wir auch allein ab, und niemand soll sich einbilden, jemals in diesen Garten einbrechen zu können! Das können sich die internationalen jüdischen Bolschewistenverbrecher gesagt sein lassen: Wo immer sie auch hingehen – an der deutschen Grenze stoßen sie auf ein eisernes Stop!"[19]

Die wahre Bedeutung dieser Worte sollte vielen Zuhörern erst in späteren Jahren klarwerden. Die Bilder des brennenden Kulissendorfes „Bückedorf" wurden seit 1939 ersetzt durch Bilder von brennenden Dörfern und Städten in Polen, Frankreich, England, der Sowjetunion und letztendlich auch in Deutschland.

Die Teilnahme lippischer Ortsgruppen der NSDAP

Für die Jahre 1935 und 1936 liegen im Bestand L 113 des Landesarchivs, der Unterlagen der NSDAP und verschiedener NS-Organisationen in Lippe beinhaltet, eigene Akten zur Organisation der Teilnahme an den Erntedankfesten auf dem Bückeberg vor. Darin werden unter anderem von Seiten der Kreisleitung Angaben zu den für die Sonderzüge benötigten Fahrkarten an das Eisenbahnbetriebsamt Detmold gesendet. Für 1935 nennt ein Schreiben des Kreisleiters folgende Personenzahlen für einzelne Bahnstationen: von Oerlinghausen bis Lage bis zu 400, in Lemgo mindestens 400, in Dörentrup bis zu 150 und in Barntrup etwa 300.[20] Für einen Sonderzug von Vlotho nach Hameln werden 200 Teilnehmer aus Lippe genannt, die in Rinteln sowie 35, die in Mölbergen zusteigen. Für einen Sonderzug von Herford nach Groß-Berkel gibt es Meldungen von jeweils 200 Personen in Bad Salzuflen und Schötmar sowie 30 in Sylbach.[21] Viele Teilnehmer aus Lippe fuhren aber auch mit Omnibussen, Lastkraftwagen, Autos und Fahrrädern zum Bückeberg, wie z. B. die Presse schon 1933 berichtete.[22]

Für 1936 liegen durch einzelne Meldungen der meisten NSDAP-Ortsgruppen sogar genau aufgeschlüsselte Teilnehmerzahlen vor.[23] Diese zeigen unter anderem, dass Bauern unter den Teilnehmern eher in der Minderheit waren. So war z. B. nur einer der 53 Teilnehmer der Ortsgruppe Berlebeck ein Bauer, bei der Ortsgruppe Heiden waren es 8 von insgesamt 55, bei der Ortsgruppe Schieder 53 von insgesamt 210. Bei der Ortsgruppe Pivitsheide wurden etwa 100 der insgesamt 127 Teilnehmer als Bauern gezählt, allerdings

[18] Lippische Landes-Zeitung vom 8. Oktober 1935.
[19] Lippische Staatszeitung vom 4. Oktober 1937.
[20] LAV NRW OWL, L 113 Nr. 103, S. 2.
[21] LAV NRW OWL, L 113 Nr. 103, S. 19.
[22] Lippische Landes-Zeitung vom 7. Oktober 1933.
[23] LAV NRW OWL, L 113 Nr. 327.

nur, weil sie „die für ihre Ernährung wichtigsten Lebensmittel selbst bauen." Auch die Parteigenossen waren überwiegend in der Minderzahl, so waren z. B. von den 59 Teilnehmern der Ortsgruppe Schwalenberg nur 15 Parteigenossen. Vorstellungen über die Zunahme der Gesamt-Teilnehmerzahl erlauben unter anderem die großen Ortsgruppen: Blomberg 490, Horn 353, Elbrinxen 300, Detmold-Nord 779 und Detmold-Süd 765 Teilnehmer. Die Kreisleitung in Detmold erklärte bereits am 7. September 1936 in einem Rundschreiben: „Die Erfahrung der Vorjahre hat gezeigt, dass seitens der Bevölkerung von Jahr zu Jahr dem Erntedanktag ein steigendes Interesse entgegengebracht wird. Die Anwesenheit des Führers, die Vorführungen der Wehrmacht und alle anderen Veranstaltungen bedeuten für alle Berufskreise ein tiefes Erlebnis. […] Es ist vor allem darauf zu dringen, dass die Bauern sich in ganz besonderem Ausmaß und mehr wie in den Vorjahren an den Veranstaltung am Bückeberg beteiligen, da gerade dieser Berufsstand durch die Teilnahme eine Dankesschuld dem Führer und der Partei gegenüber abzutragen hat."[24]

Diese Fotos stammen aus einem Fotoalbum, das wahrscheinlich bereits während der NS-Zeit von Josef Focke an die zeitgeschichtliche Sammlung des damaligen Direktors des lippischen Landesarchivs, Dr. Eduard Wiegand, abgegeben worden war. Es zeigt anscheinend lippische SA- und NSDAP-Mitglieder beim Erntedankfest, vermutlich im Jahre 1933.[25]
(LAV NRW OWL, D 75 Nr. 14909, Seite 22 des Albums)

[24] LAV NRW OWL, L 113 Nr. 327, S. 79.

[25] Die genaue Herkunft des Albums ist unklar, aber durch den Zusammenhang zu vermuten. Die zeitliche Einordnung beruht auf der Vermutung des Autors, dass die auf den Bildern zu erkennenden Scheinwerfer für die nur während des Festes 1933 durchgeführte Illumination benötigt wurden. Die späteren Feste fanden wie oben erwähnt mittags bzw. am Nachmittag statt.

Diese Fotos stammen aus einem Album der Bereitschaft Detmold des Deutschen Roten Kreuzes. Offensichtlich wurde diese zum Erntedankfest 1937 an der Bahnstation Afferde eingesetzt. Auf dem Foto links unten sieht man im Hintergrund eines der von der Reichspost eingesetzten mobilen Postämter.
(LAV NRW OWL, D 75 Nr. 9889, Fotos Nr. 55 bis 60 des Albums)

Die Absage des Erntedankfestes 1938

Das Erntedankfest sollte 1938 am 2. Oktober stattfinden. Das Gelände am Bückeberg war im Rahmen des Festes im Vorjahr vom preußischen Ministerpräsidenten Göring dem „Führer" offiziell übereignet worden, soweit es sich als Teil der Domäne Hagenohsen in preußischem Staatsbesitz befand.[26] Die Presse berichtete im September 1938 von den Erdarbeiten und der Anlage einer Drainage zur Vorbereitung des Festes.[27] Am Ende seiner Rede im Jahre 1937 hatte Hitler noch gesagt: „Wir haben an diesem Tage eine wunderbare Sonne. Ein Jahr vor uns gab es strömenden Regen. Was es das nächste Jahr geben wird, weiß ich nicht. Aber, daß wir wieder hier stehen werden, das weiß ich, ganz gleich, wie das Wetter sein wird!"[28] Hier irrte er sich allerdings. Als Folge der Unterzeichnung des Münchener Abkommens in der Nacht zum 30. September 1938 sollten deutsche Truppen ab dem 1. Oktober das Sudetenland besetzen. Die Hunderte von

[26] Lippische Staatszeitung vom 5. Oktober 1937.
[27] Lippische Staatszeitung vom 17. September 1938.
[28] Lippische Staatszeitung vom 4. Oktober 1937.

Sonderzügen der Reichsbahn, die die Zuschauer zum Erntedankfest auf dem Bückeberg bringen sollten, transportierten jetzt Soldaten der Wehrmacht in Richtung Tschechoslowakei. Eine kleine Mitteilung innerhalb der umfangreichen Presseberichterstattung zur Sudetenkrise informierte die Bevölkerung.[29] Damit blieb das fünfte Erntedankfest auf dem Bückeberg im Jahre 1937 auch das letzte, da nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs im September 1939 an die Organisation eines Festes in diesem Umfang nicht mehr zu denken war.

Literatur

Bernhard Gelderblom: Die Reichserntedankfeste auf dem Bückeberg 1933-1937. Hameln 1998.

[29] Lippische Staatszeitung vom 1. Oktober 1938.

„Vom Zahne der Reform und des Indifferentismus benagt“. Zur religiösen Ausrichtung der jüdischen Lipper von der Mitte des 19. bis ins 20. Jahrhundert.

von Jürgen Hartmann

Einleitung

Die jüdische Gemeinde im Lemgo des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts gilt Steven M. Lowenstein als eine Gemeinde, die „sich weit von der Tradition entfernt“ hatte. Die Synagoge verfügte über eine Orgel und die Ausrichtung des Gottesdienstes sei liberal gewesen. Die meisten Mitglieder würden ihre Geschäfte nur noch an hohen Feiertagen schließen, die Speisegesetze nicht oder nur selten einhalten und sie hätten sogar vereinzelt Gepflogenheiten ihrer christlichen Nachbarn wie einen Christbaum zu Weihnachten übernommen.[1]

Sicherlich ist die Lemgoer Synagogengemeinde deshalb in ihrer Gesamtheit nicht als liberal oder gar reformorientiert einzuordnen, wie an Konflikten zwischen Konservativen wie dem Gemeindevorsteher Moritz L. Kabaker und reformorientierten Kräften wie Leopold Hochfeld und Max Lenzberg noch zu sehen sein wird. Und sicherlich stand diese Synagogengemeinde nicht stellvertretend für die anderen Gemeinden, speziell für das Landjudentum, in Lippe. Auch dort hatte eine Lösung von Traditionen wie sie in zahlreichen Gemeinden des benachbarten Westfalens festzustellen war, stattgefunden. Mit dem benachbarten Bielefeld, einer „Hochburg des Reformjudentums“[2], aber lässt sich keine der lippischen Synagogengemeinden auch nur annähernd vergleichen.

Die Lösung von Traditionen war ein Prozess, der in Lippe in der Ära der Fürstin Pauline mit dem Konzept der stufenweisen und staatlich gelenkten Gleichstellung der Juden begann und gegen Mitte des 19. Jahrhunderts unter dem letzten lippischen Landrabbiner Dr. Henoch Joseph Abraham Fahrenbach Formen annahm. Diese Entwicklung verlief bis um die Jahrhundertwende jedoch nicht ohne Konflikte und Widerstände, wie Klaus Pohlmann beschreibt: „Für die Juden hat die Aufforderung, Kulturmuster der christlich geprägten Gesellschaft zu übernehmen, zur Folge, dass sie Grundsätze ihrer Religionsausübung, ihrer Auffassung vom Judentum, ihre jüdische Identität in diesem eingeforderten Assimilationsprozess zu überdenken und neu zu bestimmen haben. Deutlich ist, dass auf jüdischer Seite erhebliche Spannungen einsetzen zwischen konservativ und reformerisch ausgerichteter Auffassung vom Judentum.“[3]

In den meisten Darstellungen der jüdischen Gemeinden Lippes werden die Juden in ihrer religiösen Orientierung als eine weitgehend homogene Gruppe betrachtet. Nur vereinzelt dringt die Betrachtung tiefer oder befasst sich mit Lebensweise und Orientierung jüdischer Familien. Für die Synagogengemeinden als solche ist eine Einordnung noch ungleich schwieriger. Eine Frage wie beispielsweise die nach den Kräfteverhältnissen der verschiedenen Strömungen innerhalb der größten lippischen Synagogengemeinde in Detmold um

[1] Steven M. Lowenstein: Jüdisches religiöses Leben in deutschen Dörfern. Regionale Unterschiede im 19. und frühen 20. Jahrhundert. In: Monika Richarz und Reinhard Rürup (Hg.): Jüdisches Leben auf dem Lande. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte. Tübingen 1997, S. 219-230 (hier: S. 225 f.). S. zu Lemgo den hervorragenden Beitrag von Jürgen Scheffler: Zwischen ständischer Ausschließung und bürgerlicher Integration. Juden in Lemgo im 19. Jahrhundert. In: Juden in Lemgo und Lippe. Kleinstadtleben zwischen Emanzipation und Deportation. Bielefeld 1988, S. 28-62.

[2] Vgl. Monika Minninger (Hg.): Aus einer Hochburg des Reformjudentums. Quellensammlung zum Bielefelder Judentum des 19. und 20. Jahrhunderts. Bielefeld 2006.

[3] Klaus Pohlmann: Vom Schutzjuden zum Staatsbürger jüdischen Glaubens. Quellensammlung zur Geschichte der Juden in einem deutschen Kleinstaat (1650-1900). Lemgo 1990, S. XII.

1900 ist nicht zu beantworten. Dieses Defizit liegt in der Quellensituation begründet. Die Protokollbücher der Synagogengemeinden sind verschollen und entsprechende Berichte in Zeitungen existieren nicht. Hinweise, die genauere Einblicke in das Gemeindeleben zulassen, finden sich in den Erinnerungen und Lebensberichten jüdischer Lipper kaum. Für den privaten Bereich, also das religiöse Leben einzelner Familien, ist die Situation ein wenig besser. Hier stößt man auf ein breites Spektrum von Verhaltensformen im Umgang mit jüdischen Traditionen. So finden sich innerhalb von Familien, selbst unter Ehepartnern, unterschiedliche und gegensätzliche Auffassungen. Hugo Rosenthal, der einen Teil seiner Kindheit im auslaufenden 19. Jahrhundert in Lage verbrachte, schilderte die zumeist vergeblichen Versuche der Mutter, einer „wahrhaft religiösen Frau", die religiöse Tradition gegen den „völlig areligiösen" Vater aufrecht zu erhalten.[4]

Seit einiger Zeit zugängliche Quellen, wie die Akten des Bestandes Lippische Synagogengemeinden im Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland in Heidelberg oder des Bestandes des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) in der Wiener Library in London bzw. im Sonderarchiv in Moskau[5], insbesondere aber die Zeitungen und Zeitschriften der unterschiedlichen Strömungen des deutschen Judentums erlauben es, sich den Verhältnissen in Lippe anzunähern und ein genaueres Bild als bisher zu zeichnen. Gerade in den Periodika finden sich in verschiedener Form Hinweise auf die religiöse Orientierung, sei es in Berichten über das Gemeindegeschehen, über Ehrungen für Gemeindemitglieder oder über das Vereinswesen, sei es in Nachrufen auf Lehrer, Prediger und Gemeindevorsteher oder aber in Geschäfts-, Stellen- und Familienanzeigen und in Spendenverzeichnissen.[6]

Die verschiedenen Strömungen des Judentums und ihre Periodika

Die Juden in Lippe standen zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Ruf, ihre Lebensführung sehr strikt an Thora und Talmud auszurichten und sich von irgendwelchen Reformbestrebungen, wie es sie im benachbarten Westfalen gab, nicht beeindrucken zu lassen. Sie waren zur damaligen Zeit in deutlicher Mehrzahl dem orthodoxen Judentum zuzuordnen. Die Orthodoxie sah die Gebote als „geoffenbarten Willen Gottes" und somit als unveränderlich. Anders als das Reformjudentum war man nicht geneigt, die traditionsgebundene religiöse Lebensführung irgendwelchen äußeren Gegebenheiten und Entwicklungen anzupassen. Dieses war, so muss betont werden, nicht gleichbedeutend mit „Rückständigkeit" oder einem nicht vorhandenen Assimilationswillen, vielmehr wurde auch in der Orthodoxie die enge Bindung an die deutsche Kultur stets hervorgehoben.

Die Vertreter der Reformer oder Liberalen hingegen betrachteten die Ritualgesetze (z.B. in Bezug auf die Speisen) als wichtig, aber nicht als bindend. Hier herrschte seit Aufklärung und Voremanzipationszeit der Wille vor, sich der christlichen Mehrheitsgesellschaft anzugleichen. Bestimmte Traditionen und das Selbstverständnis als Angehörige einer in der Diaspora lebenden jüdischen Nation galten als Hürden auf dem ersehnten Weg zur Gleichberechtigung. Sichtbar wurde eine liberale Ausrichtung im Gemeindeleben vor allem an der Bildung von Chören, der Einbeziehung von Mädchen und Frauen in den Gottesdienst sowie in die

[4] Hugo Rosenthal: Lebenserinnerungen. Herausgegeben von Micheline Prüter-Müller und Peter Wilhelm A. Schmidt. Bielefeld 2000, S. 72-74.

[5] Jürgen Hartmann: Der Bestand „Landesverband der Synagogengemeinden in Lippe" im Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland. In: Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte, 9 (2009), S. 15-19; ders.: Der Bestand „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV)" in der Wiener Library in London und seine Bedeutung für die lippische Regionalgeschichtsforschung. In: Rosenland, 13 (2013), S. 43-50.

[6] Gisela Möllenhoff hat auf die Bedeutung dieser Zeitungen für die Regionalgeschichtsschreibung hingewiesen. Vgl. G. Möllenhoff: Die Allgemeine Zeitung des Judentums und das Israelitische Familienblatt als historische Quellen zur jüdischen Gemeinde- und Personengeschichte Westfalens. In: Westfälische Forschungen, Bd. 53 (2003), S. 429-445.

Chöre, die zunehmende Verwendung der deutschen Sprache in Gebeten und Gesängen und – sehr zum Verdruss der Orthodoxen – im Einsatz einer Orgel oder eines Harmoniums im Gottesdienst.

In den einzelnen Strömungen existierten naturgemäß unterschiedliche Ausprägungen. Eine für die Judenschaft in Lippe sehr bedeutende Richtung, die als gemäßigte Spielart des liberalen Judentums betrachtet wurde, war das konservative Judentum. Dieses akzeptierte die Intentionen der Reformer, aber die Veränderungen waren ihm zu weitreichend, da damit eine nicht akzeptable Entfernung vom jüdischen Religionsgesetz, das bindend bleiben sollte, erfolge. Das konservative Judentum hielt einen Wandel auch unter Beibehaltung wesentlicher Traditionen für möglich und wurde damit von Mitte des 19. Jahrhunderts an über Jahrzehnte hinweg den Bedürfnissen offenbar eines Großteils der lippischen Synagogengemeinden und der im Fürstentum lebenden Familien gerecht.

Zu den aufgeführten Richtungen gesellte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine weitere, die des Zionismus. Anders als Liberale und Orthodoxe sahen die Zionisten alle Juden als Angehörige einer jüdischen Nation. Ihrer Auffassung nach war das gleichberechtigte Leben, gerade auch durch den wachsenden Antisemitismus, in der Diaspora gescheitert. Als Ziel im Programm stand deshalb die Gründung eines eigenen Staates in Palästina. Zentrale Organisation war die 1897 gegründete Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD).

Jede Strömung verfügte über ein eigenes Organ oder eine nahestehende Zeitung. Die für diese Darstellung ausgewerteten Periodika und ihre Ausrichtung finden sich in der nachstehenden Übersicht.[7]

Titel	**Zeitraum**	**Ausrichtung**
Allgemeine Zeitung des Judentums	1837-1922	Selbstverständnis als Organ für alle jüdischen Interessen. Eher liberal-reformerisch, ab 1909 deutlich antizionistisch und anti-orthodox
Im deutschen Reich	1895-1922	Organ des CV. Eher liberal, antiorthodox und antizionistisch
CV-Zeitung	1922-1938	Organ des CV nach Zusammenschluss von Allgemeiner Zeitung des Judentums und Im deutschen Reich
Der Israelit	1860-1938	Organ des orthodoxen Judentums
Israelitische Wochen-Schrift	1870-1894	konservativ bis gemäßigt-liberal
Jüdische Rundschau	1902-1938	Organ der Zionistischen Vereinigung für Deutschland
Liberales Judentum	1908-1922	Organ der Vereinigung für liberales Judentum
Jüdisch-Liberale Zeitung	1920/21-1936	Nachfolgeblatt von Liberales Judentum (ab 7.11.1934: Jüdische Allgemeine Zeitung)
Israelitisches Familienblatt	1898-1938	„parteilos“

Einige grundsätzliche Anmerkungen zu den Blättern und ihrer Auswertung sind unerlässlich. Das 1898 begründete und weit verbreitete *Israelitische Familienblatt*, das sich selbst als „parteilos“ verstand, bietet eine Fülle von Gemeindenachrichten. Diese haben jedoch weitestgehend Einweihungen oder Jubiläen von Synagogen, Würdigungen von Persönlichkeiten zu verschiedenen Anlässen und antisemitische Vorfälle zum Gegenstand der Berichterstattung. In Bezug auf innere Konflikte der lippischen Synagogengemeinden oder die

[7] Allgemeine Zeitung des Judentums, Der Israelit, Im deutschen Reich, CV-Zeitung, Liberales Judentum, Jüdisch-Liberale Zeitung und Jüdische Rundschau finden sich digitalisiert im Internetprojekt www.compactmemory.de. Die Ausgaben 1870 und 1871, 1874 bis 1882 der Israelitischen Wochen-Schrift sind ebenfalls als digitale Quellen auf der Seite der Bodleian Library der University of Oxford unter www.bodleian.ox.ac.uk/bodley vorhanden. Leider nicht online verfügbar ist das Israelitische Familienblatt. Mikroverfilmungen finden sich in diversen Bibliotheken, u.a. im Zeitungs- und Pressearchiv der Universität Münster.

Orientierung einzelner Mitglieder lassen sich für Lippe keinerlei Erkenntnisse gewinnen. Ähnlich verhält es sich mit der Presse des 1893 gegründeten Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV), der als Gegengewicht zu den antisemitischen Organisationen gegründet worden war. Von 1895 bis 1922 erschien sein Organ *Im deutschen Reich*, das 1922 von der *CV-Zeitung* abgelöst wurde. In der Gesamtausrichtung war der CV, der zur Spitzenzeit 1924 70.000 Mitglieder aufwies, liberal geprägt. Obwohl ebenso antiorthodox wie konsequent antizionistisch ausgerichtet und in Distanz zum Ostjudentum, blieb er dennoch offen für Mitglieder sämtlicher Lager. Durch die Berichterstattung in seinen Zeitungen ziehen sich immer wieder heftige Konflikte mit Orthodoxen und Zionisten. Für die Verhältnisse in Lippe sind zur Themenstellung nur wenige Anhaltspunkte zu finden. Die *CV-Zeitung* löste mit Erscheinen 1922 die bedeutsame *Allgemeine Zeitung des Judentums* ab. Dieses 1837 gegründete Organ begleitete die Reformprozesse im Judentum von Anbeginn positiv. In ihm finden sich auch Berichte Fahrenbachs über die Entwicklung in Lippe, Gemeindenachrichten und Stellenangebote. Die *Allgemeine Zeitung des Judentums* positionierte sich ab 1909 in unmissverständlicher Weise antiorthodox und antizionistisch. 1922 wurde sie mit dem Blatt *Im deutschen Reich* zur *CV-Zeitung* vereinigt.

Der von 1860 bis 1938 erscheinende *Israelit*, das „Zentral-Organ des orthodoxen Judenthums" wie der Untertitel lautete, lässt in der Berichterstattung über die religiösen Verhältnisse in Lippe für die Zeit von 1868 bis 1875 interessante und neue Erkenntnisse zu. In den folgenden 50 Jahren finden sich dagegen kaum Berichte und nur noch wenige Familien- und Stellenanzeigen. Ab 1922 spiegelt sich orthodoxes Leben in Lippe in diesem Blatt nicht mehr wider.

Von überraschender Ergiebigkeit war die *Israelitische Wochen-Schrift*, die Zeitschrift „für die religiösen und socialen Interessen des Judenthums", die seit 1870 vom aus Detmold stammenden und in Stettin als Rabbiner tätigen Abraham Treuenfels herausgegeben wurde.[8] Sie wurde vom Herausgeber als Vertretung der Mittelpartei im Judentum bezeichnet, die mit dem Begriff konservatives Judentum verbunden wird: „Sie will die Einheit und Einigkeit des Judentums fördern, für Versöhnung der Gegensätze tätig sein, denn die Mehrheit der jüdischen Gemeinden will ganz entschieden ebenso wenig von starrsinnigem Festhalten alles Alten, wie von der durch Laune und Beliebigkeit geleiteten Reformsucht wissen, sie will mit der Vergangenheit nicht brechen, aber sie will auch den Anforderungen der Gegenwart, der allgemeinen Bildung, den gänzlich geänderten Verhältnissen Rechnung getragen wissen."[9] Das bis 1894 erscheinende Blatt stand dem Verfasser leider nur in den Jahrgängen bis 1882 zur Verfügung. Obgleich der Umfang der redaktionellen Berichterstattung aus Lippe nahezu unbedeutend ist, vermitteln die privaten Annoncen und die Stellenanzeigen der Synagogengemeinden für Lehrer und Prediger den Eindruck einer beinahe ähnlich großen Leserschaft im Fürstentum wie die *Allgemeine Zeitung für das Judentum* sie aufwies. Zu vermuten ist, dass die Herkunft des Herausgebers Abraham Treuenfels und dessen Bindungen nach Detmold den ein oder anderen Leser gebunden haben.

Die zionistische *Jüdische Rundschau* führte gleichsam wie der orthodoxe *Israelit* zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Lippe ein Nischendasein. Ein Bericht über zionistische Aktivitäten in Lippe findet sich erst im Dezember 1935 mit der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft in Detmold. Zuvor vermitteln lediglich Spendenlisten (z.B. im Rahmen der Schekelwochen) sowie wenige Familien- und Geschäftsanzeigen, dass zumindest einige lippische Juden sich zum Zionismus bekannten.

[8] Zu Abraham Treuenfels siehe auch das elfseitige Manuskript eines namentlich nicht genannten Nachfahren: Geschichte der Familie Treuenfels. Ms., Hannover 1920. In: Leo Baeck Institute, New York (LBI), AR 4242. Das Manuskript ist mittlerweile digitalisiert und lässt sich über die Internetseite des LBI abrufen.

[9] Auszug im Nachruf auf Abraham Treuenfels in Israelitische Wochenschrift vom 5. Februar 1879.

Liberales Judentum und die *Jüdisch-Liberale Zeitung* als Periodika der Vereinigung für liberales Judentum seit 1908 erbachten ebenfalls nur bescheidene Erkenntnisse, darunter aber das Wissen über die Existenz von zwei Ortsgruppen in Lippe, die vor dem Ersten Weltkrieg gegründet wurden.

Angemerkt werden soll an dieser Stelle, dass Lippe neben Leopold Zunz (1794-1886) weitere bedeutende Köpfe verschiedener Richtungen des Judentums hervorgebracht hat. Ebenfalls aus Detmold kam mit dem bereits erwähnten Dr. Abraham Treuenfels (1818-1879) ein prominenter Vertreter des konservativen Judentums und Gründer und Herausgeber der *Israelitischen Wochen-Schrift*. Aus Lage stammten Dr. Heinemann Vogelstein (1841-1911), ein bedeutender Führer der liberalen und antizionistischen Bewegung, Dr. Karl Rosenthal (1885-1952), ein weiterer Kopf dieser Richtung und sein Bruder Hugo Rosenthal (1887-1980), ein bekannter Reformpädagoge und Zionist.

Das Wirken des Vize- und Landrabbiners Dr. Henoch Fahrenbach seit 1845

Mit der Umsetzung von Reformen in der Judenschaft des Fürstentums Lippe ist der Name Dr. Henoch Joseph Abraham Fahrenbach auf das Engste verbunden. Sein Vater Abraham Löb Fahrenbach hatte bis zum Tod 1845 das Amt des Landrabbiners ausgeübt. Henoch Fahrenbach übernahm Ende 1845 die Nachfolge und setzte die zaghaften und gemäßigten Reformanstrengungen, die sein Vater gemeinsam mit Salomon Joel Herford, dem Vorsteher der lippischen Judenschaft, unternommen hatte, mit größerem Engagement fort.[10] Bis dahin waren Versuche, die Synagogengemeinden zur Abfassung gottesdienstlicher Regelungen zu bewegen, an vielfältigen Widerständen gescheitert.[11] Besonders Nathan Spanjer-Herford in Detmold, der orthodoxe Vorsteher der größten Synagogengemeinde, war nur widerstrebend bereit, Veränderungen zuzulassen.

Die lippischen Juden lösten sich in ihrer Mehrzahl zugunsten von Gleichstellung, kultureller Assimilation und sozialer Integration von einer streng orthodoxen Religionsausübung. Im Frühjahr 1848 unterstrichen die Vorsteher der Landjudenschaft in einer Petition zur Emanzipation ihre Abkehr vom traditionellen Verständnis einer jüdischen Nation.[12] Während des seit schon vier Jahrzehnten andauernden Prozesses hatte sich in vielen Familien das Verhältnis zur Frömmigkeit verändert. Vertraute Rituale wurden zwar vielfach aus Tradition und als Teil der Identität ausgeübt, aber ihre Bedeutung hatte abgenommen. Das Tagebuch des in Meinberg geborenen Samuel Jacobsberg vermittelt einen Einblick in die Religiosität des Landjudentums in Lippe um 1850:

> „Man betrachtete die sogenannten Speisegesetze als religiöse Gesetze, ohne weiter darüber nachzudenken, dass sie der Erhaltung der Gesundheit dienen sollten. Sie waren ein Bestandteil der frommen Gesinnung. Und fromm und religiös war man damals, wenigstens in den kleinen Gemeinden. Diese Art der Frömmigkeit hatte allerdings etwas Schablonenhaftes. Dass man morgens das Morgengebet verrichtete, dass man die Gebetsriemen (Tefillin) umlegte, war für jeden, der das 13. Jahr zurückgelegt hatte, d.h. barmizwo [=Bar Mizwa], ganz selbstverständlich […] Ebenso wurde vor und nach jeder Mahlzeit das

[10] Dr. Henoch Joseph Abraham Fahrenbach wurde am 18. Dezember 1810 in Detmold geboren. Anfangs führte er die Bezeichnung Vizerabbiner, seit 1861 die des Landrabbiners. Er verstarb am 5. Oktober 1872 in Detmold. In einem seiner Beiträge gibt Fahrenbach an, seinem Vater in den Reformbestrebungen seit 1842 zur Seite gestanden zu haben. Allgemeine Zeitung des Judentums (AZJ) vom 9. Juni 1851.

[11] Dina van Faassen: Landjuden in Lippe (1800-1930). In: Stefan Baumeister u. Heinrich Stiewe (Hg.): Die vergessenen Nachbarn. Juden auf dem Lande im östlichen Westfalen. Bielefeld 2006, S. 161-172 (hier: S. 166).

[12] Scheffler, S. 37. Vgl. auch: Dina van Faassen/Jürgen Hartmann: „… dennoch von Menschen von Gott erschaffen" – Die jüdische Minderheit in Lippe von den Anfängen bis zur Vernichtung. Bielefeld 1991, S. 24-27 und S. 39-41.

übliche Tischgebet verrichtet sowie abends vor dem Schlaf das Abendgebet. […] Alle diese täglichen Gebete wurden mehr gewohnheitsmäßig gesprochen.“[13]

Althergebrachtes wurde sowohl im privaten Bereich, als auch innerhalb der Gemeinden in Frage gestellt. 1841 berichtete ein anonymer Schreiber, vielleicht Hennoch Fahrenbach, in der *Allgemeinen Zeitung des Judentums* über einen Vortrag des aus Detmold stammenden Studenten Abraham Treuenfels in der Synagoge der Residenzstadt, den dieser am 2. Oktober 1841 im Anschluss an den regulären Gottesdienst orthodoxer Prägung gehalten hatte. Anders als üblich waren demzufolge zahlreiche Besucher erschienen und die Synagoge gut gefüllt. Es hatten sich „sogar mehrere ehrenwerte Männer eingefunden […], die sonst an diesem Orte teils gar nicht, teils nur selten anzutreffen sind, weil unser der Zeit nicht mehr angemessener Ritus, der skandalöse Singsang und das maschinenmäßige Herplappern der überdies zum Teil unpassenden Gebete Herz, Geist und Gemüt nicht erwecken können, vielmehr störend auf die wahre Andacht wirken müssen.“ Im Vortrag des jungen Mannes hätten „weder der Nationalismus noch die Orthodoxie irgendetwas Anstößiges finden“ können.[14]

Die Zahl derjenigen lippischen Juden, die bereit waren, mit dem Prozess der Emanzipation eine Modernisierung der Religion zu verbinden, wuchs. Für das religiöse Leben in den Synagogengemeinden bedeutete dieses unter anderem die teilweise Einführung der deutschen Sprache in den Gottesdienst. Statt äußerer Formen bei der Religionsausübung wurde Gewicht auf die Verinnerlichung der Religion gelegt. Auch sollten Frauen stärker eingebunden werden, was durch die Einführung gemischter Chöre und der Mädchenkonfirmation erfolgte.[15]

Über seine Anstrengungen und Fortschritte in der Kultusreform berichtete Fahrenbach in jüdischen Zeitungen und Zeitschriften, erstmalig 1851 in der *Allgemeinen Zeitung des Judentums*: „Viel des Guten [ist] nach und nach in friedlicher Weise geregelt worden, was in anderen Gegenden so viele Gegner gefunden, so vielen Zwiespalt erregt und endlich dennoch eingeführt ist oder eine Trennung bewirkt hat.“[16] In seiner Bilanz aufzuweisen hatte Fahrenbach vor allem die anderenorts selten ohne große Konflikte verlaufende Einführung von Gebeten und Gesang in deutscher Sprache und von Chören, insbesondere gemischter. Gerade die Konfirmation der Mädchen und die „Zulässigkeit weiblichen Personals zum Gottesdienst“ waren stark umstritten. Aber Fahrenbach stellte fest: „Nur Einzelne sind es deshalb, die einen anderen Standpunkt einnehmen, aber fast nicht durchzugreifen wagen und nur ihre Meinung aufstellten.“[17] Zu diesen „Einzelnen“ in Detmold zählte allerdings der orthodoxe Gemeindevorsteher Nathan Spanjer-Herford, der noch 1848 den gemischten israelitischen Gesangverein in Frage stellte.[18]

1855, also vier Jahre später, berichtete Fahrenbach:

> „Für fast sämtliche Synagogen [Es existierten zu diesem Zeitpunkt 14 Synagogen und mehrere Betstuben in Lippe, d.V.] sind durch den Unterzeichneten

[13] Zit. nach Dina van Faassen: Landjuden, S. 167.

[14] AZJ vom 6. November 1841. Der Verfasser kritisiert zu Beginn seines Beitrags auch die Situation für die Frauen im Gotteshaus, das endlich vor einem Jahr „ein würdiges Äußeres“ erhalten habe. So sei die Abteilung für Frauen „einem Hühnerbauer“ ähnlich und Mädchen würden die Synagoge nur sehr selten besuchen oder darin hospitieren.

[15] Dina van Faassen: Landjuden, S. 166.

[16] AZJ vom 9. und 16. Juni 1851. Zur Spaltung einer Gemeinde im Zuge des Reformprozesses war es unter anderem 1848 in Münster gekommen. Vgl. AZJ vom 9. Oktober 1848.

[17] AZJ vom 9. Juni 1851. Zu den Auseinandersetzungen um die Einbeziehung von Frauen und Mädchen ins Detmolder Gemeindeleben vgl. Dina van Faassen: Jüdisches Frauenleben in Lippe bis 1858. In: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde, Bd. 62 (1993), S. 129-189 (hier: S. 157 f.).

[18] D. van Fassen: Jüdisches Frauenleben, S. 158. S. auch die gegen das Verhalten Spanjer-Herfords gerichtete Anzeige von Mitgliedern des Gesangvereins in Die Wage vom 5. August 1848.

> gleichmäßige Synagogenordnungen eingeführt worden, Chor nach dem Goldberg'schem Werke, ein besonders abgedrucktes Gebet in deutscher Sprache für den Regenten und das Land u. dgl. In Detmold besteht vierstimmiger Gesang seit 1846 und werden, sowohl hier, als überall gelegentlich, besonders bei Trauungen und Konfirmationen deutsche Choräle gesungen. Auch wird bereits in vielen Synagogen die Haskarah[19] übersetzt und ein deutscher Psalm vorgetragen."[20]

Das jüdische Schulwesen spielte in dieser Entwicklung eine wichtige Rolle. Es erfuhr in Lippe zahlreiche Veränderungen und verlor im Laufe des Assimilationsprozesses zunehmend an Bedeutung. Mit dieser Entwicklung einher ging über die Generationen zugleich ein Verlust an „Religiösität" und an Tradition. Zu den zahlreichen Versuchen, den Unterricht zu verbessern und zu vereinheitlichen, wie den damit verbundenen Problemen und Konflikten sei auf die Arbeiten von Klaus Pohlmann verwiesen.[21]

Die Orthodoxie von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg

Wie erhellend und aufschlussreich eine Auswertung der angeführten Periodika sein kann, verdeutlicht insbesondere die Lektüre von *Der Israelit*, des Organs des orthodoxen Judentums. Joseph Oppenheim, Lehrer in Schötmar, schrieb als erster über die Verhältnisse in Lippe im *Israelit*.[22] In einer Bestandsaufnahme umriss er 1866 die politische und gesellschaftliche Situation, befasste sich mit dem Schulwesen der Gemeinden und beklagte:

> „Hinsichtlich der Religiösität sind obige Gemeinden voneinander verschieden. In einigen derselben finden wir noch wahre Religiösität, Festhalten an unserer angestammten Religion, während dagegen andere ebenfalls schon vom Zahne der Reform und des Indifferentismus benagt sind."[23]

Ihm als Kritiker der Verhältnisse zur Seite stand der in Letmathe und Oestrich bei Iserlohn tätige Lehrer Moses Rosenwald. Rosenwald, in Schötmar geboren, wetterte ab 1868 über drei Jahrzehnte hinweg in zahlreichen Artikeln gegen die „schändliche Entweihung unserer geoffenbarten Religion"[24] durch „Weibersang", „Reformfirlefanz" und das „Orgeljudentum" in Westfalen und für einige Jahre über die Verhältnisse in seiner alten Heimat Lippe.[25] Dabei zielte er wiederholt auf die Bestrebungen des Landrabbiners Fahrenbach. Zwei Jahre nach Oppenheims Ausführungen zur Situation in Lippe stellte Rosenwald zum Abschluss eines längeren Berichts fest:

---

[19] Die Haskara ist die liturgische Gedenkfeier für Verstorbene.

[20] Der Israelitische Volkslehrer, Juni 1855, S. 236 f.

[21] Klaus Pohlmann: Das jüdische Schulwesen in Lippe im 19. und 20. Jahrhundert. In: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde, Bd. 57 (1988), S. 251-342. Ders.: Die jüdische Schule in Lemgo. Organisation schulischer Bildung und Erziehung in der Kleinstadt. In: Juden in Lemgo und Lippe. Bielefeld 1988, S. 63-86. Ders.: Vom Schutzjuden zum Staatsbürger jüdischen Glaubens. Quellensammlung zur Geschichte der Juden in einem deutschen Kleinstaat (1650-1900). Lemgo 1990.

[22] Zu Joseph Oppenheim ist bislang wenig bekannt. 1869 veröffentlichte er, zu der Zeit noch Lehrer in Schötmar, eine Sammlung von Sprichwörtern und Rätseln für den Unterricht unter dem Titel „Der kleine deutsche Schulschatz". Beworben wurde es von seinem Kollegen Moses Rosenwald im Israelit vom 16. September 1869.

[23] Israelit vom 5. September 1866. Oppenheim bemerkt, dass 130 bis 150 jüdische Familien in Lippe lebten, die zu folgenden zehn Synagogengemeinden gehörten: Detmold, Horn, Lemgo, Lage, Schötmar-Uflen, Hohenhausen, Oerlinghausen, Schwalenberg, Alverdissen-Barntrup und Blomberg-Cappel.

[24] Israelit vom 6. Mai 1868.

[25] Vgl. u.a. Israelit vom 22. August 1892. Moses Rosenwald, geb. 24. Februar 1824 in Schötmar, gest. 26. Juli 1903 in Iserlohn. Vgl. Nachruf im Israelit vom 6. August 1903. Für Angaben über Rosenwald in Iserlohn bin ich dem Leiter des dortigen Stadtarchivs, Rico Quaschny, dankbar.

„Ist es uns auch erfreulich, diese seit den letzten 20 Jahren angestrebte Verbesserung der israelitischen Schulverhältnisse statuieren zu können, so erfüllt es uns anderseits mit Schmerz und Wehmut, die Beobachtung gemacht zu haben, dass während des gesamten Zeitraumes in manchen Gemeinden die Religiösität bedeutend abgenommen und, leider! noch im Abnehmen begriffen ist. Vor noch nicht vielen Jahren standen die Israeliten des Fürstentums mit Recht im Rufe der Streng- und Rechtgläubigkeit, die in wahrer und aufrichtiger Religiösität, im Festhalten an unserer angestammten väterlichen Religion und ihrer Institutionen ihren Stolz und ihren Ruhm suchten; vornehmlich war dieses mit der Haupt- und Residenzstadt Detmold der Fall. […] Aber die verderbliche, falsche Aufklärungssucht, Un- und Irreligiösität, Indifferentismus und Materialismus haben in jüngster Zeit auch hier, wie auch in manch anderen Gemeinden des Landes Terrain gewonnen und scheint diese Krankheit sich, leider, immer noch weiter auszubreiten. Dass an diesen traurigen Zuständen der Herr Landrabbiner, gelinde gesagt, einen nicht geringen Teil der Schuld trägt, dürfte nicht schwer zu beweisen sein.“[26]

Die Munition für die teilweise sehr scharfen Angriffe sammelte Moses Rosenwald während seiner Besuche bei den in Schötmar lebenden Verwandten. Aus seinem ersten Beitrag über die lippischen Verhältnisse hatte die Redaktion Vorhaltungen gegen den Landrabbiner Fahrenbach gestrichen, wie Rosenwald 1869 in einem erneuten Bericht über Lippe bedauernd anführte. Dieses Mal aber könne er Beispiele benennen, die ihm während eines dreiwöchigen Besuches in Schötmar zu Gehör gebracht worden seien: Fahrenbach vernachlässige die Regularien für das Schächten, sehe darüber hinweg, dass ein jüdischer Kaufmann in U. [gemeint: Uflen, JH] während jüdischer Feiertage sein Geschäft offen halte, dieser sogar rauche und kegle, und der Landrabbiner nehme es letztlich auch mit der Vermittlung jüdischer Frömmigkeit und Gesetze an den Schulen nicht so genau.[27]

Mit dem Tod Fahrenbachs 1872 ging Rosenwald offenbar sein Feindbild in Lippe verloren. Er berichtete zwar noch vereinzelt, behandelte dabei jedoch eher konfliktfreie Themen: den gesellschaftlichen Aufstieg Einzelner wie des Arztes Dr. Lenzberg aus Lemgo, die Teilnahme junger jüdischer Männer am Feldzug 1870/71 oder die zunehmende Toleranz gegenüber seinen Glaubensgenossen selbst in denjenigen lippischen Gebietsteilen, „wo die Mehrzahl der Bevölkerung dem starren Pietismus huldigt“. Eher resignierend stellte er 1875 fest: „Nicht so rosenfarbig, wie in bürgerlicher und politischer Hinsicht sieht es mit den religiösen Zuständen des Landes aus; hier ist eher ein Rück- als Fortschreiten bemerkbar.“[28] Die Orthodoxie hatte erheblich an Einfluss verloren.

Die Familie Rosenwald in Schötmar ist noch weit nach 1900 der Orthodoxie zuzuordnen, sie scheint außerdem das Gemeindeleben vor Ort geprägt zu haben.[29] Als im Frühjahr 1892 Mayer Rosenwald, Bruder von Moses, seinen 80. Geburtstag feierte, hieß es im *Israelit*:

---

[26] Israelit vom 30. September 1868.

[27] Israelit vom 16. September 1869. In der gleichen Ausgabe findet sich ein mit „Aus Lippe-Detmold“ überschriebener Beitrag des Lehrers Joseph Oppenheim, in welchem auch dieser weitschweifig den Verlust der Religiosität beklagt. Ein Bezug zu Lippe ist jedoch ausschließlich darin zu finden, dass er ein Gespräch mit einem evangelischen Pfarrer Ph. aus Sch. (vermutlich Schötmar) anführt.

[28] Israelit vom 13. Januar 1875.

[29] Vernon (Werner) Katz beschreibt in seinen Erinnerungen an die Kindheit im Schötmar der 1930er Jahre, die Rosenwalds als weiterhin orthodox ausgerichtet. Und: „Herr [Hermann, d.V.] Rosenwald is the doyen of the Jewish community in Schötmar. He is the Jewish community.“ Vgl. Vernon Katz: The blue salon and other follies. A Jewish boyhood in 1930's rural Germany. o.O. 2008, S. 18 f. Vor dem Hintergrund, dass Salzuflen und Schötmar sich 1858 zu einer vereinigten Synagogengemeinde zusammen-

> „Herr R., das älteste Mitglied der Gemeinde S. – gehört noch zu denjenigen Jehudin, wie sie leider, besonders in kleineren Gemeinden, in der Jetztzeit, wo Materialismus und Indifferentismus immer größere Dimensionen annehmen, immer seltener werden. [...] Ihm allein ist es zu verdanken, dass in S. die religiösen Institutionen noch in echt jüdischem Geiste geführt werden."[30]

Schötmar, das noch 1894 mit dem Lehrer Steinweg einen Orthodoxen als Gemeindebediensteten aufwies[31], war somit vermutlich der letzte Hort der Orthodoxie in Lippe. Hier lebten neben den Rosenwalds weitere Familien, die sich als „gesetzestreu" betrachteten, sich strikt an rituelle Regularien und Speisegesetze hielten. In den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hatten sich kleinere orthodox geprägte ländliche Gemeinden wie Varenholz aufgelöst oder waren wie Langenholzhausen im Auflösungsprozess begriffen, die dort lebenden Familien waren abgewandert.[32]

In der größten Synagogengemeinde Lippes, in Detmold, aber ebenso in den kleineren Synagogengemeinden herrschte die konservative Orientierung vor, trotz einzelner Familien, die an ihrer orthodoxen Grundeinstellung festhielten. Zu den orthodoxen Kräften in Detmold gehörten die Familie Hermann Michaelis und der Händler Samson Michaelis, der sich noch 1903 als Vorbeter im orthodoxen *Israelit* anbot.[33] Auch das jüdische Töchterpensionat von Emma Leeser in Detmold warb dort explizit mit „Gesetzestreue".[34] Aber vor und nach dem Ersten Weltkrieg war die Orthodoxie in Lippe mit Ausnahme von Schötmar kaum noch existent. Zu den wenigen bekannten orthodoxen Familien in Detmold nach 1918 gehörte die Familie Nathansen.[35] Seit Beginn der zwanziger Jahre finden sich nicht nur in der Berichterstattung, sondern auch im Anzeigenteil des *Israelit* keinerlei Hinweise auf orthodoxes Leben in Lippe mehr.

Ob die Wahl eines Vorstehers und weiterer Vorstandsmitglieder von deren religiöser Ausrichtung abhängig war, ist für kleinere Gemeinden zu bezweifeln. Eher wählte man engagierte Persönlichkeiten, die nicht nur innerhalb der Gemeinde, sondern auch im gesellschaftlichen Leben des Dorfes oder der Stadt Ansehen besaßen. Diese Aussage trifft auf die Synagogengemeinde Oerlinghausen, die zeitweise sogar die zweitgrößte in Lippe war, zu. Hier zeigten sich bis Ende des 19. Jahrhunderts viele der dort lebenden Familien sehr traditionsbewusst, allerdings eher im konservativen als orthodoxen Sinn. Erst spät im Vergleich zu westfälischen und anderen lippischen Gemeinden verschwand das Hebräische bei Grabinschriften auf dem Friedhof.[36] Dazu passt das Bild, welches sich dem jungen Julius Hochfeld aus dem „liberalen" Lemgo bot, der in den 1870er Jahren in Oerlinghausen bei einem „ziemlich religiösen Chef" in die Lehre ging. Dem Lemgoer Lehrling war die dort geübte Praxis des Anlegens der Gebetsriemen völlig fremd.[37] Dennoch gab es mit

---

schlossen, stellt sich die Frage, ob die Gottesdienste in der Schötmaraner Synagoge orthodox, die der Salzufler Synagoge dagegen konservativ bis liberal ausgerichtet waren.

[30] Israelit vom 26. Mai 1892. Mayer Rosenwald, Bruder von Moses, starb ein knappes Jahr später. Vgl. Israelit vom 2. März 1893.

[31] Steinweg taucht als Teilnehmer einer Konferenz des orthodoxen Vereins der israelitischen Lehrer Rheinlands und Westfalens auf. Vgl. Israelit vom 31. Mai 1894. Die Gemeinde Schötmar suchte ihre Lehrer über Annoncen im orthodoxen Organ, vgl. Israelit vom 27. Juni 1889 (unterzeichnet von Theodor Hamlet).

[32] Die Synagogengemeinde Varenholz wies ausschließlich im orthodoxen Israelit auf die Versteigerung ihrer Kultgegenstände hin. Vgl. Israelit, Juli 1889, S. 998. Auch A. Katz aus Langenholzhausen annoncierte nur in diesem jüdischen Blatt. Vgl. u.a. Anzeige für einen Schlachtergesellen im Israelit vom 24. April 1899.

[33] Anzeige des Hermann Michaelis im Israelit vom 20. Oktober 1887. Anzeige des Samson Michaelis im Israelit vom 10. August 1903.

[34] Israelit vom 24. November 1898.

[35] Israelit vom 12. Mai 1921. Die Todesanzeige für Bernhard Nathansen ist von den Töchtern Grete und Hanne-Lore unterzeichnet.

[36] Michael Brocke/Aubrey Pommerance: Der jüdische Friedhof in Oerlinghausen. Eine bildlich-textliche Dokumentation. Oerlinghausen 1993, S. 7 f.

[37] Nach den Erinnerungen seines 1859 geborenen Bruders Willy Hochfeld: Erinnerungen eines 81jährigen. In: Juden in Lemgo und Lippe. Kleinstadtleben zwischen Emanzipation und Deportation. Bielefeld 1988, S. 114-136 (hier: S. 129 f.). Bei dem „religiö-

Abraham Meyer in den 1860/70er Jahren es einen Vorsteher, der aufgrund einiger Anhaltspunkte als gemäßigt liberal einzuordnen ist.[38] Er hatte das Amt von seinem Vater Isaak übernommen. Die Familie Meyer gehörte zu den ältesten in Oerlinghausen ansässigen jüdischen Familien und war innerhalb der Synagogengemeinde angesehen, da sie sich seit Jahrzehnten stark engagierte. Abrahams Großmutter hatte 1802 den Bauplatz für die Synagoge zur Verfügung gestellt. Die Akzeptanz im Dorf selbst scheint ebenfalls groß gewesen zu sein. Isaak Meyer war seit spätestens 1843 Mitglied der Schützengesellschaft, Sohn Abraham trat auch in dieser Hinsicht in die Fußstapfen des Vaters. Um 1888 gab es dagegen mit dem Holzhändler Isaak Lindemeyer für einige Jahre einen orthodox ausgerichteten Gemeindevorsteher, der zu jenem Zeitpunkt als Vorsitzender der Oerlinghauser Schützengesellschaft gut in der örtlichen Gesellschaft verankert war.[39]

Konservatives Judentum als Mehrheitsorientierung

Für viele lippische Juden scheint das konservative Judentum, mitunter als Mittelpartei bezeichnet, einen akzeptablen Kompromiss dargestellt zu haben. Eine Orgel oder ein Harmonium in der Synagoge, ein deutsches Gebet, gemischter Chorgesang und Mädchenkonfirmation waren um 1870 in den meisten Synagogen und Betstuben des Fürstentums feste Bestandteile geworden. Im Bereich des Privaten galten aber in den traditionsbewussten Familien Speisegesetze, Gebetszeiten und das Anlegen von Gebetsriemen (Tefillin) als nicht verhandelbar. Über die Generationen hinweg weichten aber auch diese Grundsätze stetig auf. Mädchen und Jungen kamen häufig nur noch begrenzt mit Hebräisch und der Vermittlung ihrer Religion in Kontakt, was damit zusammenhing, dass einerseits kaum noch jüdische Elementarschulen existierten, zum Anderen den Eltern der Besuch der höheren Schulen und die damit verbundene Bildung wichtig war.

Die *Israelitische Wochen-Schrift* besaß für die lippischen Juden eine ähnliche Bedeutsamkeit wie die *Allgemeine Zeitung des Judentums*. Hier suchte beispielsweise die lippische Judenschaft Lehrer und Wanderlehrer für die Synagogengemeinden des Fürstentums[40], hier inserierte die Witwe Fahrenbach für ihr Pensionat und der Kaufmann Bornheim aus Leopoldshöhe für Hauspersonal.[41] Das Blatt stellte 1894 sein Erscheinen ein. Ob dieses aus Gründen der abnehmenden Bedeutung und damit Auflage oder aus anderer Ursache geschah, ist leider nicht ersichtlich.

Der religiöse Liberalismus

Während Orthodoxe wie Rosenwald oder Oppenheim das jüdische Gemeindeleben in Lippe in den 1860er und 1870er Jahren als viel zu liberal oder „indifferent" erachteten, erschien es Reformern wie Karl Rosenthal[42], einem Bruder des Zionisten Hugo Rosenthal, noch um die Jahrhundertwende als zu „traditionell". In

---

sen Chef" könnte es sich um den Händler Isaak Lindemeyer gehandelt haben. Er war Ende der 1880er Jahre Vorsteher der Oerlinghauser Synagogengemeinde.

38 Abraham Meyer war um 1872 auch landjudenschaftlicher Ausschuss-Deputierter. Vakante Lehrerstellen in seiner Gemeinde inserierte er ausschließlich in der Allgemeinen Zeitung des Judentums. Vgl. AZJ vom 7. November 1865. 1848 war Meyer zur Freude Fahrenbachs engagierter Leiter des Synagogenchores. S. Pohlmann, Vom Schutzjuden, S. 366.

39 Lindemeyer inserierte zu dieser Zeit im orthodoxen Israelit, nicht jedoch in der AZJ, so beispielsweise die Lehrer-Stelle der Gemeinde und ein Stellengesuch für eine Haushaltshilfe für „eine ältere Dame" (vermutlich die Mutter). Vgl. Israelit, Juni 1889, S. 893 und Juli 1889, S. 998. Vgl. auch den Bericht zu seiner Wiederwahl als Vorsitzender der Schützengesellschaft in der Lippischen Landeszeitung (LLZ) vom 22. April 1895.

40 Z. B. Anzeige des Rabbinatsverwesers Leseritz in Israelitische Wochen-Schrift vom 17. Dezember 1874 oder von J. A. Erda in der Ausgabe vom 24. März 1881.

41 Israelitische Wochen-Schrift vom 26. August 1875 und 18. Oktober 1876.

42 Seit April 1925 Rabbiner der Reformgemeinde in Berlin. Seine Dissertation verfasste er über das jüdische Schulwesen. Vgl. Karl Rosenthal: Aufklärungspädagogik und jüdisches Bildungswesen. Ein Beitrag zur jüdischen Schulgeschichte von 1775 bis 1825. Köln 1925. In gedruckter Form liegt lediglich das Kapitel 15 über „Salomon Joel Herford und Ferdinand Weerth als Begründer

der *Jüdisch-Liberalen Zeitung* schrieb er 1928 in Würdigung des 60. Geburtstags seines ehemaligen Bielefelder Religionslehrers, des Reformers Dr. Felix Coblenz:

> „Als ich die erste Religionsstunde bei Dr. Coblenz hatte, war ich 13½ Jahre alt. In meiner lippischen Heimat, wie in einer hessischen Kleinstadt, wo ich eine Zeitlang die Schule besuchte, hatte ich nur traditionelles Judentum kennengelernt. Ein Vierteljahr vor der Bar-mitzwah schon hatte ich begonnen, Tephillin anzulegen. Mit innerem Widerstreben zwar, aber ohne Klarheit über den Grund dieser Abneigung. Dann wurde ich Dr. Coblenz' Schüler. In der ersten Stunde fühlte ich, dass hier andere Luft wehte."[43]

Karl Rosenthal war von 1910 bis 1913 als Lehrer und Prediger der Detmolder Synagogengemeinde tätig. Er übernahm mit Detmold eine Gemeinde, die ein besonders uneinheitliches Bild abgab. Hier standen reformorientierte Gemeindemitglieder einer Mehrheit aus konservativ-traditionellen sowie orthodoxen Kräften gegenüber. Der größte Teil der Gemeinde war aber offenbar so eingestellt, wie Karl Rosenthal es empfand: traditionell, was angesichts einer Orgel in der Synagoge, der Existenz eines eher liberalen Vereins wie dem für jüdische Geschichte und Literatur wohl mit konservativ bis gemäßigt liberal zu interpretieren ist. Die Quellen erlauben kein eindeutiges Bild.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen Veränderungen im Gemeindegefüge, die sich durch den Zuzug ostjüdischer Familien in die Residenzstadt ergaben, und für assimilierte „Westjuden" – besonders diejenigen, die reformorientiert waren – problembehaftet waren. Tatsächlich lassen sich Skepsis und Ablehnung gegen ostjüdische Zuwanderer, die als Träger althergebrachter Traditionen in schlechtem Ruf standen, feststellen. Natürlich hatte sich besonders in den 1880er und 1890er Jahren eine hohe Spendenbereitschaft gezeigt, wenn es um die Unterstützung für durch Pogrome betroffene Juden im Zarenreich ging. Anders stellte sich die Situation offenbar dar, als ab 1898 vereinzelt ostjüdische Kaufleute oder Familien nach Detmold kamen. Grundsätzlich verfolgte die Fürstlich Lippische Regierung eine äußerst restriktive Politik, während der Detmolder Magistrat, wie in einer Stellungnahme zum Ausdruck kam, steuerkräftigen Zuzug durchaus begrüßte.[44] Bei möglicherweise von wirtschaftlicher Not betroffenen Personen stand die Befürchtung, diese würden der städtischen Fürsorge zur Last fallen, im Vordergrund. In einigen dieser Fälle wurde die Synagogengemeinde um Stellungnahme gebeten, ob sie eine Aufenthaltserlaubnis befürworten und notfalls selbst fürsorgend eingreifen würde. Hier war die Sichtweise ähnlich. Im Fall des Josef Hersch Soltys-Gottlieb schrieb die Kultusgemeinde 1909, „dass wir es uns versagen müssen, Familien ohne irgendwelchem Vermögensbesitz Aufnahme zu gewähren."[45]

Hinweise auf eine liberale, reformorientierte Fraktion innerhalb der Detmolder Synagogengemeinde finden sich im Zusammenhang mit Konflikten, die im Herbst 1907 aufbrachen. Der Neubau der Synagoge hatte den Etat der Synagogengemeinde enorm strapaziert, vereinzelt versuchten Mitglieder, sich den daraufhin erhöhten Kultussteuern offenbar sogar durch Wegzug zu entziehen. Die angespannte Finanzsituation befeuerte heftige Diskussionen, die sich am Ruhegehalt für den ausgeschiedenen konservativen Lehrer und

---

des jüdischen Schulwesens im ehemaligen Fürstentum Lippe" vor. Eine angekündigte Herausgabe im Berliner Philo-Verlag kam aus unbekannten Gründen nicht zustande.

[43] Jüdisch-Liberale Zeitung vom 28. Dezember 1923. Felix Coblenz (1863-1923) war von 1889 bis 1916 Rabbiner und Lehrer der Synagogengemeinde Bielefeld, 1917 wechselte er als Rabbiner zur Reformgemeinde Berlin.

[44] So im Fall des aus Russland stammenden Kaufmannes Josef Rappaport, vgl. Magistrat Detmold an Fürstlich Lippische Regierung, 27. Oktober 1906; in: Stadtarchiv Detmold, D 106 Detmold Nr. 744.

[45] Synagogengemeinde Detmold an Magistrat, 24. Oktober 1909; ebd.

Prediger Abraham Plaut entzündet hatten. Liberale Mitglieder wie David Examus und Hermann Neugarten wandten sich dabei gegen den Gemeindevorstand.[46]

Die Wellen schlugen vollends in die Höhe, als zur gleichen Zeit mit Israel Domp ein sehr traditionell ausgerichteter Lehrer angestellt wurde, der außerdem noch einen ostjüdischen Familienhintergrund aufwies. In der Sitzung rebellierten liberale Gemeindemitglieder und beschwerten sich wenige Tage später bei der Fürstlich Lippischen Regierung über die Wahl. Domp sei kein Deutscher, lautete der Vorwurf, der seitens des Kaufmanns Gustav Examus angeführt wurde.[47] Dennoch konnte Domp das Amt antreten, er geriet in seiner dreijährigen Amtszeit aber ständig mit den anderen jüdischen Lehrern im Fürstentum in Auseinandersetzungen. Innerhalb der Detmolder Synagogengemeinde kam es 1909 zu einem weiteren über Monate währenden Streit mit dem Rechnungsführer, dem Bankier Ludwig Oppenheimer, der nach dem Tod seines Partner Hermann Salomon 1907 die mit Abstand höchsten Kultussteuern entrichtete. Diese Auseinandersetzung stand zwar nicht im Zusammenhang mit Konflikten unter den religiösen Lagern, belegt aber die von Unstimmigkeiten belastete Atmosphäre jener Jahre.[48]

Die Konflikte machen deutlich, dass liberale Juden anders als im nahen Bielefeld die Minderheit bildeten. Zu finden waren sie in Detmold, hauptsächlich aber in Lemgo. Sie wendeten sich in Lippe vor allem gegen den Hebräisch-Unterricht in den jüdischen Religionsschulen. In Lemgo hatte sich im Frühjahr 1901 Max Lenzberg bereits erfolglos gegen Hebräisch im Unterricht ausgesprochen.[49] Zehn Jahre später richtete der Lemgoer Arzt Dr. Leopold Hochfeld eine ähnliche Eingabe an die Schulbehörde. Auch er hielt die hebräische Sprache im Religionsunterricht an der jüdischen Schule für überholt und überflüssig. Mit dieser Auffassung stand er gegen den konservativen Gemeindevorsteher Moritz Kabaker.[50] Im Hause des Zigarrenfabrikanten Kabaker hielt man sich strikt an die Speisegesetze, die Mahlzeiten wurden jeweils mit einem hebräischen Gebet eingeleitet, wie der Enkel Ernst Meinhard Kabaker in der Lebensgeschichte seiner Mutter Erna beschreibt.[51]

---

[46] Der schwer erkrankte Plaut hatte offenbar ohne Vorankündigung und ohne Einhaltung von Fristen seine Stelle gekündigt. David Examus und Hermann Neugarten legten mit Schreiben vom 23. Oktober 1907 Protest bei der Regierung gegen die Durchführung einer zweiten Abstimmung über das Ruhegehalt ein. Vgl. Vorgang zum Protest, 1907; in: LAV NRW Abt. OWL, L 79 III Fach 6 Nr. 1 Bd. 2. Plaut verstarb im Dezember 1907. Vgl. Nachrufe in der LLZ vom 14. und 16. Dezember 1907.

[47] Die Lippische Landeszeitung berichtete von der Lehrerwahl „nach stürmischer Debatte". Vgl. LLZ vom 4. Oktober 1907. Das Schreiben Gustav Examus' an die Fürstlich Lippische Regierung, 12. Oktober 1907, findet sich im Vorgang zur Genehmigung der Anstellung des Lehrers Israel Domp; in: LAV NRW Abt. OWL, L 79 III Fach 6 Nr. 1 Bd. 2. Domp war im April 1876 in Berlin als Sohn russischer Eltern geboren worden und bereits um 1900/01 Lehrer in Blomberg gewesen. Seit August 1907 lief ein Naturalisationsverfahren. Domp durfte nur die lehramtliche Tätigkeit, nicht die des Predigers ausüben, da er kein zweites Examen besaß. Vgl. LAV NRW Abt. OWL, L 79 III Fach 15 Nr. 1 Bd. 3. Zu Domp und seiner Familie s. auch Gisela Möllenhoff/Rita Schlautmann-Overmeyer: Jüdische Familien in Münster 1918-1945. Teil 1: Biographisches Lexikon. Münster 1995, S. 105-108.

[48] Ludwig Oppenheimer (geb. 1859), weigerte sich, höhere Kultussteuern zu entrichten und das Schulgeld für die Tochter Lilli in voller Höhe zu zahlen. Der Gemeindevorstand zog vor Gericht. Die Auseinandersetzung nahm groteske Formen an. Oppenheimer schickte die Tochter nicht mehr in die jüdische Schule. Bei einer Begegnung mit dem Gemeindevorsteher Julius Michaelis auf der Straße spie er aus und beleidigte diesen. Die Folge war ein Beleidigungsprozess des Gemeindevorstandes gegen Oppenheimer, der sich anschließend nach Frankfurt verabschiedete. Vgl. den Schriftwechsel der Synagogengemeinde und Ludwig Oppenheimers mit der Schulabteilung der Fürstlich Lippischen Regierung, 1909; in: LAV NRW Abt. OWL, L 79 III Fach 6 Nr. 1 Bd. 2. Zum Prozess vgl. die Berichterstattung in der Lippischen Tageszeitung (LTZ) vom 18., 23. und 25. März 1909. In der Berufungsverhandlung ein halbes Jahr später wurde der Betrag jedoch wesentlich reduziert. Oppenheimer legte eine Bestätigung des Einwohnermeldeamtes vor, dass er im Mai 1909 zum evangelischen Glauben übergetreten sei. Vgl. Urteil im Revisionsverfahren, September 1909; in: LAV NRW Abt. OWL, L 80 I b C Gruppe II Nr. 22/1909. Vgl. auch LTZ vom 17. Dezember 1909. Zum Beleidigungsprozess vgl. LTZ vom 27. Oktober 1910.

[49] Bericht des Lemgoer Lehrers Siegmund Goldmann an die Fürstlich Lippische Regierung, 30. Mai 1901; in: LAV NRW Abt. OWL, L 79 III Fach 15 Nr. 2 Bd. 1.

[50] Dr. Leopold Hochfeld an Fürstlich Lippische Regierung, 12. Mai 1911; in: LAV NRW Abt. OWL, L 79 III Fach 15 Nr. 2.

[51] Ernst Meinhard Kabaker: Erna. Bloomington 2008, S. 18 f. Ernst wurde am 16. Mai 1922 als Sohn von Erna (geb. Goldberg) und Hilmar Kabaker in Lemgo geboren. Seine Mutter Erna trat 1933 zum evangelischen Glauben über. Von ihrem Ehemann ließ sie sich 1934 scheiden und heiratete den Detmolder Rechtsanwalt und Syndikus Dr. Hans Hoffmann, der zeitweise die DNVP in der dortigen Stadtverordnetenversammlung vertreten hatte, 1935 in London. Erna und die drei Kinder zogen mit Hoffmann über

Aufschlussreich für die tatsächliche Bedeutung der reformorientierten Strömung in Lippe sind die Periodika der Vereinigung für liberales Judentum. Hochfelds Eingabe war wenige Monate nach Gründung einer Ortsgruppe der Vereinigung für liberales Judentum in der Stadt erfolgt. Diese verfügte Ende 1910 über 15, im Frühjahr 1911 über 17 Mitglieder. Ihr Vorsitzender war Max Lenzberg.[52] Zu ihren Mitgliedern gehörte Adolf Sternheim[53], mit großer Wahrscheinlichkeit auch Leopold Hochfeld. Im März 1913 bildete sich eine „kleine Ortsgruppe" in Detmold unter dem Vorsitz des Direktors der Sinalco AG, Carl Vogel, über deren Aktivitäten wenig bekannt ist.[54] Im Sommer 1920 ist in einem Bericht über eine Delegiertenversammlung in Berlin nur noch die Ortsgruppe Lemgo aufgeführt.[55]

Die Situation des lippischen Judentums gegen Ende des Kaiserreichs

Betrachten wir die Erinnerungen jüdischer Lipper an ihre Kindheit und Jugend, fällt auf, dass das religiöse Leben in der Rückschau oftmals nur eine untergeordnete Rolle einnimmt. Synagoge und Gottesdienste, jüdische Schule und der Lehrer finden kaum Erwähnung. Selten nur wurden die Speisegesetze eingehalten, häufig ist von einem legeren Umgang die Rede. Mitunter finden sich Aussagen über die Übernahme „christlicher Gepflogenheiten" wie das Feiern von Weihnachten mit einem Christbaum oder die Eiersuche an Ostern. Hugo Rosenthal beschrieb schon für die Zeit vor 1900, wie er und seine Geschwister in Lage mit Nachbarskindern unterm Weihnachtsbaum saßen und Weihnachtslieder sangen oder diese in den Garten der Familie Rosenthal kamen, um Ostereier zu suchen.[56]

Diese Entwicklung, die besonders in den letzten zwei oder drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte, beschleunigte sich um 1900 noch einmal deutlich. Die Erinnerungen des Salzuflers Julius Kleeberg waren demnach keineswegs untypisch. Man empfand sich als deutsch, als politisch liberal, als wissenschaftlich interessiert und fortschrittsorientiert, insgesamt als aufgeklärt und modern.[57] Mit dieser Einstellung gingen Entwicklungen einher, die in allen Lagern zu Sorge und Diskussionen führten: die Zunahme von Austritten aus dem Judentum – zumeist mit dem Übertritt zum Christentum verbunden – und von sogenannten Mischehen. Besonders in kleinen Orten bereitete der Bedeutungsverlust des religiösen Lebens in Verbindung mit sinkender Kinderzahl und wachsender Überalterung Probleme, die bis zur Auflösung der Synagogengemeinde führen konnten.

Bielefeld nach Berlin. Erna Hoffmann starb dort in Folge schwerer Verletzungen nach einem Bombenangriff am 27. April 1945. Bis dahin hatte sie – teilweise mit falschen Papieren – trotz ihrer jüdischen Herkunft unerkannt in der Reichshauptstadt gelebt.

[52] Liberales Judentum vom Dezember 1910 und vom März 1911.

[53] Vgl. Bitte der Jüdischen Gemeinde Detmold an die Allgemeine Wochenzeitung um Aufnahme einer Notiz zum Tode Sternheims, 23. April 1950; in: LAV NRW Abt. OWL, D 109, Ordner „Briefe 1.1.1950 – 31.12.1951". In einer handschriftlichen Anlage werden die Mitgliedschaften Sternheims im CV, in der Vereinigung für liberales Judentum und im Deutschen Roten Kreuz, sowie die Tätigkeit seiner 1943 in Theresienstadt gestorbenen Frau als Vorsitzende des Jüdischen Frauenvereins angeführt.

[54] Liberales Judentum vom Mai 1913 und vom März 1914. Sehr wahrscheinlich waren Hermann Neugarten, sowie David und Gustav Examus beteiligt. Die Gründung fand im Anschluss an einen Vortrag des Essener Rabbiners Dr. Samuel im Leopold-Zunz-Verein statt. Der Vortrag zum Thema „Rechte und Pflichten des jüdisch-religiösen Liberalismus" wurde in der LLZ vom 4. März 1913 angekündigt. Im Februar 1914 sprach der Göppinger Rabbiner Tänzer auf Einladung der Ortsgruppe der Vereinigung im Leopold-Zunz-Verein. LLZ vom 6. Februar 1914.

[55] Liberales Judentum vom Juli 1920.

[56] Hugo Rosenthal, S. 61. In Lemgo versuchte der Lehrer und Prediger Siegmund Goldmann, der spätere Syndikus des CV-Landesverbandes Ostwestfalen und Nachbargebiete, in seiner Amtszeit (1900-1907) zu bewirken, dass keine Weihnachtsbäume in jüdischen Haushalten aufgestellt wurden. Vgl. Scheffler, S. 46 f.

[57] Jürgen Hartmann: Die Erinnerungen Julius Kleebergs an seine Kindheit und Jugend in Salzuflen und Bösingfeld 1899-1908. In: Rosenland, 10 (2010), S. 2-25.

Aus- und Übertritte

Statistisches Material zu Austritten aus dem Judentum ließ sich für Lippe nicht ermitteln. Auch für die Entwicklung in Deutschland gibt es nur wenige Angaben. In einer Abhandlung für die *Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden* betrachtete Bruno Blau 1906 die Entwicklung in Berlin von 1873 bis 1906. Lag die Zahl der Austritte von 1873 bis 1883 jährlich maximal bei zehn Personen, waren es 1890 bereits 40, 1895 schon 110, 1900 ebenfalls 110 und 1905 gar 157 Frauen und Männer. Auf 1.000 Berliner Gemeindemitglieder kamen 1905 1,28 Austritte. (1885: 0,2). In den meisten Fällen erfolgte der Austritt im Alter von 20 bis 30 Jahren, in nur wenig geringerer Größenordnung im Alter von 30 bis 40 Jahren. Unter den 1.874 zwischen 1873 und 1906 in Berlin aus dem Judentum ausgetretenen Frauen und Männern waren übrigens, wie sich anhand der Erfassung der Heimatorte feststellen ließ, auch drei Personen aus Lippe. Hervorgehoben wurde in dieser Studie außerdem, dass die Entwicklung außerhalb der Großstädte Berlin, Hamburg oder Breslau eine wesentlich andere sei. In Kleinstädten und Landgemeinden lägen die Zahlen weitaus niedriger.[58] Interessant ist insbesondere aber, wie diese Entwicklung eingeschätzt wurde. Als sich der Berliner Jacob Segall 1913 im CV-Organ *Im deutschen Reich* mit dem Thema befasste, setzte er sich in erster Linie mit möglichen Ursachen auseinander. Diese sah er in „falsch verstandene(r) Aufklärung in den gebildeten Kreisen, die mit Indifferentismus gegenüber der angestammten Religion, bei vielen mit Verachtung derselben gepaart" sei und im Gedanken, „erst durch Annahme des Christentums ein vollwertiger Deutscher zu werden". Zudem spiele auch der Antisemitismus eine Rolle, der das wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorkommen behindere.[59]

Für Lippe sind für das 19. Jahrhundert Fälle von Aus- und Übertritten bis auf den des Heinemann Ries aus Heidenoldendorf 1846 bisher nicht bekannt.[60] Auch für die ersten Dekaden des 20. Jahrhunderts verhält es sich nicht anders. Prominentestes und von antisemitischer Seite angefeindetes Beispiel ist der 1912 von Berlin als Geheimer Kabinettsrat in die Dienste des lippischen Fürsten getretene Georg von Eppstein (1874-1942). Er war 1901 zum evangelischen Glauben konvertiert.[61]

Der Austritt aus dem Judentum folgte mitunter einem Fortzug in eine andere, größere Stadt, wie der Fall der oben angeführten drei Lipper in der Berliner Statistik nahelegt. So scheint es sich ebenfalls beim in Oerlinghausen geborenen und aufgewachsenen Hermann Meyer verhalten zu haben, der nach Bielefeld zog und 1914 aus der Synagogengemeinde austrat.[62] Vielleicht bestand eher die Neigung, sein Judentum einfach „ruhen" zu lassen. Auch nach dem Ersten Weltkrieg häuften sich Aus- und Übertritte in Lippe entgegen der Entwicklung in den Großstädten nicht. Mitte des Jahres 1933 lebten in Lippe nur wenige Personen, die zur evangelischen Glaubensgemeinschaft übergetreten waren, dazu gehörten: Karl Harf in Detmold, Hedwig Löwenthal in Lipperreihe und Erna Kabaker in Lemgo. Aus dem Judentum ausgetreten, ohne sich einem anderen Glauben zuzuwenden, war Adolf Abraham aus Lemgo. Er bezeichnete sich als Dissident und gehörte der KPD und dem Proletarischen Freidenkerverband an.

---

[58] Bruno Blau: Die Austritte aus dem Judentum in Berlin (1873-1906). In: Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, Heft 10, Oktober 1907, S. 145-153.

[59] Jacob Segall: Taufen und Austritte aus dem Judentum. In: Im deutschen Reich, Juli 1917, S. 338-343.

[60] Vgl. Notiz zur Namensänderung im Fürstlich Lippischen Regierungs- und Anzeigeblatt vom 19. Dezember 1846.

[61] S. Sigilla Veri (Ph. Stauffs Semi-Kürschner). Lexikon der Juden, -Genossen und -Gegner aller Zeiten und Zonen, insbesondere Deutschlands, der Lehren, Gebräuche, Kunstgriffe und Statistiken der Juden sowie ihrer Gaunersprache, Trugnamen, Geheimbünde, usw. Zweite, um ein Vielfaches vermehrte und verbesserte Ausgabe, Bd. 2, Erfurt 1929, S. 240-246. Von Eppstein, der 1921 nach Berlin zurückkehrte, wurde 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Eine Lebensgeschichte Georg von Eppsteins ist ein Forschungsdesiderat.

[62] Monika Minninger/Joachim Meynert/Friedhelm Schäffer: Antisemitisch Verfolgte registriert in Bielefeld 1933-45. Bielefeld 1985, S. 148 f.

Mischehen

Anders als Austritte stellten jüdisch-christliche Mischehen schon vor dem Ersten Weltkrieg für junge Jüdinnen und Juden nichts Ungewöhnliches mehr dar, obwohl sie bei Orthodoxen als „Assimilationsblüten" verdammt und von sämtlichen Richtungen „als die denkbar schwerste Auflösungsgefahr für die deutsche Judenheit" eingestuft wurden.[63] Der Düsseldorfer Rabbiner Max Eschelbacher stellte 1917 beinahe resignierend fest, dass die Mischehe, die er in vielen Fällen zugleich als „Missehe" betrachtete, eine Massenerscheinung geworden und für „unsere Glaubensgemeinschaft eine schwere, das Leben gefährdende Bedrohung" wäre.[64] Sein Leipziger Kollege Felix Goldmann empfahl noch 1930 in Mischehe lebende Männer von allen jüdischen Ämtern auszuschließen: „Auf die Zahl der Mischehen bleibt uns […] wenig Einfluss. Aber unsere Würde können wir und müssen wir wahren und diese verlangt, dass das jüdische Leben nirgends dem Gedanken der Mischehe Konzessionen mache. In dieser Forderung liegt keineswegs Intoleranz. Sie ist lediglich ein Akt der primitivsten Selbsterhaltung und Selbstwehr!"[65]

Vorhandenes Datenmaterial – seit 1901 sind für Deutschland verlässliche Angaben vorhanden – belegt eine rasante Zunahme von Mischehen, wiederum vorwiegend in den Großstädten Berlin und Hamburg. 1905 wählten im Reichsgebiet 17,3 Prozent der jüdischen Frauen und Männer bei der Eheschließung einen nichtjüdischen Partner, in Berlin waren es gar 30,7 Prozent. In ländlichen Regionen war dieser Wert bedeutend geringer, vor allem in Bayern mit nur rund 9 Prozent. 1914 kamen in Deutschland auf 100 rein jüdische Eheschließungen 53 Ehen mit Andersgläubigen, jede dritte von einer jüdischen Person geschlossene Ehe war folglich eine Mischehe.[66]

Zur Zeit der Volkszählung vom Dezember 1900 existierten in Lippe zwei Mischehen.[67] Tatsächlich war die Entwicklung im ländlichen Fürstentum eine vollkommen andere als in deutschen Großstädten und Städten. Die Daten für die einzelnen Jahre von 1901 bis 1918 in der nachfolgenden Tabelle sind aufgrund ihrer geringen Größe für die einzelnen Jahre wenig aussagekräftig. Nimmt man sie jedoch für den kompletten Zeitraum, ergibt sich, dass im Durchschnitt nicht ganz jede zehnte von lippischen Juden geschlossene Ehe eine Mischehe und Lippe somit in etwa mit der Situation in Bayern vergleichbar war:[68]

Jahr	Jüdische Ehen	Mischehen
1901	6	0
1902	7	0
1903	6	0
1904	3	1
1905	7	0
1906	8	1
1907	8	1
1908	3	1
1909	6	0
1910	4	0

[63] Ernst Kahn: Die Mischehen bei den deutschen Juden. In: Der Jude vom März 1917.
[64] Max Eschelsbacher: Mischehen. In: Ost und West. Illustrierte Monatsschrift für das gesamte Judentum, März/April 1917.
[65] Felix Goldmann: Die Mischehe. In: Menorah. Illustrierte Monatsschrift für die jüdische Familie, September 1930.
[66] Vgl. Arthur Ruppin: Die Mischehe. In: Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, Februar 1908, sowie Ernst Kahn: Die Mischehen bei den deutschen Juden. In: Der Jude, März 1917. Es waren häufiger jüdische Männer als Frauen, die eine Mischehe eingingen. Das Verhältnis lag hier 1914 bei etwa 4 zu 3.
[67] Amtsblatt für das Fürstentum Lippe vom 7. Februar 1903.
[68] Die Angaben entstammen den Übersichten über die Zahl der Eheschließungen wie sie im Amtsblatt für das Fürstentum Lippe und dem Staatsanzeiger für das Land Lippe veröffentlicht wurden.

1911	6	0
1912	6	1
1913	5	3
1914	3	0
1915	0	0
1916	1	0
1917	2	0
1918	3	0
gesamt	84	8

Für den Zeitraum von 1919 bis 1933 lagen dem Verfasser keine Daten vor. Droste geht für 1933 von ungefähr zwanzig existierenden Mischehen in Lippe aus, nach Erhebungen des Verfassers handelte es sich um 24.[69] Jüdisch-christliche Ehen waren damit in der Zeit der Weimarer Republik auch in Lippe zu etwas Selbstverständlichem geworden.

Demografischer Wandel und Bedeutungsverlust des Gemeindelebens

Die Abwanderung in die Städte bereits seit den 1880er Jahren, eine sinkende Geburtenzahl und der verlustreiche Erste Weltkrieg hatten Folgen, welche die Synagogengemeinden in Lippe vor unlösbare Aufgaben stellten. Die Gemeinden schrumpften und überalterten. Junge Menschen gingen zur Ausbildung, ob Lehre oder Studium, in größere Städte und kehrten nur selten zurück in die Heimat. Der geringe Zuzug von jüdischen Flüchtlingen aus Galizien und osteuropäischen Ländern dämpfte die Entwicklung nicht. Von 1890 bis 1933 hatte sich die jüdische Bevölkerung in Lippe beinahe halbiert.

Volkszählung (VZ)	**Jüd. Bevölk. (Personen)**	**Verlust zur vorherigen VZ (%)**	**Verlust zur VZ 1890 (%)**	**Durchschnittl. jährlicher Verlust zur vorherigen VZ (Personen)**	**Durchschnittl. jährlicher Verlust zwischen VZ 1890 und VZ 1933 (Personen)**
1890	989	-	-	-	
1900	879	- 11,1%	- 11,1 %	11,0	
1910	780	- 11,3%	- 21,1%	11,9	
1925	607	- 22,2%	- 38,6%	11,5	
1933	510	- 16,0%	- 48,5%	12,9	11,1

Eine Folge der Entwicklung war der Anschluss von Kleinstgemeinden an größere, um damit eine Lebensfähigkeit herzustellen. Einige Gemeinden waren schon in den letzten 25 Jahren des 19. Jahrhunderts aufgelöst worden, da ganze Familien fortgezogen waren. Dazu gehörten Hohenhausen, Heiden, Langenholzhausen und Varenholz. Betrachtet man die Synagogengemeinde Oerlinghausen zeigt sich diese Entwicklung gerade in der Abwanderung junger Männer schon vor dem Ersten Weltkrieg deutlich. In einer Aufstellung für das Statistische Büro der Juden in Berlin vom Herbst 1918 über die im Kriegsdienst befindlichen zwölf

[69] Klaus Droste: Das Schicksal der jüdischen Bevölkerung in Lippe in der nationalsozialistischen Zeit. Ungedr. Staatsexamensarbeit. Leopoldshöhe 1983, S. 89.

Gemeindemitglieder sind Angaben zu Beruf und Wohnort enthalten, die verbunden mit weiteren Daten folgendes Bild ergeben:[70]

Jahrgänge	Gesamtzahl der Einberufenen	Wohnort SG Oerlinghausen 1914/18	Wohnort SG Oerlinghausen 1920	Wohnort SG Oerlinghausen 1933
1870-1879	2	2	2	0
1880-1889	3	1	1	1
1890-1899	7 (davon 2 gefallen)	4	2	1
gesamt	12	7	5	2

Es waren insbesondere die besseren Möglichkeiten der Berufsausübung, gerade aber der Ausbildung, die ausschlaggebend für das Verlassen der Heimatgemeinde waren.

Für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg trifft Schefflers für Lemgo getroffene Feststellung, dass sich das Gemeindeleben im Wesentlichen auf den Besuch der Synagoge und das Einhalten der Feiertage beschränkte, weitestgehend für die Gesamtheit der Juden in Lippe zu.[71] Das Gemeindeleben in den meisten Kleingemeinden hatte an Bedeutung eingebüßt, wovon auch das erhaltene Protokollbuch der Synagogengemeinde Schötmar aus den Jahren 1881 bis 1915 zeugt. Nur selten war der Vorstand bei erstmaliger Einberufung beschlussfähig.[72] In der Gemeinde Oerlinghausen, zu der auch drei Familien aus Leopoldshöhe und Kachtenhausen gehörten, waren schon in den Anfangsjahren der Weimarer Republik Gottesdienste in der Synagoge fast nur noch anlässlich von Familienfesten (Bar Mitzwa[73], Hochzeit) oder Trauerfeiern möglich, wenn auswärtige Gäste den Minjan[74] gewährleisteten. Als im Mai 1920 der Vorsteher Carl Paradies mitteilte, dass „wegen der geringen Beteiligung an den jüngsten Feiertagen von der Abhaltung eines Gottesdienstes in hiesiger Synagoge an Pfingsten (Wochenfeste) abgesehen wird", schrieb ein Gemeindemitglied unter das Zirkular, man möge doch bei der nächsten Versammlung die Auflösung der Gemeinde und den Verkauf des Gotteshauses beschließen.[75]

Weimarer Zeit: Zionismus und Ostjuden

Der Zionismus fand bis Anfang der zwanziger Jahre kaum Anhänger in Lippe. In seiner Ablehnung trafen sich Orthodoxe wie Reformer. Man empfand sich weitgehend als assimiliertes und aufgeklärtes Judentum mit einer eindeutigen Heimat. Was für ein schwieriges Feld Lippe für Zionisten darstellte, bezeugt eine von Hugo Rosenthal in seinen Erinnerungen wiedergegebene Aussage des Detmolder Händlers David Examus: „Deutsche sind wir und wollen wir bleiben. Der Teutoburger Wald ist meine Heimat und nicht Jeruschalajim. Ihr Zionisten wollt uns das einzige nehmen, was wir wirklich besitzen: die Heimat, die wir im Herzen tragen und die uns kein Antisemit nehmen kann!"[76]

---

[70] Synagogengemeinde Oerlinghausen an Büro für Statistik der Juden, ca. Herbst 1918; in: Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg (ZA), B 1./34 Nr. 971. Neun der zwölf Männer stammten aus Oerlinghausen, zwei aus Leopoldshöhe und ein Mann aus Kachtenhausen.

[71] Scheffler: Zwischen ständischer Ausschließung, S. 55 f.

[72] Protokollbuch der Synagogengemeinde Schötmar, 1881-1915; in: LAV NRW Abt. OWL, L 113 Nr. 1283.

[73] Bar Mitzwa bezeichnet den Tag der Religionsmündigkeit bei Jungen, die mit dem Alter von dreizehn Jahren eintritt.

[74] Minjan ist das Quorum von mindestens zehn mündigen jüdischen Männern, das erforderlich ist, um einen vollständigen Gottesdienst abzuhalten.

[75] Zirkular des Gemeindevorstehers Carl Paradies, 20. Mai 1920; in: ZA, B 1./34 Nr. 971. Beim „Einwender" handelte es sich um den Viehhändler Julius Windmüller.

[76] Hugo Rosenthal, S. 229.

Von Seiten der sich als aufgeklärte Westjuden empfindenden jüdischen Lipper schlug den bekannten Ostjuden und Zionisten vor Ort Skepsis entgegen, wie ein Beispiel in Salzuflen zeigt. Als sich hier im Frühjahr 1922 eine Ortsgruppe des CV gründete, wurde auch David Andermann Mitglied und übernahm das Amt des Schriftführers. Der CV hatte sich wiederholt vehement gegen den Zionismus ausgesprochen. Deutschland sei Nation und Heimat, nicht Palästina. Der zionistische Gedanke schwäche das deutsche Judentum in seiner Frontstellung gegen den Antisemitismus. Ähnliche Vorbehalte existierten gegen die Ostjuden, die als in Traditionen verhaftet und als Träger „jüdischen Nationalgefühls" galten. Andermann, der aus Galizien stammte und vormals österreichischer Staatsbürger war, lebte seit 1911 in Salzuflen und war 1912/13 eingebürgert worden. Die anderen Vereinsmitglieder begegneten ihm trotz großen Engagements in der Synagogengemeinde mit Misstrauen, wie Landesverbands-Syndikus Siegmund Goldmann 1922 an die CV-Zentrale nach Berlin schrieb:

> „Ich wiederhole bei dieser Gelegenheit nochmals, die passive Resistanz in Salzuflen [gegen eine Veranstaltung des CV in der Stadt, d.V.] geht m.E. von Herrn Andermann aus. Herr A. ist verschnupft, weil sich vor 2 Jahren einige unserer Delegierten außerordentlich scharf gegen die Ostjuden aussprachen. Wir haben sofort richtiggestellt, dass wir gar nicht daran denken, die Ostjuden alle in einen Topf zu werfen; aber Herr A. hatte eingeschnappt."[77]

Noch eine Person zog die Aufmerksamkeit der CV-Mitglieder auf sich: „Überdies ist seit einiger Zeit auch ein jüdischer Arzt in S., der Zionist ist; ob er sich werbend als solcher betätigt, ist mir nicht bekannt geworden."[78] Dabei handelte es sich um den Salzufler Badearzt Dr. Bernhard Löwenthal, der in der zionistischen *Jüdischen Rundschau* seine Dienste anpries.[79]

In der Berichterstattung dieses Blattes finden sich nur wenige Hinweise, die bis 1933 Aufschluss über lippische Mitglieder der Zionistischen Vereinigung geben. Die wenigen Anhänger und Sympathisanten konzentrierten sich auf Detmold und Bad Salzuflen-Schötmar, zu ihnen zählten Angehörige der Familie Levysohn aus Detmold[80], Adolf Katz und Marga Silberbach aus Schötmar[81], Dr. Löwenthal, sowie der später der 1922 wegen seiner galizischen Herkunft von CV-Kollegen aufmerksam beobachtete David Andermann[82] und vermutlich der Pensionsinhaber Simon Aumann[83] aus Bad Salzuflen. Die lippischen Zionisten waren 1927 im Bezirksverband Lippe und östliches Westfalen[84] und ab 1930 in der Arbeitsgemeinschaft (Ost-) Westfalen organisiert.[85] Die Treffen fanden zumeist in Bielefeld statt. Besondere Aktivitäten in Lippe sind nicht dokumentiert.

---

[77] CV-Landesverband Ostwestfalen und Nachbargebiete an CV-Zentrale, 18. April 1922; in: Wiener Library (London), MF 55/19/731.

[78] Ebd.

[79] Anzeigen von Dr. Löwenthal erschienen in der Jüdischen Rundschau im Zeitraum vom 6. Juni 1924 bis zum 28. Juni 1935.

[80] Jüdische Rundschau vom 4. April 1928 und 23. Oktober 1931. Der Name Levysohn aus Detmold ist in den Städteausweisungen von zionistischen Sammlungen genannt. In einem Falle ist „Fr. Levysohn", vermutlich Frau Levysohn, angeführt. In Detmold lebte die Witwe Rosa Levysohn mit ihren Kindern Armin, Babette, Else und Georg. Armin (geb. 1909) emigrierte im September 1933 nach Palästina, sein Bruder Georg (geb. 1907) 1937. Rosa wurde 1942 nach Theresienstadt deportiert und kehrte nicht zurück. Else, die 1937 Mitglied der Zionistischen Ortsvereinigung Detmold war, verlobte sich 1939 mit Hans Marx aus Oberhausen, den sie wenig später auch heiratete.

[81] Jüdische Rundschau vom 9. August 1927.

[82] Jüdische Rundschau vom 9. August 1927. Andermann war seit 1924/25 Vorsitzender der Synagogengemeinde Bad Salzuflen und Beisitzer im Verbandsausschuss des Lippischen Synagogenverbandes. Vgl. Lippischer Kalender für 1925, S. 52 und folgende Ausgaben.

[83] Jüdische Rundschau vom 9. August 1927.

[84] Jüdische Rundschau vom 3. Juni 1927.

[85] Jüdische Rundschau vom 21. Februar und 25. März 1930. Einer im Februar 1930 beschlossenen Resolution nach sollten die Zionisten, die „an der Peripherie wohnen", der Ortsgruppe Bielefeld beitreten. Deren Vorsitzender war Erich Weinberg.

Eine absolute Randerscheinung stellte die Poale Zion in Lippe dar. Einzig bekanntes Mitglied war der Redakteur der lippischen SPD-Tageszeitung *Volksblatt*, Felix Fechenbach in Detmold.[86] Die Poale Zion war um die Jahrhundertwende aus marxistisch-zionistischen Zirkeln jüdischer Arbeiter in verschiedenen russischen Städten hervorgegangen und beinahe eine sozialdemokratische Partei auf dem linken Flügel des Zionismus. Dabei war sie stärker politisch als religiös motiviert. In Deutschland und Österreich hatte die Poale Zion Mitte der 1920er Jahre etwa 1.200 Mitglieder. Ihr Ziel war der Aufbau Palästinas als jüdisches Arbeiterzentrum und die Errichtung einer jüdisch-sozialistischen Gemeinschaft.

Nicht viel bedeutsamer war der 1921 gegründete antidemokratische, rechtskonservative Verband nationaldeutscher Juden (VnJ). Der völkischen Positionen nahestehende VnJ, der ungefähr 3.500 Mitglieder aufwies, begleitete im Frühjahr 1933 die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten gar mit Loyalitätsbekundungen. Sein Verbandsorgan *Der nationaldeutsche Jude* (1922-1934) wurde nicht ausgewertet. Das Blatt könnte Hinweise liefern, ob es auch Mitglieder in Lippe gab.

Die Renaissance des Jüdischseins

Die Lipper, die zur Vereinigung für liberales Judentum gehörten, waren vom Reformjudentum Bielefelder oder Berliner Prägung weit entfernt. Engagierte Mitglieder wie Carl Vogel und Hermann Neugarten in Detmold und Adolf Sternheim in Lemgo übernahmen Mitte der zwanziger Jahre wichtige Funktionen in ihren Gemeinden und im Landesverband der Synagogengemeinden.[87] In Detmold wurde Vogel 1924 Vorsitzender der Gemeinde.[88] Im Lippischen Synagogenverband rückte zur gleichen Zeit der Fabrikant Neugarten als Nachfolger des konservativen Nikolaus Rosenthal, ebenfalls aus Detmold, an die Spitze.[89] In Lemgo übernahm Adolf Sternheim gleichfalls um diese Zeit das Amt des Gemeindevorstehers, das er bis 1929 und schließlich wieder ab Januar 1933 ausübte.[90]

Ein wesentlicher Unterschied zu den Reformgemeinden Bielefeld oder Berlin zeigte sich beim Thema Frauenwahlrecht in den Gemeinden. In Bielefeld war dieses bereits im Herbst 1926 durch die Repräsentantenversammlung einstimmig beschlossen worden.[91] Als während der Tagung des Lippischen Synagogenverbandes im März 1931 der Antrag auf Betreiben des Jüdischen Frauenvereins Detmold auf die Tagesordnung gesetzt wurde, kam es trotz Fürsprache liberaler Vertreter nicht zu einem positiven Beschluss. In den Sitzungen der Jahre 1933 und 1934 wurde der Punkt vertagt.[92]

---

[86] Vgl.: Jürgen Hartmann: Felix Fechenbach – ein sozialistischer Zionist? In: Rosenland, 6 (2008), S. 25-28.

[87] Interessanterweise war keiner der drei in Lippe geboren.

[88] Vogel saß bereits 1914/15 im Vorstand der Detmolder Synagogengemeinde, um 1924/25 wurde er 1. Vorsitzender und blieb dieses bis zum Wegzug 1936. Auch im Verbandsausschuss des Israelitischen Gemeindetages war er seit 1925 vertreten. Vgl. Lippischer Kalender für 1915, S. 97 und Lippischer Kalender für 1925, S. 52, sowie folgende Ausgaben.

[89] Ein Jahr später folgte der ebenfalls liberale Albert Eichmann. Vgl. Lippischer Kalender für 1924, S. 36 und Lippischer Kalender für 1925, S. 52.

[90] Sternheim gehörte dem Vorstand der Synagogengemeinde seit 1911 an, 1923 wurde er 2. Vorsitzender, dann 1924/24 bis 1929 Vorsteher. Ab 3. Januar 1933 war er Nachfolger des liberalen Hugo Kabaker. Vgl. Auszug aus dem Protokollbuch der Synagogengemeinde Lemgo; in: LAV NRW Abt. OWL, D 23 Lemgo Nr. 1711.

[91] Israelitisches Familienblatt vom 7. Oktober 1926.

[92] Vgl. Tagesordnungen und Protokolle des Lippischen Synagogenverbandes, 22. März 1931, 30. Juli 1933, 24. Juni 1934; in: ZA, B 1./34 Nr. 769, 776 und 862. Im März 1931 empfahl der Vorsitzende Carl Vogel die Annahme des Antrags. In der anschließenden Diskussion sprachen sich Albert Eichmann, Moritz Rülf, Eduard Kauders, Max Meyer und Dr. Siegfried Brandt für das Frauenwahlrecht aus. Bei der Abstimmung war jedoch eine 2/3-Mehrheit notwendig. Von 18 Mitgliedern waren 13 anwesend, die mit 11 zu 2 für die Einführung stimmten. Bei der Beratung über das Inkrafttreten aber verließen offenbar die zwei Gegner den Saal, so dass die Versammlung als beschlussunfähig galt. 1934 wurde das Thema als „zur Zeit nicht aktuell" von der Tagesordnung abgesetzt.

Wo die Grenze der Aufgabe jüdischer Traditionen und damit der religiösen Identität bei der Mehrheit der jüdischen Lipper in den letzten Jahren der Weimarer Republik verlief, wurde im Mai 1932 während einer Sitzung des Israelitischen Gemeindetages deutlich. Der Lemgoer Adolf Sternheim brachte zum Ende der Tagesordnung die Einschränkung der hebräischen Gebete bei Bestattungen in die Diskussion ein. Bei einer Beerdigung in Schötmar hätten christliche Teilnehmer „ihren Unwillen bekundet, dass so viel Hebräisch gebetet würde, wovon sie nicht ein Wort verständen". Sternheim gab zu bedenken, ob nicht ein Eingangsgebet, der Segensspruch und das Kaddisch in Hebräisch ausreichen könnten. Diese Anregung führte zu heftigen Gegenreden. In der Niederschrift hieß es dazu: „Der Gemeindetag und der Verbandsausschuss lehnen dieses energisch ab." Sternheim, der sich durch die Heftigkeit des Widerspruchs und die Darstellung im Protokoll gekränkt sah, trat darauf von seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender des Gemeindetages zurück.[93]

Den starken Traditionsverlust innerhalb vieler jüdischer Familien in Lippe zu jener Zeit belegen die Erinnerungen des 1911 geborenen Bruno Katz aus Barntrup und des 1927 geborenen Werner Katz aus Schötmar. Als Bruno Katz nach seinem Abitur 1931 in Frankfurt an einem Vorbereitungskurs für Religionslehrer teilnehmen wollte, wurde dem Rabbiner klar, „dass ich für alle Lehrer und Mitstudenten untragbar sein würde, denn sie waren alle in religiösen Familien aufgewachsen und alle beherrschten die grundlegenden religiösen und praktischen Notwendigkeiten für einen konservativen Juden. Mit großem Schrecken bemerkte er, dass ich nur ein paar Worte aus dem Gebetbuch stammeln konnte, noch niemals die hebräische Bibel gesehen hatte, nichts über den Talmud und andere Schriften wusste."[94]

Vernon (Werner) Katz war in Schötmar in einem nicht-koscheren Haushalt aufgewachsen. Der Großvater, der Viehhändler Siegfried Silberbach, zeigte eine Vorliebe für Speck und stand dem Gemeindeleben, vor allem in der tief religiösen Ausprägung des Vorstehers Hermann Rosenwald, die ihm als „orthodox" galt, fern. Die Großmutter dagegen achtete die Speisegesetze.[95] Die Mutter Emmy hatte sich in ihrer Entwicklung am Vater Siegfried orientiert und hielt alle Rituale für „Hokus-Pokus". Dagegen stammte ihr Ehemann Hermann Katz aus dem orthodoxen Laubach in Hessen. Er war tiefgläubig und als Vorbeter in der Schötmaraner Synagoge tätig. Doch auch er hatte sich von Traditionen gelöst: er legte keine Tephillin an, er suchte nicht jeden Samstag die Synagoge auf und er schloss seine Bürstenfabrik am Sabbat nicht. In seiner Kindheit stand Sohn Werner wie die Mutter dem religiösen Leben fern, er aß Brat- und Mettwürste und war des Hebräischen nur leidlich mächtig. Folglich geriet der jährliche Besuch bei den Großeltern im Hessischen zu einem „Ausflug in die Orthodoxie" (A forray into othodoxy), mit ihm sehr fremden Ritualen in der Synagoge: „The Laubach Jews were much more othodox than those of Schötmar."[96]

Die zunehmende antisemitische Agitation durch die Nationalsozialisten seit 1928 fand fruchtbaren Boden in Kreisen der lippischen Schülerschaft. Jüdische Schüler sahen sich zunehmender Diskriminierung ausgesetzt und machten damit andere Kindheits- und Jugenderfahrungen als ihre Eltern und Großeltern. In der Konsequenz bildete die wachsende Bedrohung durch den Nationalsozialismus früh ein politisches Bewusstsein heraus, das offenbar mit anderen parteipolitischen Präferenzen verbunden war als das der Eltern. Waren diese vorwiegend Anhänger und Wähler der DDP, ab 1930 sogar der DStP, schlug das Herz der jüngeren

[93] Vgl. dazu den Schriftwechsel Sternheims mit Carl Vogel und Albert Eichmann, Mai-Juni 1932; in: ZA, B 1./34 Nr. 1065.
[94] Bruno Katz: Mein Kampf ums Überleben in einer Welt der Vorurteile als Teil der Geschichte Barntrups in Lippe. Detmold 2002, S. 107. Er konnte 1939 nach Shanghai und später in die USA emigrieren. Der Nachlass des 2008 verstorbenen Bruno J. Keith befindet sich im Leo Baeck Institute, New York.
[95] Vernon Katz, S. 19 und 33.
[96] Vernon Katz, S. 105-127, 141-143. Werner Katz gelangte mit einem Kindertransport im März 1939 nach England.

Generation für die SPD.[97] Die Schüler Ernst und Rudi Heilbronn waren Mitglieder der Kinderfreunde und der Sozialistischen Arbeiterjugend in Detmold[98], Fritz Blank aus Horn war ebenfalls sozialdemokratisch eingestellt.[99] Einige Männer im Alter zwischen 20 und 30 Jahren wie Bernhard Frankenstein aus Bösingfeld und Erich Davidsohn aus Lemgo waren aktive Mitglieder im Reichsbanner[100] oder gehörten wie Albert Soltys-Gottlieb aus Detmold anderen sozialdemokratischen Organisationen an.[101] Für diese Entwicklung steht auch Herbert Rülf, der 1916 geborene Sohn des Lehrers Moritz Rülf.

Die Erfahrungen der Ausgrenzung führten ebenfalls zu eigenen Zusammenschlüssen und zur Herausbildung einer eigenen Identität. 1929 gründete sich unter Leitung von Ernst Heilbrunn, dem der Zugang zum Pfadfinderbund in Detmold verweigert worden war, eine Junggruppe des Jüdischen Pfadfinderbundes (JPD). Vermutlich geschah dieses aus dem seit einigen Jahren in Detmold existierenden Jüdischen Jugendbund (Vorsitz: Moritz Rülf) heraus. Man gab sich, wie Heilbrunn später beschrieb, „bewusst jüdisch" und stand, wie sein Bruder Rudi präzisierte, in bewusster Opposition zu dem „assimilierten Trend", sei aber vor 1933 nicht zionistisch gewesen.[102] Nach dem Wegzug der Familie Heilbrunn nach Bielefeld im August 1930, setzten Ernst und Rudi ihre Arbeit in der „Hochburg des Reformjudentums" fort. In Detmold übernahm Herbert Rülf die Leitung des JPD.[103]

Im JPD pflegten diese jungen Menschen ein bewusstes Jüdischsein, das in kritischer Distanz zum mittlerweile bestehenden Grad der Assimilierung der eigenen Gemeinde stand. Viele dieser jungen Leute entwickelten sich ab 1933 zu überzeugten Zionisten.[104] Im August 1933 gehörten der Detmolder Ortsgruppe

---

[97] Rudi Heilbronn (Uri Lev-Ron) aus Detmold betonte in einem Interview, das Joachim Meynert 1986 führte, das neue Interesse an sozialdemokratischer bzw. sozialistischer Politik. Joachim Meynert/Gudrun Mitschke: Die letzten Augenzeugen zu hören. Interviews mit antisemitisch Verfolgten aus Ostwestfalen. Bielefeld 1998, S. 114.

[98] Ebd., S. 118. Zweite Vorsitzende der im März 1930 gegründeten Kinderfreunde-Gruppe in Detmold war Irma Fechenbach, die Frau des sozialdemokratischen Redakteurs Felix Fechenbach, der im August 1933 von den Nationalsozialisten erschossen wurde. Volksblatt vom 7. März 1930. S. auch Briefwechsel Ernst Heilbrunn mit Monika Minninger, 1983, in: Minninger: Aus einer Hochburg des Reformjudentums, S. 167-176 (hier: S. 170).

[99] Fritz Blank (geb. 1914) wurde am 22. oder 23. März 1933 in Bielefeld unter dem Vorwurf, die „marxistische Presse" mit „üblen Beiträgen" versehen zu haben, in „Schutzhaft" genommen und erst am 5. Mai wieder entlassen. Ernst Heilbrunn betont, dass diese Verhaftung wegen „seine[r] politischen Umtriebe in Detmold" erfolgte, Blank sei „genauso tätig gewesen" wie er. Ebd., S. 172.

[100] Bei Bernhard Frankenstein wurden Uniform- und Ausrüstungsstücke des Reichsbanners gefunden und beschlagnahmt. Vgl. Liste über eingezogenes volks- und staatsfeindliches Vermögen im Staatsanzeiger vom 23. Dezember 1933 unter Nr. 85. Nach Meldungen der Presse wurden Ende März/Anfang April 1933 im Zusammenhang mit Haussuchungen bei Juden in Barntrup und Bösingfeld (Frankenstein) Sammellisten des Reichsbanners bzw. der Eisernen Front entdeckt. LTZ vom 2. April 1933 und Lippischer Kurier vom 3. April 1933. Erich Davidsohn war nach einer Aufstellung des Landespolizeidirektors Schriftführer im Reichsbanner, Ortsgruppe Lemgo. Vgl. Landespolizeidirektor an Gestapa Berlin, 3. August 1933; in: LAV NRW Abt. OWL, L 80 Ie Gruppe IV.5.1.1.

[101] Der Uhrmacher Albert Soltys-Gottlieb, 1911 als Sohn ostjüdischer Zuwanderer in Detmold geboren, wurde Anfang März 1933 wegen Verteilens sozialdemokratischer Flugblätter in „Schutzhaft" genommen. Er gehörte auch einem sozialdemokratischen Sportverein an. Wie Fritz Blank flüchtete er kurz nach seiner Entlassung ins Ausland. Soltys-Gottlieb emigrierte im August 1933 nach Palästina. Vgl. Verfahren wegen des „marxistischem Flugblatts", 1933; in: LAV NRW Abt. OWL, D 23 Detmold Nr. 4035.

[102] Anders war dieses bei Otto Schleyer aus Bösingfeld, der sich aufgrund der offenen Belästigungen durch Mitschüler als Gymnasiast in Detmold schon 1921 dem Zionismus zugewandt hatte. Otto, der Medizin studiert und 1929 in Bonn die Doktorwürde erhalten hatte, wanderte gleich 1933 nach Palästina aus. Er überzeugte sowohl Vater wie Geschwister davon, seinem Beispiel zu folgen. Vgl. Elieser (Ernst) Schleyer: „Dass mein Bruder Otto zionistisch war und das auch ausgeführt hat, das hat die Familie gerettet"; in: Ingrid Schäfer/Karl-Heinz Schäfer/Karola Scharfenberg: Lebenswege. Lippische Juden in Israel. Detmold 1993, S. 13-30.

[103] Wolfgang Müller: Moritz Rülf – ein jüdischer Lehrer in schwerer Zeit. In: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde, Bd. 57 (1988), S. 365-432 (hier. S. 416). Herbert Rülf verließ Detmold im Herbst 1933 zur Ausbildung. In einem Bericht über einer Feier der Synagogengemeinde wurde seine Schwester Karla Rülf als Leiterin des JPD genannt. Vgl. Jüdische Rundschau vom 23. Januar 1934.

[104] Vgl. hierzu die Gespräche mit Ernst und Rudi Heilbronn in Joachim Meynert/Gudrun Mitschke: Die letzten Augenzeugen, S. 95-103 und S. 114-122. Aus ihren Schilderungen geht ebenfalls hervor, wie sie den Unterschied zwischen dem eher traditionellorientierten Detmolder und dem reformorientierten Bielefelder Gemeindeleben wahrnahmen.

des JPD unter Herbert Rülf zehn Mitglieder an.[105] Als im Spätsommer 1934 durch Kurt Halle, den Vorsitzenden der Herforder Ortsgruppe des antizionistischen Bundes deutschjüdischer Jugend, in Bad Salzuflen eine kleine Gruppe Gleichgesinnter betreut wurde, sah er sich heftiger Gegenwehr ausgerechnet des Vertrauensmannes des Detmolder CV, Moritz Rülf, ausgesetzt. Rülf stand schon 1931 beim CV im Verdacht, sich für den Zionismus erwärmt zu haben.[106] Halle beschwerte sich bei seiner Bundesleitung, die das Schreiben ohne Nennung des Verfassers, an die CV-Zentrale in Berlin leitete. Die Beschwerde erreichte schließlich den Syndikus des CV-Landesverbandes, Siegmund Goldmann. Halle beschrieb den Konflikt wie folgt:

> „Bei der Gestaltung der obigen Gruppe (es handelt sich um Bad Salzuflen) wurden uns große Schwierigkeiten gemacht, und zwar von dem jüdischen Lehrer, der in Salzuflen den Religionsunterricht erteilt. Es ist Herr Lehrer Rülf, Detmold. Dieser gute Mann, der Vertrauensmann des CV in Detmold ist, versuchte mit aller Macht, eine Gruppe des JPD dort aufzuziehen. Meiner Ansicht nach ist es doch ein Skandal, dass ein Vertrauensmann des CV solche Machenschaften treibt. Als er seine Felle fortschwimmen sah, erklärte er uns, wir könnten machen, was wir wollten, wir gingen doch noch alle nach Palästina. Auf der anderen Seite erklärt er aber immer wieder, dass er durchaus kein Zionist sei.“[107]

Die Verantwortlichen der CV-Zentrale in Berlin verwiesen den Fall, ohne sich große Illusionen um eine Lösung zu machen, an den Landesverbandsvorsitzenden Dr. Willy Katzenstein in Bielefeld:

> „Wir wissen, wie schwierig eine Einflussnahme auf Herrn Rülf ist und haben erst kürzlich von einem wenig erfreulichen Briefwechsel des Landesverbandes mit ihm Kenntnis nehmen müssen. Vielleicht ist es an Ihnen als Landesverbandsvorsitzender möglich, auf Herrn Rülf einzuwirken. Es geht doch nicht an, dass wir einen Mann als Ortsgruppenvorsitzenden haben, der unsere Aufgaben demontiert.“[108]

Rülf weigerte sich, eine Stellungnahme abzugeben, da es sich nicht nur um eine „Tatsachenverdrehung“ handeln würde, sondern ihm ebenfalls der Verfasser nicht bekannt wäre. Damit scheint die Angelegenheit Ende 1934 im Sande verlaufen zu sein. Allerdings wirkten in einem Zionistischen Arbeitskreis in Herford vier junge Salzufler und Schötmaraner Juden mit.[109]

Nach der Jugend war nun – vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Judenpolitik, von zunehmender Diskriminierung und Ausgrenzung, auch von Gewalt – bei der älteren Generation, selbst in liberal eingestellten Kreisen, eine Rückbesinnung auf das Jüdisch-Sein erfolgt. Julius Seligsohn, als Vertreter der liberalen Fraktion im Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und seit 1933 im Präsidium der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, beschrieb diese Entwicklung in der *Jüdischen Allgemeinen Zeitung*:

> „In schweren Stunden seelischer Bedrängnis und wirtschaftlicher Not erlebt das Judentum seine Wiedergeburt. Die Rückkehr zur Religion der Väter hat bei

---

[105] Vgl. Landespolizeidirektor Lippe an Gestapa Berlin, 3. August 1933; in: LAV NRW Abt. OWL, L 80 Ie Gr. IV.5.1.1.

[106] CV-Landesverband Ostwestfalen und Nachbargebiete an CV-Zentrale, 1. März 1931; in: Wiener Library (London), MF 55/5/129. Darin schrieb der Syndikus des CV-Landesverbandes bezüglich der möglichen Teilnahme Rülfs an einer Delegiertenversammlung in Berlin: „Dass Herr R. dem Zionismus wohlwollend gegenübersteht, setze ich als bekannt voraus.“

[107] Kurt Halle an Bundesleitung des Bundes Deutsch-Jüdischer Jugend, 25. September 1934; in: Wiener Library (London), MF 55/18/699.

[108] CV-Zentrale an Dr. Willy Katzenstein, 3. Oktober 1934; ebd.

[109] Mitgliederliste des Zionistischen Arbeitskreises Herford, 1. Oktober 1935; in: LAV NRW Abt. OWL, M 4 A Nr. 27. Aufgeführt sind: Harry Andermann (Bad Salzuflen), Herbert Katz, Irma und Hilde Silberbach (Schötmar).

> uns eingesetzt [...]. Am stärksten ergriffen von dieser Welle der Umkehr ist der religiös-liberale Jude. [...] Das Leid der Gegenwart trägt das liberale deutsche Judentum gemeinsam mit allen Richtungen unserer Glaubens- und Schicksalsgemeinschaft. Aber keine Gruppe war in der Vergangenheit so sehr in Gefahr, ihr jüdisches Sein, ihre jüdischen Lebenshaltung, ja sich selbst an die deutsche Umwelt zu verlieren wie die Schicht, die man gemeinhin, wenn auch häufig zu Unrecht, unter dem Sammelbegriff ‚liberale Juden' zusammenfasste."[110]

Die beklemmenden Gefühle des Fremdseins und des Heimatverlustes fanden in dieser Rückbesinnung Entlastung und Perspektive. Einzelne wandten sich dem Zionismus zu. Im Dezember 1935 erfolgte unter Moritz Rülf die Gründung einer Zionistischen Arbeitsgemeinschaft in Detmold.[111] 1937/38 wies der Zionistische Ortsverein (ZOV) zwölf Mitglieder auf, darunter auch das zuvor religiös liberal orientierte Ehepaar Albert und Lina Eichmann.[112] Einige Jugendliche traten als Sammler in Erscheinung.[113] Nach dem Wechsel Rülfs nach Köln Ende 1937 wurde Eduard Kauders Vorsitzender. Die letzten belegten Aktivitäten des ZOV waren eine Veranstaltung mit dem Thema „Judenfrage überall" im Mai und eine Herzl-Gedenkfeier am 19. Juli 1938 in Detmold.[114]

Diese allgemeine Entwicklung der Rückbesinnung und der mitunter einhergehenden stärkeren Sympathie für den Zionismus lässt sich selbst in der Reformgemeinde Bielefeld ausmachen. Dort saßen zu Beginn des Jahres 1933 14 Liberale und drei Zionisten in der Repräsentantenversammlung der Synagogengemeinde, vier Jahre später waren es elf „Nichtzionisten" und sechs Zionisten.[115]

Schluss

Mit der reichsweiten nationalsozialistischen Gewaltaktion vom 9. und 10. November 1938 endete im Wesentlichen das Gemeindeleben. Jüdische Vereine, Organisationen und die Presse wurden verboten. Übrig blieben die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und das *Jüdische Nachrichtenblatt*, sowie Synagogengemeinden, die nach Kriegsbeginn zu Vereinen degradiert wurden. Sie dienten den Nationalsozialisten, die der religiösen Ausrichtung ihrer Opfer keinerlei Bedeutung beimaßen, als Instrumente zur Durchsetzung und Abwicklung ihrer „Judenpolitik".

---

[110] Jüdische Allgemeine Zeitung vom 16. Januar 1935. In der gleichen Ausgabe findet sich ein Artikel zur „Krise des religiösen Liberalismus" von Hermann Vogelstein, des ersten Sohns von Heinemann Vogelstein, der sich des Themas eher abstrakt annimmt.

[111] Jüdische Rundschau vom 31. Dezember 1935. Rülf stand im Zusammenhang mit dem Anschluss des Lippischen Synagogenverbandes an den Preußischen Landesverband zum 1. Dezember 1935 in Kontakt zu dessen stellvertretendem Vorsitzenden Dr. Alfred Klee (1875-1943), mit dem er 1935/36 auch privat korrespondierte. Klee war seit 1914 Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung für Deutschland. Vgl. Schriftwechsel im Nachlass Klee; in: Central Zionist Archives (Jerusalem), A 142/78 und A 142/55/1.

[112] In einem Nachweis für das dritte Quartal 1937 waren als Mitglieder genannt: Alfred und Lina Eichmann, Fritz und Helene Herzberg, Eduard und Frieda Kauders, Else Levysohn, Paula Paradies, Moritz und Erika Rülf, Charlotte Stern und aus Bad Salzuflen David Andermann; in: ZA, B 1./34 Nr. 1077. 1938 war für einige Monate auch der Nachfolger Rülfs als Lehrer, Max Alexander, Mitglied.

[113] Genannt sind Kurt Andermann und Irma Silberbach aus Bad Salzuflen und Mary Bonom aus Detmold. Als Spender sind u.a. erwähnt: Mathilde Lenzberg aus Lemgo, Antonie Meyer aus Kachtenhausen und Louis Flatow aus Detmold. Vgl. Korrespondenz des ZOV Detmold, Februar bis Oktober 1938; in: ZA, B 1./34 Nr. 853.

[114] Jüdische Rundschau vom 10. Mai und 26. Juli 1938. Bei der Herzl-Gedenkfeier wirkte auch Bertha Riesenfeld aus Waddenhausen mit.

[115] Vgl. Jüdisch Liberale Zeitung vom 15. Februar 1933 und CV-Zeitung vom 11. Februar 1937.

Jurist adeliger Abstammung, Turner und Revolutionär – Wer war Wilhelm von Sode?

von Florian Lueke

Lippe kann in seiner Geschichte auf eine ganze Reihe von Persönlichkeiten – Männer wie Frauen – blicken, deren erfolgreiches Wirken im kollektiven Gedächtnis der Lipper verblieb und denen teilweise Denkmäler, Stiftungs-, Schul- oder Straßennamen gewidmet wurden. Bei den wohl berühmtesten Persönlichkeiten dieser Gruppe aus den letzten 200 Jahren handelt es sich dabei etwa um Namen wie Fürstin Pauline, Heinrich Drake oder Felix Fechenbach. Es gibt aber auch Menschen, die die Geschichte Lippes oder auch nur einzelner lippischer Städte, teils aus der zweiten Reihe heraus, mitunter als sehr bekannte Menschen ihrer Zeit, in entscheidenden Situationen (mit-)bestimmt haben und trotzdem heute in Vergessenheit geraten sind. Auf Lemgo bezogen ist einer dieser Menschen Wilhelm von Sode, der in den knapp zwei Jahrzehnten zwischen 1848 und 1866 als Revolutionär, Turner und Jurist das Leben insbesondere in der Alten Hansestadt zu einem erheblichen Maße mitgeprägt hat und über den heute trotzdem fast nichts mehr bekannt ist. Nicht einmal ein Foto oder eine Zeichnung von Sodes sind überliefert.

Familie und Abstammung

Am 28. April 1821[1] in Maspe, Kirchgemeinde Reelkichen, als Hans Wilhelm Moritz von Sode, Sohn des Leutnants Christian Ludwig von Sode, geboren, entstammte Wilhelm von Sode einem alten niedersächsischen Adelsgeschlecht. Dieses stand lange Zeit in Diensten des Hauses Hannover, hatte jedoch bis Ende des 19. Jahrhunderts Ausbreitung in nahezu ganz Deutschland gefunden. Mitunter finden sich Abkömmlinge der Familie von Sode(n) sogar in leitenden Regierungsfunktionen deutscher Mittelstaaten oder später im Kaiserreich als Gouverneure der kaiserlichen Kolonialverwaltung. Die Familie kam aus der Gegend um Stade, dem Geburtsort des Vaters,[2] nach Lippe, wo Christian Ludwig von Sode (1793-1852) als Offizier der kleinen lippischen Armee in die Dienste des Fürsten trat. Bei der Geburt seines Sohnes noch im Range eines Leutnants, stieg er bis zu seinem Tode zum Hauptmann auf.

Der Vater war dreimal verheiratet – mit Ernestine Wilhelmine Colonius, Auguste von Uslar sowie Karoline Johanne Begemann. Jedes Mal fand die Trauung im Kirchbezirk der offenbar nicht aus Lippe stammenden neu angetrauten Ehefrau statt, sodass über die Hochzeiten nichts in lippischen Archiven verblieben ist.[3] Wilhelm von Sode selbst entstammte der zweiten Ehe seines Vaters und sollte als einziger männlicher Nachkomme das Erwachsenenalter erreichen. Seine Brüder Moritz August Wilhelm (1817-1818) und August Wilhelm Karl (1836-1845) starben früh.[4]

Die Revolutionsjahre

Über die Jugend von Sodes ist ebenso wenig Näheres bekannt, wie über Beweggründe, Erlebnisse, Ort und Dauer (wohl ungefähr von 1838 / 39 bis 1842 / 43) seines Studiums der Rechtswissenschaften. Diese Lücke

[1] Landesarchiv NRW Abt. OWL (im Folgenden LAV NRW OWL), D 77 Brenker 178 (von Sode). Offenbar fehlerhaft die Eintragung bei seinem Tode, die 1822 angibt (LAV NRW OWL, P1A 121, Gestorbene 1866).
[2] LAV NRW OWL, D 77 Brenker 178 (von Sode).
[3] LAV NRW OWL, D 77 Brenker 178 (von Sode).
[4] LAV NRW OWL, D 77 Brenker 178 (von Sode).

stellt sicherlich ein nicht unerhebliches Manko mit Blick auf die Erklärungsversuche seines späteren politischen Wirkens dar, stellten die Universitäten jener Zeit doch einen Ort des Austausches deutschlandweiter nationalstaatlicher und liberaldemokratischer Gedanken dar. Zum Jahresbeginn 1848 war von Sode jedoch bereits als niedergelassener Anwalt und Procurator[5] in Lemgo tätig, nachdem er 1844 sein juristisches Examen abgelegt hatte. In der Zeit der Revolution 1848/49 findet er schließlich sowohl als Mitglied des vierköpfigen Vorstandes des revolutionären ‚Bürgerausschusses' - hier hält er im März 1848 die Eröffnungsrede und wird anschließend zum Protokollführer gewählt[6] - wie auch als treibende Kraft, des sich im Herbst 1848 konstituierenden ‚Volksvereins' Erwähnung, der gleichsam demokratisch-revolutionär gesinnt war[7].

In der Folge übernimmt er die Verteidigung angeklagter Lemgoer Revolutionäre, wobei der von ihm versäumte fristgerechte Widerspruch gegen ein Urteil den ebenso berühmten wie erfolglosen Zug der Lemgoer Bürger nach Detmold vom 21. Januar 1849 provozierte, an dem auch von Sode maßgeblich beteiligt war.[8] Er steht jedoch bei konkreten Aktionen in Lemgo ansonsten zumeist hinter dem Kaufmann Stockmeyer, dem Apotheker Heynemann sowie dem Mitherausgeber der demokratischen Zeitung *Die Wage* Gustav Adolf Wolff zurück. Bei den Stadtverordnetenwahlen im Mai landet er mit 305 Stimmen gar nur auf Rang 12 der Kandidaten des Bürgerausschusses. Er erhält damit gut 100 Stimmen weniger als der populäre Stockmeyer.[9]

Dabei muss seine Jugend – von Sode war 1848/49 gerade einmal Mitte zwanzig - nicht unbedingt ein Hinderungsgrund gewesen sein. So gab es mit Karl Vette, gleichsam Jurist, ein etwa gleichaltriges Detmolder Pendant zu von Sode. Vette entwickelte sich, obgleich er wie der Justizkanzleirat Ballhorn-Rosen am 10. März 1848 abfällig notierte, „erst vor sechs Wochen sein lange aufgeschobenes juristisches Examen gemacht hat"[10] durch offensiv vorgebrachte Petitionsforderungen sowie die Mitherausgeberschaft der Zeitung *Die Wage* zu den führenden Köpfen der lippischen Revolution von 1848. Zu einer vertiefenden Bekanntschaft von Sodes mit Vette dürfte es jedoch nicht vor der zweiten Hälfte der 1850er Jahre gekommen sein, als Vette, nun Redakteur der ‚Sonntagspost', nach Lemgo kam.[11] Nachgewiesen ist eine Zusammenarbeit schließlich bei der Gründung des Lemgoer Turnvereins 1863 (s.u.).

Beachtet man die von Vette 1848 in seiner März-Petition oder im selben Frühjahr in der *Wage* formulierten Forderungen, so wird insbesondere die exklusive Stellung von Sodes in der Revolution von 1848/49 deutlich. Dabei ist weniger die Tatsache entscheidend, dass von Sode zu den vom Fürsten argwöhnisch betrachteten demokratischen Kreisen Lemgos gehörte, während sein Vater im fürstlichen Militär als Offizier Dienst tat. Zwar agierten andere Akteure mit ähnlichem familiärem Hintergrund wie der Detmolder Geheime Kanzleirat Moritz Leopold Petri eher in liberal-konstitutionellen Kreisen, doch war von Sode als Anwalt tätig und besaß somit ein freiberufliches Standbein. Zudem muss berücksichtigt werden, dass auch Petri in seinen Jugend- und Studienjahren noch deutlich radikalere Vorstellungen hatte und von seinem Vater 1824 zu seinem eigenen Schutz auf eine Bildungsreise nach Frankreich geschickt werden musste.[12]

---

[5] Vgl. Die Wage, Ausgabe vom 8. April 1848, S. 21.
[6] Vgl. ebd. Vgl. auch: Jürgen Scheffler: Revolution und lokale Politik: Lemgo 1848/49; In: Annegret Tegtmeier-Breit u. a. (Hg.), Lippe 1848. Von der demokratischen Manier eine Bittschrift zu überreichen, Begleitband zur Ausstellung, Detmold u. a. 1998, S. 240.
[7] Vgl. Stadtarchiv Lemgo, A6186.
[8] Hierzu vgl.: Scheffler, Jürgen, Straße, Protest und lokale Politik. Der Zug des Lemgoer Volksvereins nach Detmold im Januar 1849; In: Vogelsang, Reinhard u. Rolf Westheider, Eine Region im Aufbruch. Die Revolution von 1848 / 49 in Ostwestfalen-Lippe, Bielefeld 1998, S. 407-430, 413, 417f.
[9] Vgl. Die Wage, Ausgabe vom 24. Mai 1848, S. 91.
[10] LAV NRW OWL, D 72 Rosen–Klingemann Nr. 78.
[11] Vgl. Scheffler, Lemgo, 246.
[12] Vgl. Sylvia Brinkmann, Moritz Leopold Petri. Vorkämpfer des liberalen Bürgertums in Lippe?; In: Annegret Tegtmeier-Breit u. a. (Hg.), Lippe 1848. Von der demokratischen Manier eine Bittschrift zu überreichen, Begleitband zur Ausstellung, Detmold u. a. 1998, S. 240.

Allerdings besaß von Sode durch seine adelige und zugleich nicht-lippische Herkunft gleich zwei Merkmale, die ihn 1848/49 aus Sicht demokratischer Aktivisten wie Vette oder Wolf als Revolutionär eigentlich disqualifizierten. Gehörte die Entlassung der „unfähigen [adeligen] Ausländer“[13] aus dem lippischen Staatsdienst neben den Forderungen eines aus sozial-ökonomischen Gründen bedingten Austritts aus dem Deutschen Zollverein und einer radikalen Gleichheit aller männlichen Bürger doch zu einer der ‚Märzforderungen' des Demokraten Vette. In diesen Punkten konnte sich dieser 1848 gegen die gemäßigte Mehrheit jedoch nicht durchsetzen.

Warum Wilhelm von Sode sich nach seinem Studium ausgerechnet in Lemgo niederließ und sich obgleich seiner adeligen Abstammung sowie der beruflichen Karriere seines Vaters im lippischen Militär, zu den führenden Köpfen der Lemgoer Revolution entwickelte, bleibt unbekannt. Zum einen gehörte er durch die Aufnahme einer bürgerlichen Anwaltstätigkeit zu der sicherlich in der Zeit nicht allzu großen Schicht der Bildungs- und Wirtschaftsbürger und war somit für eine leitende Funktion prädestiniert. Sehr wahrscheinlich war er zudem wie so viele andere junge Männer während seines Studiums mit liberalen, demokratischen und nationalen Gedanken in Kontakt gekommen, doch ist – wie bereits erwähnt - leider nichts Näheres über mögliche politische Ausrichtungen und Aktivitäten von Sodes vor 1848 bekannt.

Ein Blick auf seine privaten Verhältnisse deutet an, dass von Sode das von ihm gepriesene Freiheitsgefühl auch privat gelebt hat – und dies in einer Zeit, in der die politisch wie konfessionell konservative Erweckungsbewegung auch in Lemgo zahlreiche Anhänger fand[14] und sich mit der progressiven *Wage* heftige Auseinandersetzungen lieferte. So zeugte er noch im stürmischen Herbst 1848 mit der zehn Jahre älteren Auguste Wilhelmine Henriette Rausche (geborene Medel) den gemeinsamen Sohn Friedrich Wilhelm, der am 07. Juli 1849 in Lemgo das Licht der Welt erblickte. Warum dieser Sohn unehelich zur Welt kam, bleibt unklar. Auguste Wilhelmines erste Ehe endete bereits 1840, wahrscheinlich war ihr erster Ehemann der Kaufmann Johann Friedrich Rausche mit dem sie seit 1828 verheiratet gewesen war, verstorben. Erst nach Beendigung der Revolution im Februar 1850 heiratete von Sode in der Lemgoer Nikolaikirche Auguste Wilhelmine und zeugte mit ihr zwei weitere Kinder.[15]

Im November 1852 treffen von Sode zwei Schicksalsschläge. Kurz hintereinander sterben sowohl sein Vater als auch der nach diesem benannte einzige ehelich geborene Sohn Christian Ludwig, der noch im Säuglingsalter war,[16] sodass neben einer Tochter nur noch der durch von Sode als sein Sohn anerkannte Friedrich Wilhelm als Stammhalter verblieb.

Die Gründung des Turnvereins

Über das Leben und Wirken Wilhelm von Sodes in den 1850er Jahren wissen wir mangels privater Quellen nichts. Wahrscheinlich sah er sich - wie auch andere Akteure der Revolutionszeit - dazu genötigt, zunächst sein berufliches Fortkommen zu sichern und politische Ziele hinten anzustellen. Von 1855 an bis zu seinem Tod existiert eine „Cabinets Akte“ über von Sode.[17] Bei seinem Tod wird als Berufsbezeichnung die des „zünftigen Bürgers und Procurators“[18] eingetragen. Zudem wird er in der Korrespondenz weiterhin als

[13] Die Wage, Ausgabe vom 29. März 1848, S. 6.
[14] Vgl. Scheffler, Lemgo, 242-244.
[15] Vgl. LAV NRW OWL, D 77 Brenker 178 (von Sode).
[16] LAV NRW OWL, P1A 119 (Gestorbene 1852).
[17] LAV NRW OWL, L 75 Ministerium Abtheilung Nr. IX 9 Nr.3.
[18] LAV NRW OWL, P1A 122 (Gestorbene 1866).

„Rechtsanwalt“[19] angesprochen und ist auch als Anwalt registriert.[20] Es ist daher wahrscheinlich, dass von Sode in seiner Funktion als Prokurator ein der Vertretung vor Gericht bevollmächtigter Jurist gewesen war, da der Begriff ‚Procurator' im 19. Jahrhundert in Lippe häufig in diesem Sinne benutzt worden ist. Die gleichsam im 19. Jahrhundert häufig benutzte französische Variante eines ‚Procureurs' also eines Staatsanwalts, ist zugleich schon wegen von Sodes oppositioneller politischer Haltung unwahrscheinlich. Zudem ist er in keinem Adressbuch als Staatsanwalt verzeichnet.[21] Daneben dürfte sich nach dem Abklingen des Überschwangs der Revolutionsjahre und der Familiengründung eine Beruhigung seines Lebens ergeben haben.

Als historische Figur betritt von Sode erst im Frühsommer 1863 anlässlich der Gründung des Turnvereins in Lemgo wieder die politische Bühne. Die Ausbreitung des Turnvereinswesens hatte nach dem Turnfest in Coburg 1860 auch in Lippe einen gewaltigen Aufschwung gefunden. Nachdem zunächst schon 1860 in Detmold und Horn auf Initiative zweier sich auf Wanderschaft befindlicher - aus dem Niedersächsischen stammenden - Handwerker der erste lippische Turnverein gegründet worden war,[22] kam es in den folgenden Jahren bis 1863 zudem zu Gründungen in Lage und Schötmar.

Anders als der Detmolder war der Lemgoer Verein jedoch von Beginn an kein Verein nicht selten auswärtiger Handwerker, sondern stattdessen fest im Bürgertum der Alten Hansestadt verankert. Dies lag sicherlich auch daran, dass der Gründungsimpuls im Falle Lemgos nicht durch Handwerker, sondern durch eine Abordnung des Hamelner Turner erfolgte, die sich auf ihrer Pfingstwanderung zum Teutoburger Wald und dem noch unvollendeten Hermannsdenkmal bei Detmold befanden. Zu den Mitgliedern des Hamelner Turnvereins gehörten 1863 bereits zahlreiche Wirtschafts- und Bildungsbürger, wie etwa der Vorsitzende und spätere Bezirksvorsitzende der Jurist, Anwalt und Turnfunktionär Dr. Ferdinand Naumann.[23]

So ist es ob dieses sehr bürgerlichen Gründungsimpulses wenig verwunderlich, dass mit Wilhelm von Sode als 1. Sprechwart und Karl Vette als 2. Sprechwart ausgerechnet zwei Juristen zu den Vorsitzenden des Vereins gewählt wurden.[24] Auch wenn sich die Turnvereinsbewegung jener Tage ob der Verfolgung nach 1848/49, als die Turnvereine in den großen Städten politischen Clubs doch sehr ähnlich waren, politisch ausschließlich als ‚national' und nicht mehr als ‚demokratisch' oder ‚liberal' bezeichnete, so waren die führenden Vertreter doch Träger einer liberal-demokratischen Ausrichtung.[25] Und auch das prominent besetzte ‚revolutionäre Doppel' im Lemgoer Vorstand, wie zudem die (bis Anfang 1865) sprachliche Beibehaltung des in demokratischen Kreisen populären Begriffs des ‚Sprechwarts' anstelle des ‚Vorsitzenden', lassen zumindest auf eine fortschrittlich-linksliberale Ausrichtung des Vereins deuten.

Unter Leitung von Sodes entwickelte sich der Verein rasch. Schon fünf Wochen nach der auf (Montag) den 1. Juni 1863 terminierten Vorversammlung und drei Wochen nach der formalen Gründungsversammlung vom (Samstag, den) 13. Juni[26] meldete der Verein auf dem Mittelweser-Bezirksturnfest in Hameln 102

[19] Stadtarchiv Lemgo, A 6186.
[20] Fürstlich Lippischer Kalender, Detmold 1864, S. 35.
[21] Vgl. ebd.
[22] Gerhard von Donop-Archiv „Vereinsarchiv Detmold“ 1885. Auch: 100 Jahre Deutsches Turnen im Detmolder Turnverein von 1860. Detmold 1960, S. 9 und 13 oder Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold Nr. 2504.
[23] Vgl. Ferdinand Naumann, Die Bezirks-Vereinigung und das erste Bezirksfest der Turn-Vereine im Mittel-Weser-Kreis zu Hameln am 4., 5., und 6. Juli 1863, o. O.1863, S. 8.
[24] Vgl. 100 Jahre Turnverein Lemgo von 1863 e.V., Lemgo 1963, S. 8. Hinzu kommt Turnwart Potthoff, der Ratsbeisitzer ist (Fürstlich Lippischer Kalender 1864, S. 35).
[25] Vgl. Florian Lueke, National und liberal? Politische Tendenzen in der Turnvereinsbewegung im Fürstentum Lippe 1860-1914; In: SportZeiten. Sport in Geschichte, Kultur und Gesellschaft (2011) H.1, Göttingen 2011, S. 61-79, 62-66.
[26] Vgl. Stadtarchiv Lemgo, A6186.

männliche erwachsene Mitglieder.[27] Wann immer der Verein im folgenden Gesuche ob der Genehmigung eines Festes auf dem städtischen Castanienwalle samt Bewirtung und Feuerwerk an den Magistrat der Stadt Lemgo sandte, ob eines Festes zur Fahnenweihe Ende Mai 1864, welches der Finanzierung der Turnhalle dienen sollte, oder der Ausrichtung des deutlich aufwendigeren Turnfestes des Mittelweserbezirks zu Pfingsten 1865, war es von Sode, der dies für den Verein tat. Mit Erfolg, die Genehmigungen erfolgten prompt und kein einziger negativer Bescheid ist überliefert.[28]

Stattdessen brach 1865 erneut der alte Konflikt mit der in Lemgo sich immer konservativer entwickelnden evangelischen Kirche wieder auf. Ausgerechnet der Pastor von Wilhelm von Sodes eigener lutherischen Nikolai-Gemeinde protestierte gegen eine derart „leibliche" und so wenig gottselige Nutzung der Pfingstfeiertage. Den besonderen Zorn des frommen Kirchenmannes erweckte offenbar der Versuch der Turner, dem Fest durch das Absingen des Lieds „Ein feste Burg ist unser Gott" am Pfingstmontag einen religiösen Anstrich zu geben. Obgleich der Pastor angab, aufgrund des Programmes und des befürchteten Lärms um das „Seelenheil" aller „Gemeindemitglieder"[29] besorgt zu sein, fand das Fest ohne weitere Einschränkungen statt.

Tod und Fazit - Wer war Wilhelm von Sode?

Nach der offenbar sehr erfolgreichen Durchführung des Bezirksturnfestes, beschloss der Turnverein am 12. Juni desselben Jahres die Gründung einer Lemgoer Feuerwehr.[30] Dieses Vorhaben konnte von Sode offenbar nicht mehr beenden. Er starb am 3. Februar 1866 mit gerade einmal 44 Jahren an Lungenschwindsucht.[31] Alle lippischen Turnvereine sollen einen Repräsentanten zu seiner Beerdigung geschickt haben. Die von seinem Lemgoer Vorstandskollegen Leopold Schnitger lancierte Todesanzeige in der *Sonntagspost*, die fast ein Fünftel der Seite einnimmt, zeugt von seiner besonderen Bedeutung in den Anfangsjahren des lippischen Turnwesens. Diese Nachricht, in der von Sode als „unvergesslicher Präsident"[32] des Lippischen Turnerbundes gewürdigt wird, ist zugleich die letzte Erwähnung Wilhelm von Sodes.

Eine ähnlich einflussreiche und dynamische Persönlichkeit brachte der Turnverein nicht mehr hervor und geriet nach dem Tod von Sodes, auch bedingt durch die sich seit 1866 für die Turnvereinsbewegung negativ verändernde politische Situation in Deutschland, in eine schwere Krise. Turnfeste wurden keine mehr ausgerichtet, die letzten Turnfahrten endeten 1867 und noch unmittelbar vor der mehrjährigen Auflösung 1870 war der Vorstand mit dem Aufbau der Feuerwehr beschäftigt. Es dauerte bis zum 50jährigen Jubiläum 1913, bis der Verein hinsichtlich der Mitgliederzahlen wieder an die goldenen Jahre unter von Sode anknüpfen konnte.

Wilhelm von Sodes einziger überlebender Sohn, der 1849 unehelich geborene (Friedrich) Wilhelm von Sode, fiel im August 1870 einundzwanzigjährig als Kriegsfreiwilliger in Lothringen. Sein Name fehlt in den Kirchenbüchern, ist jedoch auf dem Kriegerdenkmal am Lemgoer Ostertorwall überliefert. Mit ihm starb die männliche Linie der Familie von Sode in Lippe aus. Der Verbleib privater Dokumente bleibt unklar, sodass Wilhelm von Sode – als adeliger Jurist, Turner und Revolutionär von 1848/49 in der Mitte des 19. Jahrhunderts wohl eine der schillernsten Persönlichkeiten der Alten Hansestadt Lemgo und des Fürstentums Lippe – in Vergessenheit geriet. Viele Details seines Lebens bleiben bis heute im dunkeln.

[27] Vgl. Naumann, Bezirks-Versammlung, S. 62.
[28] Vgl. Stadtarchiv Lemgo, A6186.
[29] Ebd.
[30] Vgl. ebd.
[31] LAV NRW OWL, P1A 121 (Gestorbene 1866).
[32] Die Sonntagspost, Ausgabe vom 11.02.1866, S. 24.

Erinnerungsstein an die getötete Soldaten des Krieges von 1870/71 am Ostertor. (Quelle: privat)

Rezensionen

Matthias Frese (Hg.): Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Münster 2012. – 267 S., Abb. (Hg. V. LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte in Verbindung mit der LWL-Literaturkommission für Westfalen und dem Westfälischen Heimatbund), 19,90 €.

Die Forderung nach der Umbenennung von Straßen begleitet die Kommunen und Länder seit 1945. Während die Namen „Hitler" und „Göring" von den Schildern sofort verschwanden, wurde die Benennung nach Unterstützern, Förderern, eng der NS-Weltanschauung verbundenen Personen kaum in Frage gestellt, vergessen oder verschwiegen und belastet die betroffenen Kommunen bis heute. Das oft rechthaberische Beharren auf einer solchen Benennung spiegelt ein Bewusstsein, das keineswegs zur völligen Verurteilung der NS-Zeit und zur Anerkennung eigener Verantwortung für jene Zeit bereit war.

Das Verdrängte taucht bekanntlich wieder auf, und so lassen sich auch viele aktuelle Diskussionen erklären. In den letzten Jahren waren es etwa die Namen Agnes Miegel und Paul von Hindenburg, die zu heftigen Kontroversen führten, wobei der oft irrationale und von wenig Sachkenntnis getrübte Charakter der Abwehrhaltung gegen Umbenennungen auffiel.

Die Autoren des von Matthias Frese herausgegebenen und von ihm mit grundlegenden Überlegungen eingeleiteten Sammelbandes „Fragwürdige Ehrungen!?" bieten mit Beispielen aus nordrhein-westfälischen Kommunen eine Grundlage nicht nur für eine Einschätzung der Nachkriegsgesellschaft im Spannungsfeld zwischen totalitärer Herrschaftserfahrung und neuer demokratischer Freiheit, sondern auch für die aktuellen Diskussionen.

Herauszuheben sind die beiden umfassenden Beiträge von Marcus Weidner, die zum einen die Praxis der massenhaften Benennungen mit NS-Prominenz in der Zeit der „Gleichschaltung" nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler aufzeigen, zum anderen die Spannung zwischen dem Umbenennungsanspruch der Alliierten und dem Beharrungsvermögen der Nachkriegsgesellschaft analysieren. Viele Beibehaltungen von belasteten Namen waren schlichtweg illegal und missachteten sowohl alliierte Weisungen als auch die des Landesinnenministers. Es ist nicht falsch, in aktuellen Auseinandersetzungen darauf einmal hinzuweisen.

Steffen Stadthaus befasst sich mit der Dichterin Agnes Miegel, die vor allem für ostpreußische Vertriebene eine besondere Bedeutung als Repräsentantin der Kultur der verlorenen Heimat hatte. Dass die Autorin bis zu ihrem Lebensende keinerlei Hehl aus ihrer starken Affinität zur NS-Weltanschauung gemacht hatte, wurde ignoriert, als Vertriebenenverbände in der Nachkriegszeit ihre Ehrung in Straßennamen einforderten und durchsetzten. Inzwischen wird dies als Fehlentscheidung angesehen, die Nachkriegsbenennungen werden rückgängig gemacht. In manchen Fälle, etwa in Detmold, sogar ohne Widerstand.

Eine entfernt vergleichbare Trennung der Wertschätzung für das Wirken für die Heimat und ihre Kultur eines Autors einerseits, der Ignoranz gegenüber seiner NS-Affinität andererseits lässt sich für den plattdeutschen Dichter und wichtigen Vertreter des Westfälischen Heimatbundes Karl Wagenfeld konstatieren. Eine Karte macht deutlich, dass unzählige Straßen, Plätze und auch Schulen in Westfalen nach ihm benannt sind. Karl Ditt setzt sich ausführlich mit diesem Mann auseinander, dessen positive Würdigung erst sehr spät in Frage gestellt wurde. Seit etwa 2010 werden intensive Diskussionen um Umbenennungen geführt, nachdem Wagenfelds fremdenfeindliche, rassistische und kriegsbejahende Äußerungen nicht mehr zu übersehen waren. Ditt listet in seinem Beitrag die möglichen Alternativen auf, die in solchen Diskussionen zur

Sprache kommen. Sie haben paradigmatischen Charakter und lassen sich regelmäßig in Umbenennungsdiskussionen abrufen.

Eine Option besteht in der Beibehaltung des Straßennamens aus Kostengründen. Diese haarsträubende Begründung, die sich um sachlich-politische Argumente nicht schert, sollte nicht unterschätzt werden – bei vielen Entscheidungsträgern ist sie der erste Gedanke, und auch dies ist ein Spiegel von Bewusstsein. Die zweite Option besteht in einer Umbenennung ohne Wenn und Aber, da der Namensgeber für eine demokratische Gesellschaft untragbar sei. Eine dritte Option besteht in der Umwidmung der Benennung auf einen anderen Namensgeber. Tatsächlich ist diese peinlichste aller Lösungen schon vorexerziert worden, etwa mit dem Namen des untragbaren „Afrikaforschers" Karl Peters. Sie würde jedoch nur ein feiges Ausweichen vor Diskussion und Entscheidung zeigen. Eine letzte Option plädiert für eine Beibehaltung des Namens unter der Bedingung, dass eine Texttafel am Straßenschild die Zusammenhänge erläutert und die Entscheidung als Ergebnis eines Diskussionsprozesses darstelle. Dieses regelmäßig auftauchende, jedoch nur oberflächlich der Aufklärung verpflichtete Angebot ist in Wirklichkeit ein Trick, um sich vor einer klaren Entscheidung zu drücken. Immerhin hätte man mit einer solchen Begründung auch Hitler- und Göringstraßen beibehalten können.

Zuletzt beleuchtet Hans-Ulrich Thamer den „Fall Hindenburg", der im Konkreten viele „Fälle Hindenburg" zeitigt. Er verweist auf die Widersprüche zwischen der Wertschätzung eines preußisch-nationalistischen Feldherrn, dem nicht nur Erfolge im Weltkrieg zugeschrieben werden, sondern der auch als letztes Bollwerk gegen Hitler galt und deshalb bei seiner Wiederwahl zum Reichspräsidenten auch von Sozialdemokraten unterstützt wurde, und der Verharmlosung der Rolle des gleichen Mannes bei der Aushöhlung der Weimarer Republik, bei der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und bei der Schützenhilfe für die Durchsetzung der NS-Macht. Thamer verweist auf die vielen Doppelbenennungen in den ersten Monaten des Jahres 1933, die das behauptete Bündnis zwischen dem „Marschall und dem Gefreiten" in den Kommunen sichtbar machen sollten. Auch Thamer prüft verschiedene Varianten des Umgangs mit den noch bestehenden Hindenburgstraßen; dabei ist seine Variante einer Umbenennung samt erklärendem Text etwas Neues, das bisher in den mir bekannten Diskussionen nicht vorgeschlagen wurde.

Insgesamt erlaubt die Edition mit der Zusammenstellung der Fakten und mit scharfsinnigen Analysen wichtige Einblicke in die Nachkriegsmentalität, die nicht überwunden ist, sondern bis heute in solchen Diskussionen ihre Prägekraft zeigt. Dem LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte ist dafür zu danken, dass es dieses heiße Eisen aufgegriffen und aktuellen und kommenden Auseinandersetzungen damit eine sichere Basis zur Verfügung gestellt hat.

Andreas Ruppert

Straßenbahnen im Paderborner Land und in Lippe

Mariß, Lieselotte: Straßenbahnen in Lippe. Geschichten von der ersten deutschen Gebirgsstraßenbahn. Lage: Lippe Verlag 2012. 53 S., Abb., 9,90 €.

Heusinkveld, Evert u. Ludger Kenning: Die PESAG. Straßenbahnen zwischen Paderborn, Detmold und Blomberg. Nordhorn: Kenning 2012. 336 S., zahlr. Abb., 48,95 €.

Reimann, Wolfgang R. u. Reiner Bimmermann: Die Tram von Paderborn nach Detmold im Bild. Remscheid: Reimann, 2012. – 242 S., zahlr. Abb., 29,80 €.

In den ersten Monaten des Jahres 2012 sind gleich drei Schriften über die von der LEAG (Lippische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft) und von der PESAG (Paderborner Elektrizitätswerk und Straßenbahnen AG) länger als ein halbes Jahrhundert lang betriebenen Straßenbahnlinien im Paderborner Land und in Lippe erschienen. Sie haben unterschiedliches Gewicht und unterschiedliche Ausrichtung, doch nach der Lektüre kommt man zum Ergebnis, dass alle drei unbedingt ins Regal der an Schienenfahrzeugen und am Verkehr in unserer Region Interessierten gehören.

Straßenbahn vor dem Landestheater in Detmold, 1950.
(Fotograf: Fritz Ostmann, Detmold. Stadtarchiv Detmold, Bildarchiv Nr. 1066)

Frau Mariß aus Horn, die leider kurz vor Erscheinen ihres Büchleins verstorben ist, hat Erzählungen von Menschen gesammelt, die mit der Straßenbahn gelebt haben: als Bedienstete, d. h. als Triebwagenführerinnen und -führer oder als Schaffnerinnen, und als Fahrgäste, die auf die Bahn angewiesen waren. Es sind zuweilen lustige, zuweilen anrührende Anekdoten, die über die damalige Lebenswirklichkeit manchmal mehr aussagen als Bilder oder technische Daten.

Evert Heusinkveld und Ludger Kenning haben einen Prachtband zusammengestellt, an dem man sich nicht satt sehen kann. Und auch nicht satt sehen möchte angesichts des so reichhaltigen und zum großen Teil gestochen scharfen Bildmaterials zu den Bahnen und Bussen der PESAG. Begleitet werden die Fotografien von kompetenten detaillierten Erläuterungen zur Technik und zu den einzelnen Aufnahmesituationen. Die gut lesbaren Begleittexte informieren über die Entwicklung dieses Verkehrsträgers, sie bieten zudem viele geschickt ausgewählte, wenn auch leider nicht mit Fundstellen belegte Zitate. Das Bildmaterial stammt aus privaten Sammlungen und aus öffentlichen Archiven, den größten Teil steuerte Ludger Kenning allerdings aus seinem eigenen über Jahre aufgebauten kostbaren Fundus bei.

Das zuletzt erschienene Buch von Wolfgang Reimann und Reiner Bimmermann wartet ebenfalls mit zahlreichen sehr schönen Fotografien und gewinnbringenden Erläuterungen auf. Auch hier ist die Darstellung der Straßenbahn um Fotografien der PESAG-Busse ergänzt, zuletzt erfreuen auch farbige Abbildungen alter Fahrkarten den Betrachter.

Beiden Bildbänden ist gemeinsam, dass man nicht nur etwas über das Verkehrsmittel selbst erfährt, sondern auch interessante Eindrücke von den einzelnen Städte und Gemeinden erhält, die der Schienenstrang einst verband. Viele Bilder, auf denen nicht nur die Bahnen, sondern auch einzelne Personen und Personengruppen zu sehen sind, verdeutlichen darüber hinaus, wie sehr die Straßenbahn zum Alltagsleben der Menschen gehörte.

Es ist unvermeidlich angesichts mancher Fundorte – das Stadtarchiv Detmold z. B. hat zu allen drei Veröffentlichungen beigetragen -, dass Abbildungen mehrfach verwendet wurden. Aber in den beiden Fotobänden finden sich auch zahlreiche Unikate, die sich hervorragend ergänzen. Man wundert sich über die Quantität und Qualität der Überlieferung und sieht mit großem Respekt die Mühe, die sich Autoren und Herausgeber mit ihren Veröffentlichungen gemacht haben. Sie haben einem Verkehrsmittel, das für die älteren Generationen vor der massenhaften Motorisierung durch das Automobil für Beruf und Freizeit einen unschätzbaren Fortschritt bedeutete, das den jüngeren Generationen in den betroffenen Städten und Gemeinden aber schon nicht mehr bekannt ist, ein schönes Denkmal gesetzt.

Andreas Ruppert

In eigener Sache

Thomas Küster (Hg.): Medien des begrenzten Raumes. Landes- und regionalgeschichtliche Zeitschriften im 19. und 20. Jahrhundert (Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 73). Paderborn: Schöningh, 2013. - 374 Seiten, Abb., 1 Tabelle, 44,90 €.

Für den 12. und 13. Mai 2011 hatte das LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte zur Tagung „Medien des begrenzten Raumes − Regional- und landesgeschichtliche Zeitschriften im 19. und 20. Jahrhundert" nach Münster eingeladen. Thomas Küster war es als Organisator gelungen, Landeshistoriker und Vertreter bzw. Vertreterinnen landesgeschichtlicher Vereine und ihrer Zeitschriften aus ganz Deutschland zusammenzubringen und ihnen in angenehmer Atmosphäre einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. In vier Sektionen wurden die Themen „Ausgangskonstellationen und strukturelle Entwicklungen", „Regionale und thematische Profile im 19. und 20. Jahrhundert", „Aktuelle Entwicklungen und Positionierungen" und zuletzt „Regional- und landesgeschichtliche Zeitschriften im Onlinezeitalter" in Vorträgen und ausführlichen Diskussionen beleuchtet.

Im Rahmen der letzten Sektion wurden auch zwei lippische Zeitschriften vorgestellt. Bettina Joergens vertrat die von ihr redigierten „Lippischen Mitteilungen", Andreas Ruppert das E-Journal „Rosenland", das als Zeitschrift ohne institutionellen Träger und als reine Online-Edition etwas aus dem Rahmen fiel, aber genau deswegen auch eingeladen war.

Seit April 2013 liegt nun der Sammelband mit den Beiträgen der Tagung vor, hingewiesen sei hier auf die Texte von Bettina Joergens: Landesgeschichtliche Periodika in der strategischen Planung. Die Weiterentwicklung der „Lippischen Mitteilungen", und von Andreas Ruppert: Ein E-Journal für die regionale Geschichte: Gründung und Entwicklung der Zeitschrift „Rosenland" (www.rosenland-lippe.de).

Impressum

Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte.
Herausgeber und Redaktion:
Jürgen Hartmann (Rheine) und Dr. Andreas Ruppert (Paderborn).
V.i.S.d.P.: Jürgen Hartmann, Barbarastraße 36 c, D-48429 Rheine.
URL: www.rosenland-lippe.de
Anfragen, Beiträge etc. an: rosenland-lippe@web.de
Erscheinungsweise: ca. 2 Ausgaben / Jahr.
Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im August 2013.
Redaktionsschluss: 30. Juli 2013.